

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntagsnummern mit illustrierten Beilagen.  
 Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Postgebühren in die Post. Zeitungs-Preiskarte. Unter Streifen für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 beträgt für die festgesetzte Kolonnen-größe oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Besprechungs-Artikeln 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 22. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Junkerliche Geschichtsklitterung.

Sie bleibt nicht etwa bei gewissen Erscheinungen unserer Geschichte stehen, jene junkerlich-feudale Geschichtsklitterung, die Ereignisse, Zustände und Persönlichkeiten zur Verherrlichung ihrer Klasse entweder mit einem gleichnerischen Schimmer überzieht oder in dreifacher Verkleinerung oder gar in abschreitender Verzerrung vorführt. Sie schreitet weiter und weiter, da sie von der Geschichtsklitterung des liberalen Bürgertums unterstützt wird, das trotz 1789 und 1848 heute wieder so vielfach in slavischer Ehrfurcht zu den „übermächtigen Gesichtern“ der feudalen Ahnenbilder emporschaut. Man braucht nur zu beachten, wie rühmig liberale und konservative Historiker bemüht sind, dem großen Bauernkrieg von 1525 seinen demokratischen Inhalt abzusprechen. Bei Einzelerscheinungen tritt diese Bundesgenossenschaft noch schärfer hervor. Anlässlich des hundertsten Todestages der Königin Luise von Preußen war die konservative wie die liberale Presse gleichmäßig bemüht, die erborgte Gloriole, die man um das Haupt dieser Fürstin gewoben, von neuem aufzufrischen. Hand in Hand geht damit die Herabsetzung der Leistungen der preussischen Landwehr in den Befreiungs-, resp. Fürstentums- und Freiheitskriegen von 1813-1815. Als 1814 die Viktoria auf dem Brandenburger Tor von Paris, wohin Napoleon sie entführt, zurückgebracht wurde, widmete man diesem Ereignis die Verse:

„Nie, Preußen, mög in deinen Kronjuwelen  
 Der Eichenkranz der treuen Landwehr fehlen.“

Aber welche Mühe geben sich heute militärische „Kapazitäten“, die preussische Landwehr dieses Eichenkranzes zu berauben! Bisher wußte man auch nicht anders, als daß in der Schlacht von Leipzig die Königsberger Landwehr unter dem Major Friccius — der sich übrigens auch bei Großbeeren, Demerwitz und Ligny ausgezeichnet hat — das Grimmasche Tor mit Sturm genommen hat. Die Stadt Leipzig hat auch an Ort und Stelle nach fünfzig Jahren dem Major Friccius ein Denkmal errichtet. Heute ist schon in die liberale Lexikonliteratur übergegangen, daß nicht der bürgerliche Major und spätere liberale Oppositionsmann im preussischen Abgeordnetenhaus, Friccius, sondern ein Junker, ein Herr v. Mirbach das Grimmasche Tor errichtet habe. Einem hohen Räte der Stadt Leipzig wird also wohl nichts übrig bleiben, als das Friccius-Denkmal zu beseitigen und einen derer v. Mirbach dort aufzustellen.

Zu der junkerlichen Geschichtsklitterung aber hat ein ganz hervorragendes Stück ein oldenburgischer Agrar-Junker beigetragen, ein Herr v. Levechow-Sielbed. Seine Leistung verdient als eine typische eine besondere Betrachtung; sie beweist, wie weit man es in der oben charakterisierten Methode schon gebracht hat.

Dieser Herr v. Levechow meinte längst bei einem Schmause notleidender Agrarier, er könne es nicht glauben, daß die „Verheerung“ anlässlich der Finanzreform so weit gediehen sei, wie man behaupte. Namentlich könne er nicht glauben, daß die Frauen über die nach seiner Meinung so geringe Erhöhung der Streichholzpreise erbittert seien. Denn man müsse sich doch daran erinnern, welchen Opfermut die Frauen unseres Volkes — wohlgemerkt: unseres Volkes! — bewiesen, die ihren schönsten Schmutz, ihr blondes Haar verkaufen, um den Erlös dem Könige zu senden, damit er seine Soldaten mit guten Waffen versehen konnte.

Und nun vergegenwärtige man sich einmal die ganze Abgeschmacktheit der historischen Parallele, die sich dieser agrarische Junker erlaubt.

Das preussische Volk von 1813, dem durch die Reformära der Stein und Genossen ein ganz neues politisches Verständnis aufgegangen war, erhoffte von dem großen Kampfe jener Zeit nicht nur eine Befreiung von dem eisernen Joch Napoleons, sondern vor allem das Ersehen eines neuen, einigen und freien Deutschland. In dieser Hoffnung war es von oben herab gestärkt worden. Schon in der Proklamation von Kalisch hatten der russische Zar Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. von Preußen verkündigt, daß es sich um Freiheit und Ehre Deutschlands handele und daß die Gestaltung der Verfassung des wiedergeborenen Deutschland ganz allein den Fürsten und Völkern Deutschlands anheimgestellt sein solle. In der Proklamation des Königs von Preußen an das Heer hieß es, daß der Augenblick gekommen sei, die Freiheit und Selbständigkeit des Vaterlandes zu erkämpfen. Mündlich wurden noch viel weitergehende Versprechungen verbreitet, die sich 1815 zu der bekannten Kabinettsordre verdichteten, in der eine Volksvertretung in Aussicht gestellt war.

Daher die ungeheure Begeisterung im preussischen Volke. Der Opfermut der Frauen von damals war in der Tat außerordentlich; sie opferten goldene Ringe und liehen sich dafür eiserne geben, sie gaben Juwelen, Silberfächer und dergleichen, wie bekannt. Frauen aus den nichtbesitzenden Klassen opferten am meisten im Verhältnis.

1806, als um das alte Preußen gekämpft wurde, hatte man dergleichen nicht bemerkt.

Und nun stelle man sich vor, daß ein Junker den Frauen aus dem Volke heute zumutet, die gleiche Opferwilligkeit an den Tag zu legen, weil eine reaktionäre und agrarische Reichs-

tagsmehrheit, welche die schonendste Rücksicht auf die Schädlichkeit der besitzenden Klassen nimmt, die ungeheuren Ausgaben für den Militarismus auf die Masse der Besitzlosen abwägt, während zurzeit in Preußen noch fünfzigtausend Millionen Vermögenswerte unbesteuert sind. Mit anderen Worten: Sollen denn die deutschen Frauen aus dem Volke von heute ihre Ringe und Haare vielleicht noch opfern, wenn Steuern wie die Zündholzsteuer und andere es nicht mehr möglich machen, den Geldbeutel der Reichen zu schonen? Annehmen würden es Junker und Bourgeoisie schon — das glauben wir.

Junkerliche Geschichtsklitterung! Höher geht's denn doch wohl nimmer!

Aber ein hübscher Schnitzer ist dabei dem Herrn v. Levechow passiert, den wir ihm nicht schenken können. Die „Frau aus dem Volke“, die ihr schönes blondes Haar auf dem Altar des Vaterlandes opferte, wird nämlich in erster Linie repräsentiert durch ein Fräulein Ferdinande v. Schmettau, die Tochter eines preussischen Majors. Ihre Opferwilligkeit blieb in späteren Tagen nicht unbelohnt; fünfzig Jahre nach der Schlacht von Leipzig erwies man dem Fräulein, das einst seinen schönsten Schmutz für den Freiheitskampf dahingegen, hohe Ehren und machte sie zur Ehrenstiftsdame von Jekendorf. Sie ist 1875 hochbetagt gestorben und gehörte wohl zu jenen nicht zahlreichen Bestandteilen der preussischen Aristokratie, die aus dem Unglück Preußens gelernt hatten. Ihre Eltern erblickten wohl wie Stein das einzige Heil Preußens in dessen politischer Wiedergeburt, weshalb sie das junge Mädchen bewogen, in Ermangelung reichlicher Versteuern ihr schönes Haar zu opfern.

Wollen die Töchter der Junkerschaft von heute nicht den Mahnungen des Herrn v. Levechow folgen und ihre Schmutzfächer, ihre Barschaft und, wenn es nicht anders geht, ihr Haupthaar auf dem Altar des Vaterlandes opfern, damit aus diesen Mitteln Kriegsschiffe, elegante Offizierskasinos und dergleichen unentbehrliche Dinge mehr gebaut werden können?

## Keine Illusionen!

Eine große Anzahl deutscher bürgerlicher Blätter hat sich angefaßt die Erklärungen des englischen Premierministers Asquith entschieden für den Gedanken einer deutsch-englischen Flottenabrüstung ausgesprochen. Freilich waren es meist sogenannte „unparteiische“ Blätter, oder doch politische Organe, deren Haltung keineswegs von Einfluß auf die großen bürgerlichen Parteien ist.

Wenn also auch daran, daß diese Behauptungen durchaus die Stimmung der großen Masse des Volkes spiegeln, nicht der mindeste Zweifel möglich ist, so bedeutet das noch keineswegs, daß auch die Mehrheit des Reichstags dieser Stimmung Rechnung tragen wird!

Es bedeutet auch gar nichts, daß sich die führenden Blätter derjenigen Parteien, denen wir die ungeheuerlichen Marinebewilligungen zu danken haben, einstweilen große Zurückhaltung auferlegen. Wäre es doch die größte Dummheit, wenn unsere Flottenenthusiasten heute, vor dem neuen Quinquennat und vor allen Dingen auch vor den Neuwahlen zum Reichstag, unvorsichtig mit ihren wahren Absichten herausschänden wollten!

Unsere Flottentreiber und ihre Kampagne wissen, daß zurzeit Schweigen für sie Gold ist, ja, daß ihren Zwecken sogar am besten gebient wird, wenn einstweilen das deutsche Volk in die holde Illusion eingewiegt wird, daß das Jahr 1912 tatsächlich den „Gipfel der Welle“ bilde und man sich dann fählich an dem Bau von zwei großen Schlachtschiffen genügen lassen werde!

Ist zuversichtlicher die Wählermassen an diese bessere Zukunft glauben, desto besser für unsere weltpolitischen Parteien! Nach den Wahlen kann man ja dann die liebliche Illusion um so grausamer zerstören!

Wer deshalb wirklich ernstlich daran denkt, dem aberwichtigen Beträgen ein Ende zu machen, der hat alle Ursache, die Situation nicht in dem rohen Lichte frommer Wünsche und Hoffnungen darzustellen, sondern in ihrer bitteren Realität!

Und dazu ist es unbedingt notwendig, auf die Vorkommnisse in der Flottenkommission im Dezember 1907 hinzuweisen. Beweisen sie doch, daß damals bereits alle bürgerlichen Parteien ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben haben, vor Ablauf des Jahres 1912 eine neue Flottenvorlage zu bewilligen!

In der Sitzung der Budgetkommission vom 9. Dezember, die damals die letzte Marinevorlage beriet, forderte der nationalliberale Abg. Oriola, mehr zu bewilligen, als die Regierungsvorlage fordere! Man müsse dauernd — auch nach 1912 — beim Bau bleiben! Herr Tirpitz erklärte darauf, daß die Regierung gern alle Erweiterungen der Flottenvorlage akzeptieren werde, sofern sich nur eine Mehrheit im Reichstag dafür finde!

Der nationalliberale Abg. Semler forderte gleichfalls, daß man mit einem Male eine durchgreifende Reform des Caplans durchzuführen solle. Oder solle 1912 eine neue Vorlage kommen? Jetzt sei die Situation politisch günstiger als 1912. Woraus Herr Tirpitz erklärte, die Frage nach den Absichten der Regierung könne er nicht beantworten; er wisse nicht, was in fünf Jahren geschehen könne oder solle.

Der freisinnige Abg. Wiemer fügte seiner Zustimmung für die vorliegende Flottenvorlage die Bemerkung hinzu, daß allerdings anzunehmen sei, daß später noch größere Neuforderungen für die Flotte kämen; jetzt aber sei er gegen eine Erweiterung der Regierungsvorlage.

Am folgenden Tage, dem 10. Dezember, wurde man in der Budgetkommission noch deutlicher. Auch Herr Wendt erklärte für die Freikonservativen, auch er erhoffe und erwarte bestimmt in kürzerer Zeit eine neue Flottenvorlage. Ihm schloß sich der freisinnige Abg. Leonhart gleichfalls mit der Erwartung an, daß in vier Jahren ein neues Flottengesetz kommen werde!

Und als Vebel erklärte, daß es so sicher wie 2x2=4 sei, daß bis 1912 eine neue Flottenvorlage

kommen werde, erscholl aus den Reihen der Mehrheit ein lebhaftes „Sehr richtig“.

Und zum Ueberflus erklärte auch wieder Herr Tirpitz, daß die Regierung schon jetzt auch eine Erneuerung der Witterbachklasse (!) annehmen werde, wenn sich nur eine parlamentarische Mehrheit dafür finde.

Und da sollten sich die Volksmassen der kindlichen Hoffnung hingeben, daß im Jahre 1912 die Regierung auf diese Neubauten verzichten werde und die bürgerlichen Parteien sich zu einem resoluten Nein aufschwingen könnten?!

Die Beteuerungen einer Anzahl politisch mehr oder minder einflussloser Blätter tun es nicht; die bürgerlichen Parteien müssen durch die Tat ihren ernstlichen Willen beweisen. Dadurch, daß sie bereits für 1911 und 1912 eine Verlangsamung der Flottenbauten beschließen!

Geschicht das nicht, so haben wir es nicht mit einer entschlossenen Ablehr von dem weltpolitischen Überwieg des Flottenwettlaufes zu tun, sondern nur mit einer arglistigen Stimmungsmache für die nächsten Reichstagswahlen!

## Bürgerliche Hoffnungen.

Nationalliberale und freisinnige Blätter erhoffen aus der Stellung der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion eine Raufurung zu einer rein bürgerlichen Partei. Einige Blätter nehmen sogar an, daß dieser Umwandlungsprozeß sich schon vollzogen habe und die sozialdemokratische Fraktion Badens heute schon ein wesentlich bürgerliches Gesicht trage! So schreibt die nationalliberale „Freisburger Tagespost“:

„Die Sozialdemokratie von heute ist nicht mehr die Sozialdemokratie von gestern. Hier handelt es sich keineswegs mehr um taktische Erwägungen, sondern um eine innere Wandlung, die von nationalen Gesichtspunkten aus freudig begrüßt werden muß. Nur wer sich Scheuklappen vorbindet, kann dies behaupten. Baden Liberalismus darf stolz darauf sein, den Heim zu einer Entwicklung mitgelegt zu haben, die letzten Endes den vaterländischen Interessen mehr dienlich ist, als wie alle wohlfeile Phrasen über die sogenannte „rote Gefahr“. Der Liberalismus wird zwar stets in prinzipieller Gegnerschaft zur Sozialdemokratie stehen müssen, aber er wird ihr gerne die Hand reichen in Fragen der politischen Freiheit und des Fortschritts und der kulturellen Weiterentwicklung unseres Volkes und Landes. Und wenn die Sozialdemokratie mitarbeitet an dem Wohle und dem Gedeihen des Vaterlandes, so wird uns das stets eine Freude sein. Vielleicht kommt auch in nicht zu ferne Zeit der Tag, an dem die deutsche Sozialdemokratie in nationalen Fragen gleich der französischen und englischen zum Bürgertum steht.“

Man hofft also, daß die Sozialdemokratie sich schließlich auch dazu bereitefinde läßt, auch die Militärforderungen zu bewilligen. Und die nationalliberale halbhoffigste „Freisburger Post“, ein in Baden viel gelesenes Blatt, schreibt: Die badischen Sozialdemokraten haben sich dadurch (durch die Zustimmung zum Finanzgesetz)

„von den Fesseln eines engherzigen Parteidoctrinarismus freigemacht. Sie haben damit dem Kaiser gegeben, was der Kaiser ist. Diese Haltung der Sozialdemokraten ist um so erfreulicher, als — vom Standpunkte radikaler Elemente aus — gerade der diesmalige Tagungsabschnitt der Landtags-Sitzung unerquickliche Dinge zur Sprache gebracht hat, die agitatorisch genügend ausgenützt, geeignet gewesen wären, Wasser auf die Mühlen der Radikalen zu treiben.“

Die badischen Sozialdemokraten haben sich getreu ihrer geschäftlichen, positiven Mitarbeit, die sie von Anfang der Session geleistet haben, maßvolle Beschränkung auferlegt und von einer für ihre Parteizwecke vielleicht wirksamen Demonstration ferngehalten. Sie haben mit ihrer Stimmabgabe für das Finanzgesetz ein parteipolitisches Opfer gebracht. Ihr Verhalten steht im erfreulichen Gegensatz zu dem des Zentrums, das aus Parteirücksichten gewillt war, das Schulgesetz zu Fall zu bringen. Die „vaterlandslosen Genossen“ haben mehr staatsmännische Einsicht bewiesen, als das Zentrum.

Es ist nicht das erstemal, daß die badischen Sozialdemokraten sich in Widerspruch gesetzt haben mit ihren Parteigenossen im Reiche. Ihr Verhalten beweist aber, daß man mit der Politik in Baden auf dem richtigen Wege ist, um die in der Sozialdemokratie schlummernden wertvollen Kräfte zur politischen Mitarbeit nutzbar zu machen. Der rote Schrecken ist in Baden überwunden. Herr v. Bodman hat noch in der Mittwochs-Sitzung der Ersten Kammer davon gewarnt und die Furcht vor der Sozialdemokratie als hinfällig zurückgewiesen. Einen besseren Beweis für die Richtigkeit seiner Auffassung trotz aller wiederholten und freimütig bekannnten prinzipiellen Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie als die Bewilligung der staatsrechtlichen Verordnungen und das Bestehen des Dr. Frank, sich von einer politischen Demonstration fernhalten zu wollen, konnte kaum erbracht werden. Der einzig zum Ziele führende Weg, bei den Sozialdemokraten vaterländische zu wecken und zu er-

halten, so die Verständnis für den Staat und seine Organe beizubringen, ist die Gewährung von Spielraum zu geistlicher Mitarbeit. Sie werden Freude empfinden an dem, was sie mit schaffen und miterhalten."

In einem offenbar einer nationalliberalen Korrespondenz entnommenen Artikel heißt es:

Nach ihrer letzten Kundgebung vom Samstag (gemeint ist die Beteiligung an der offiziellen Schluffeier mit der Ovation für den Großherzog) können die badiischen Sozialdemokraten nicht mehr zurück hinter die Linie, die sie so weit vorgeschoben hatten. Wenn sie nicht ruhmlos, des Vertrauens zu ihrer Kraft und Fähigkeit beraubt, als Sklaven des von ihnen aufs schärfste verurteilten Radikalismus dahinsinken oder in einer neuen Parteigründung ein vorab einflussloses politisches Dasein nach Verzicht auf Reichstagsmandat führen wollen, dann müssen sie einen Kampf auf Tod und Leben um die Herrschaft in der sozialdemokratischen Partei führen. Das ist die Situation, in der noch ungewiß, wer siegen wird. Als wichtigstes und gefährlichstes Argument wird man den Revisionismus entgegenhalten, daß nur die Agitations- und Verheerungspolitik die Adresse der Dreimillionenpartei gefüllt hat und weiter füllen kann; in der Tat, eine revisionistische Sozialdemokratie würde nicht den Zauber auf das Unbestimmte und Ungreifbare, das man eigentlich Masse nennt, ausüben, auf die Eroberung der politischen Macht wird sie schon verzichten müssen, nach der der stolze Radikalismus strebt, und wird sich bescheiden müssen mit der Mitarbeit des vierten Standes, mit einer gewissen Anteilnahme an der politischen und gesellschaftlichen Macht. Es wird sich dann fragen, ob die „Masse“ reif und verständlich genug ist für diese gesunde Enttäuschung.

Also diese revisionistisch genommene Sozialdemokratie wird, so hofft der Nationalliberalismus, auf die Eroberung der politischen Macht verzichten und sich mit einer gewissen Anteilnahme an der politischen und gesellschaftlichen Macht begnügen müssen! Nur der Zweifel, ob die „Masse“ reif ist für eine solche Enttäuschung, macht den Herren noch einige Sorgen!

Bezeichnend ist es übrigens, daß in der süddeutschen liberalen Presse die Haltung der badiischen Landtagsfraktion nicht mit den „besonderen“ süddeutschen Verhältnissen, sondern mit den revisionistischen Anschauungen erklärt wird.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Juli 1910.

### Eine agrarische Blamage.

Englische Blätter wußten vor einigen Wochen zu berichten, die aus Deutschland zur Internationalen Landwirtschaftsausstellung nach Buenos Aires geschickten Rinder wären dort als stark tuberkulös befunden und deshalb sofort nach Hamburg zurückgeschickt worden. Von agrarischen Blättern wurde damals diese Meldung bestritten und als ein faules englisches Konkurrenzmanöver hingestellt, dessen Zweck es lediglich sei, die deutsche Landwirtschaft zu verächtigen.

Tatsächlich scheint jedoch die damalige Meldung völlig richtig gewesen zu sein, denn das „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlicht in letzter Nummer folgende für das deutsche Agrariertum äußerst blamable Mitteilung:

„Das von der Internationalen Landwirtschaftlichen Ausstellung in Buenos Aires als verkauft zurückgewiesene deutsche Vieh ist in Hamburg wieder eingetroffen. Vor einer von der Regierung in Berlin unter Führung von Geheimrat Rebermann hier eingetroffenen Kommission von ungefähr 30 Herren wurden sämtliche Stücke am Montag geschlachtet und genau untersucht. Die Untersuchung und ihr Ergebnis laßt man mit ängstlicher Beiläufigkeit geheimzuhalten. Genaue Angaben lassen sich deshalb nicht machen. Schätzungsweise wurde bei 60 bis 70 Proz. der Tiere ganz stark vorgeschrittene Tuberkulose tatsächlich festgestellt. Die Krankheit zeigte sich teilweise in einem so vorgeschrittenen Stadium, daß man annehmen muß, daß trotz der Untersuchungen bereits kranke Tiere zur Verschiffung nach Argentinien gekommen sind. Die Untersuchungen werden vom Reichsgesundheitsamt in Berlin an der Hand von Reparatoren weiter fortgesetzt. Das Ergebnis auch dieser Untersuchungen geheim zu halten, liegt nunmehr kein Anlaß vor.“

Nach landwirtschaftlichen Ausstellungen wird bekanntlich nur das äußerste beste Vieh geschickt, und nun stellt sich dieses äußerste deutsche Vieh in Buenos Aires als höchst tuberkulös heraus, so daß ihm dort die Landung verweigert wird und es, um das argentinische Vieh nicht anzustecken, kurzweg zurückgepediert werden muß. Eine größere Blamage für die deutsche Viehzucht ist kaum denkbar! Und doch fordert das Agrariertum strengste Sperrung aller Grenzen, damit nur ja nicht das deutsche angeblich absolut feuchtsche Vieh durch das verächtliche holländische, dänische und schweizerische Vieh insiziert wird!

### Die neue Militärvorlage.

Wir haben gestern auf Grund der Mitteilungen der ultramontanen „Germania“ bereits die Ansicht ausgesprochen, daß die Regierung zwar nicht auf die Einbringung einer Militärvorlage im Herbst verzichten wolle, daß sie aber, um das Zentrum und die Konserverativen nicht in eine arge Memme vor den nächsten Reichstagswahlen zu bringen, vorläufig nur erst einen geringen Teil der zur Durchführung ihrer geplanten Heeresvermehrung nötigen Summen fordern werde, um dann später nach den Reichstagswahlen um so höhere Forderungen zu stellen. Jetzt bestätigt in ihrer „Deutsche Tageszeitung“, daß die Regierung tatsächlich diese samose Taktik zu befolgen gedenkt. Sie schreibt:

„Was aber den Umfang der Heeresvorlage anlangt, so wird man nicht fehlgehen, wenn man der Vermutung Ausdruck gibt, daß die maßgebenden Stellen sich darauf beschränken werden, das zu fordern, was unbedingt notwendig ist. Auch das ist ziemlich sicher, daß die Mehrforderungen nicht sofort sämtlich in Erscheinung treten, sondern, wie es auch bei der letzten Heeresvorlage der Fall war, nach und nach, im Zeitraum des Jahres, für das die Vorlage die Stärkeverhältnisse des Heeres regelt. Es liegt also durchaus kein Grund vor, sich über die Vorlage als solche, ihren Umfang und den Zeitpunkt ihrer Einbringung besonders aufzuregen. Man darf zu der jetzigen Regierung das Vertrauen haben, daß sie das Notwendige unbedingt fordern, sich aber auf darauf beschränken werde. Für diese notwendigen Forderungen wird sie unzweifelhaft eine Mehrheit im Reichstage finden; andernfalls kann sie mit gutem Gewissen an das Volk appellieren.“

Eine saubere Spekulation auf die geistige Beschränktheit.

### Noch ein Opfer der Kieler Woche?

Der ultramontane „Augsburger Post-Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet, daß zwischen dem Staatssekretär Wermuth und dem Staatssekretär v. Tirpitz wegen der Staatsausstellung ein erbitterter Kampf ausgebrochen sei. Herr Wermuth habe einen starken Rückhalt, sowohl am Kaiser als auch am Reichskanzler. Aufällig sei es schon gewesen, daß Herr v. Tirpitz bei seiner Anwesen-

heit in Kiel vom Kaiser recht unbehindert worden sei. Das ultramontane Blatt läßt durchblicken, daß die Tage der Amtstätigkeit des Herrn v. Tirpitz gezählt seien.

### Wie steht es um die neue Wahlreform?

Verschiedene bürgerliche Blätter haben die kürzlich von den „Kieler Neuesten Nachrichten“ verbreitete Mitteilung bestritten, daß das preussische Staatsministerium sich mit der Frage der Ausarbeitung einer neuen Wahlreformvorlage beschäftigt hat. Demgegenüber hält das Kieler Blatt seine Mitteilung entschieden aufrecht. Es stünde, verfehlt es, absolut fest, daß in der letzten Sitzung des preussischen Staatsministeriums der erste Gegenstand der Beratung die Frage der kommenden Wahlreform gewesen sei. Zu den Meldungen über die sogenannte „mittlere“ Politik des Kanzlers weiß es aus bester Quelle zu berichten: Von einer Ausdehnung der Konserverativen könne absolut keine Rede sein. Der Reichskanzler suche vielmehr einen Modus zu schaffen, in dem sich unter Ausschaltung der extremen Elemente auf beiden Seiten die bürgerlichen Parteien begegnen könnten.

Mit anderen Worten also: Herr von Bethmann will versuchen, den alten konserverativ-kerikal-nationalliberalen Block wiederherzustellen.

### „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“

Die Aufsehen erregenden Äußerungen des Bischofs Henke von Regensburg lauten nach dem Stenogramm der Reichstagsitzung vom 12. Juli:

„Hohe Herren! Ich bin leider veranlaßt, Seiner Erzellenz dem Herrn Verkehrsminister in einer seiner Äußerungen, die von ganz besonderer Tragweite ist, widersprechen zu müssen. Seine Erzellenz haben zwischen Christentum und Sozialdemokratie eine Analogie gezogen.“

Hohe Herren! Zwischen der Sozialdemokratie und dem Christentum besteht gar keine Analogie weder in den Zwecken und Zielen, also weder in der Tendenz noch in ihrer gegenseitigen Entwicklungsgeschichte. Seine Erzellenz haben hingewiesen auf die soziale Frage des Christentums. Das Christentum hat sich mit der sozialen Frage Jahrhunderte lang nicht beschäftigt. Wenn Seine Erzellenz die Güte haben wollten, die Paulinischen Briefe nachzulesen, so würden Sie aus denselben entnehmen, daß der Apostel Paulus befähigt dahin gewirkt hat, sich in die gegebenen Verhältnisse zu schicken. Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben, wenn er nicht freiwillig von seinem Herrn der Knechtschaft entlassen wird. Das Christentum hat also mit der Sozialdemokratie in Beziehung auf seine Entwicklungsgeschichte und seine Stellung zur sozialen Frage auch nicht die geringste Verührung. Das möchte ich hier konstatieren haben.“

Interessant ist die Tatsache, daß die Zentrums-Zeitungen zu der Rede des Bischofs nichts zu schreiben wußten; interessant auch die weitere Tatsache, daß das führende Organ der Zentrums-Partei, die „Augsburger Postzeitung“, die Worte des Bischofs in der Weise fälschte, daß sie in dem Satz „das Christentum hat sich mit der sozialen Frage Jahrhunderte lang nicht beschäftigt“, das entscheidende „nicht“ einfach ausgelassen hat.

### Sie Wassermann — die Schiffer!

In der nationalliberalen Partei tobt noch immer der Kampf um Wassermann. Während die einen seinen Rücktritt aus dem parlamentarischen Leben verlangen, damit eine sogenannte „Basis“ zur Wiederherstellung mit den Konserverativen geschaffen werde, drohen die anderen mit schärfster Abrechnung, falls ihr unerfahrener Wassermann aus der Partei hinausgedrängt werde. So wird heute der „Nöln. Zig.“ aus „Kreisen der nationalliberalen Partei“ geschrieben:

„Da der Erklärung, daß Ernst Wassermann kein Reichstagsmandat mehr übernehmen wolle, nicht widersprochen worden ist, wird man sich der Möglichkeit, diesen bewährten Führer auszuweichen zu sehen, nicht länger verschließen dürfen. Diese Möglichkeit aber hat in weitestem Kreise seiner Parteigenossen Sorge und Unwillen erregt. Wenn freilich Gesundheitsrücksichten Wassermann zwingen, sich zurückzuziehen, so müssen alle anderen Wünsche schweigen, dann wird man sich auch mit der Sorge darum, daß eigentlich niemand da ist, der ihn ganz ersetzen könnte, abfinden müssen. Ist es aber wahr, was Sie und da behauptet wird, daß Wassermann unter einem früheren politischen Druck seinen Platz räume, weil dem rechten Flügel der Partei seine Anschauungen zu radikal seien, und weil sich kein sicherer Reichstagsfolg für ihn finden lasse, so ist der Unwille, den ein solcher egoismus hervorgerufen hat, in der Tat gerechtfertigt, um so mehr, als damit der Schein an Berechtigung gewinnt, als ob Wassermann weichen müsse, weil die „Augsburger Postzeitung“ nicht müde wird, seinen Stolz als den Preis zu fordern, ehe die Konserverativen sich dazu verstehen wollen, die Beziehungen zu den Nationalliberalen wieder anzuknüpfen.“

Ist es wahr, daß man Wassermann auf dem Altare der Parteinheit opfern will, oder auch nur, daß keiner seiner Fraktionsgenossen bereit sei, dem Führer auf seinem Reichstagsfolge Platz zu machen, so werden die Wähler und die Öffentlichkeit das Bedürfnis haben, darüber ein Wort mitzureden, ebenso wie es ihr Recht ist, darüber aufgeführt zu werden, ob Wassermann, mit dem sie im Laufe der Jahre doch auch persönliche Fühlung genommen haben, wirklich so krank ist, daß er sich aus dem politischen Leben zurückziehen muß.“

### Elektrifizierung der bayerischen Eisenbahnen.

Die bayerische Kammer der Abgeordneten hat heute sechs Millionen Mark als erste Rate zum Bau eines Waldschneefestanzwerks für Elektrifizierung der Eisenbahnen und zur Abgabe elektrischer Kraft an Private bewilligt.

### Die Choleraepidemie im Osten.

In den russischen Weltgouvernements greift die Seuche immer weiter um sich. Daß die russische Regierung unfähig ist, der Gefahr wirksam entgegenzutreten, ist längst erwiesen. Die preussische Verwaltung ist zwar bemüht, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen und trifft auch solche, soweit sie den Grenzverkehr angehen; auch die Uebergänge an den Gewässern werden sorgfältig überwacht; aber im Lande selbst mangelt es noch an geeigneten Vorschriften, um der Gefahr vorzubeugen. Als im Jahre 1908 einzelne Erkrankungen im Lande festgestellt wurden, da wurden auch Vorkehrungsmaßnahmen ergriffen, um die Gefahr abzuwenden. So namentlich wurde verboten, daß die Schiffer des Reges, und Wortschiffstritt Wasser aus diesen Gewässern entnehmen dürften. Auch wurde die Bromberger Schleppschiffahrt-Gesellschaft angehalten, Trinkwasser-Einnahmestellen zu errichten. Den Schiffen wurden von der Gesellschaft Wasserbehälter zur Verfügung gestellt. Im Jahre 1909 wurde bei der sich jedes Jahr wiederholenden Choleraepidemie der Genuß von Flußwasser verboten. Aber die Wassergräben waren außer Betrieb gestellt und blieben außer Betrieb. In diesem Jahre nun steht die Choleraepidemie wieder vor den Grenzen, Vorkehrungsmaßnahmen sind bereits erlassen, aber die Fährer und Schiffer sind nach wie vor gezwungen, Wasser zu trinken und Kochzwecken aus der Rede und Warbe zu entnehmen. Wie es scheint, müssen erst Choleraerkrankungen vorliegen, ehe die Regierung die Gesellschaft anhält, die Mittel wieder zur Verfügung zu stellen und Wasser-Einnahmestellen zu errichten.

## Oesterreich.

### Oesterreichische Parteifragen und die „Deutsche Tageszeitung“.

Es mag für die tschechischen Sozialdemokraten, die jetzt in Oesterreich daran sind, die Partei zu spalten und die Gewerkschaften zu zerschüttern, recht unangenehm sein, daß sie sich mit ihrem Tun die Sympathie der — „Deutschen Tageszeitung“ erwerben, die sich am Dienstag in einem Leitartikel mit dem „Kraus“ in der österreichischen Sozialdemokratie befaßt. Der Schreiber dieses Artikels ist angeblich ein Deutschösterreicher, nach manchen seiner Verdrehungen möchte man ihn sogar für einen deutschschablonigen Oesterreicher halten. So, wenn er behauptet, daß die bürgerlichen Tschechen im Wiener Parlament die tschechischen Genossen stets an ihrer Seite haben, selbst wenn sie noch so wahrnehmbare Forderungen stellen. Das ist nicht wahr; der Schreiber bringt auch keinen Beweis dafür. Er vergißt aber auch, festzustellen, daß die tschechischen Sozialdemokraten gemeinsam mit denen der anderen Nationen die tschechisch-bürgerliche Obstruktion bekämpfen. Wäherlich ist es, wenn der Krausstudent des Centralblattes die tschechischen Arbeiter gleich Hufschmiedern ins deutsche Sprachgebiet einfallen läßt, ohne mitzuteilen, daß die deutschen Unternehmer durch ihre Schandlöhne, ihren Terror und ihre Ausbeutung die eingesehnen deutschen Arbeiter zu Tausenden über die Grenze nach Deutschland und Amerika treiben, wie man dies in den Hochzeiten der Deutschnationalen, in Aisch, Trautman, Braunau usw. am besten bestätigt finden kann. Aber wozu denn in die Ferne schweifen? Vielleicht beschäftigt sich das edle Organ „Für deutsche Art!“ doch endlich mal mit der Frage, warum die deutschen Großgrundbesitzer alljährlich Zehntausende billiger und oft noch sehr unkultivierter Feldarbeiter aus Mähren, Galizien, Ungarn und Rußland ins deutsche Land hereinziehen und warum das urdeutsche, niederländische Bestreben zu einem neuen Polenlande werden mußte. Die Frage dürfte der „Deutschen Tageszeitung“ näher liegen und ihre Untersuchung nützlicher sein als das Kopferbrechen über die Zukunft der österreichischen Sozialdemokratie.

## Frankreich.

### Eine Auslieferungssache.

Paris, 20. Juli. (Fig. Per.)

Die französische Regierung hat an das Auswärtige Amt in London eine Note gerichtet, in der sie die Freilassung des Inders Sabarbar oder seine Ueberstellung an die französischen Behörden fordert. Öffentlich wird dieser Schritt genügen, den Mißgriff gut zu machen, den französische Gerichte in Marseille begangen haben. Sabarbar, ein junger Schriftsteller, der der indischen Nationalistenpartei angehört und unter anderem der Verfasser eines Buches über den Aufstand von 1857 ist, war in England verhaftet und auf ein Schiff gebracht worden, das ihn nach Bombay transportieren sollte. Im Hafen von Marseille gelang es ihm indes, eine Luke zu öffnen und schwimmend zum Kai zu gelangen. Das Geschrei der englischen Detektivs, die dem Gefangenen zur Aufficht beigegeben worden waren, lockte Verdarmen herbei, die auf die lägerische Verführung hin, daß es sich um einen Deserteur handle, Sabarbar sofort auslieferten. Glücklicherweise konnte der Tatbestand rechtzeitig festgestellt werden. Die „Humanität“ erhob nachdrücklichen Protest gegen die geschwindige Auslieferung eines politischen Flüchtlings und Genosse Jaurès intervenierte beim Minister des Auswärtigen. Die von diesem angestellte Untersuchung ergab die völlige Rechtswidrigkeit der Auslieferung. Selbst wenn es sich um einen Deserteur gehandelt hätte, der gemäß dem für Deserteure geltenden Auslieferungsvertrag zwischen Frankreich und Großbritannien zu übergeben gewesen wäre, hätten die französischen Polizeibehörden der englischen Regierung nicht direkte Handlangerdienste leisten dürfen, sondern den Flüchtling der französischen Behörde überstellen müssen. Als politischer Verfolger aber war Sabarbar durch das Verleiten französischer Territorien ohne weiteres den strafrechtlichen Ansprüchen der englischen Justiz entzogen. Es liegt also eine offensbare Verletzung des Asylrechts vor, an der neben dem instruktionswidrigen Verhalten der französischen Gerichte die falschen Angaben der englischen Polizisten schuld tragen. Die englische Regierung wird wohl nicht umhin können, dem französischen Protest Folge zu geben und dem Gefangenen die Freiheit zurückzugeben, die er durch seine Flucht auf französischem Boden rechtsgültig erlangt hat.

## Belgien.

### Ein jubelndes blämische Parteiblatt.

Man schreibt uns aus Brüssel: Gestern hat der Genere „Booruit“ („Boortaris“), der Namensbruder der mächtigen Genere Arbeitergenossenschaft, der Antwoit des armen, verflachten, unwissenden Blämenvolkes, sein 25jähriges Bestehen gefeiert. Wie die Cooperative hat auch er aus winzigen Anfängen, aus dem Nichts sich emporarbeiten müssen.

Mit 700 Lesern fing der „Booruit“ sein Dasein an — ein Exemplar „nicht größer als ein Taschentuch“. Heute — für das arme, ausgefogene Flandern kein kleiner Triumph — hat er eine feste Leserschaft von 31 000 Personen. Sein Entwicklungsweg ist der typische der proletarischen Presse, nur noch verstärkt durch die besonderen, den Auswirkungen der kerikalen Fesselung des Geistes geschuldeten Verhältnisse. Man hat seine Redakteure verbeudet, ins Gefängnis geworfen, ihn mit Geldstrafen zugrunde zu richten, seine Verbreitung in schimpflichster Weise zu hinterreiben versucht. Aber er hatte etwas von der sehnigen Kraft des blämischen Volkes, das nach einem vielgeleiteten Wort seines poetischen Verherrlichers, Charles de Costers, schlafen, „aber niemals sterben kann“. . . . Heute ist der „Booruit“, mit dem Ansehen Namen wie mit der Cooperative verknüpft bleibt, nicht nur Antwoit und geistige Nahrung für die Arbeiter der beiden Flandern, er ist auch ein Organ, das eine anscheinliche und beachtete Stellung genießt. Wenn es heute auf der blämischen Linie, von Brüssel über Gent und Brügge bis nach Courtrai zur französischen Grenze hin, heller geworden ist, wenn in dem ärmsten, ausgefogensten Stamm des Landes, das neben seinem Kerikalismus noch den Ruhm der längsten Arbeitszeiten und schlauesten Löhne genießt, in den Blämen, der Wille zur Freiheit und Ver menschlichung auflebt, so ist das im wesentlichen ein Verdienst des „Booruit“. — Mit echter Begeisterung ist denn auch von der blämischen Arbeiterbevölkerung sein Jubiläumstag begangen worden, in dem neben dem Ernst der Bestreben, die, rückwärtig und vorwärts weisend, der Arbeiterkampfe gedachten, die tiefwurzelnende Fröhllichkeit des blämischen Volkes, Sang und Musik, und der übrige bunte Besparat zu reichlicher Geltung kamen.

## England.

### Kein Erfolg der Arbeiterpartei.

London, 20. Juli. Im Wahlbezirk Kirkdale-Aberpool wurde für den verstorbenen Unionisten Mac Arthur der Unionist Hyffin Taylor mit 4268 Stimmen gegen den Arbeiterkandidaten Cameron gewählt, der 3427 Stimmen erhielt. Bei der letzten Wahl betrug die Mehrheit der Unionisten über die der Arbeiterpartei 423 Stimmen.

# Türkei.

## Der Geheimbund.

Konstantinopel, 20. Juli. Es verlautet in türkischen Kreisen, daß ein ehemaliger Großwesir die Oberleitung des Geheimkomitees hatte. Die Polizei nahm weitere Verhaftungen vor, die sich auch auf die Kreise zur Ruhe gestellter Offiziere erstreckten. Es verlautet, daß weitere Verhaftungen bevorstehen, auch werden die Namen einiger mitschuldiger Deputierten genannt.

# Aus der Partei.

## Aus der holländischen Partei.

Der außerordentliche Parteitag der S. D. A. P. zu Deventer, der den Ausschluß der drei „Kribüne“-Redakteure und die Spaltung der holländischen Partei zur Folge hatte, gewährte der in der Partei verblichenden marxistischen Winderheit eine einmal wöchentlich erscheinende Zeitschrift „Het Volk“. Die Genossin Frau Henr. Kolland-Holt und Genosse J. M. Wibaut hatten gemeinschaftlich die Redaktion dieses Wochenblattes übernommen. Seine Kritik der Partei und speziell der Kammerfraktion, insbesondere jene, die von der Genossin Roland-Holt herrührten, fanden auf dem diesjährigen Parteitag der S. D. A. P. zu Leuwarden seitens der übergroßen Mehrheit der revisionistisch gestimmten Delegierten scharfe Zurückweisung. Seit Mitte Mai wurden dann keine Artikel von Roland-Holt mehr veröffentlicht und vor einigen Tagen teilte „Het Volk“ auf Ersuchen der Genossin mit, daß sie in keiner Weise mehr als Rednerin in der Arbeiterbewegung auftreten könne. — Ihr Mitredakteur, J. M. Wibaut, teilt nunmehr im lehrerischen „Beekblad“ mit, daß die Genossin Roland-Holt dem Parteivorstande der S. D. A. P. mitgeteilt habe, daß sie ihr Amt als Redaktrice niedergelegt habe. Er selbst, der bei Antretung der Redaktion erklärt habe, daß er diese Aufgabe ohne Frau Holt nicht übernommen hätte, habe beschlossen, die Redaktion von „Het Beekblad“ weiterzuführen und habe sich mit dem Parteivorstand wegen eines neuen Mitredakteurs in Verbindung gesetzt.

Der Parteivorstand der S. D. A. P., der durch Urtwahl gewählt wird, ist nunmehr nach verschiedenen Wahlgängen wie folgt zusammengesetzt: W. H. Vliegen, erster Vorsitzender; J. W. van Kuyk, Schrift- und Kassensührer; J. M. Wibaut, zweiter Schriftführer; diese bilden den Ausschuß. Ferner J. H. Schaper, zweiter Vorsitzender; H. Spielman; L. M. Hermans; J. van der Goes; P. J. Troelstra und R. Wendels.

Als Delegierte zum Internationalen Kongreß zu Kopenhagen entsendet die holländische Sektion: die S. D. A. P. sieben Delegierte und zwar die Genossen van Kol, Schaper, Troelstra, Vliegen, Wibaut, Duns und Wendels; die S. D. P. zwei Delegierte und zwar die Genossen Herm. Gorter und D. J. Wynkoop; der Verband der Diamantarbeiter zwei Delegierte, der der Zigarren- und Tabakarbeiter einen Delegierten.

Aus dem österreichischen Parteileben. In einem Artikel auf die seit dem letzten Parteitag zu Reichenberg verfloßene Zeit untersucht die „Wiener Arbeiterzeitung“, welchen Einfluß diese Tagung gehabt und inwieweit ihre Absichten ausgeführt wurden. Das Zentralorgan unserer deutschen Genossen in Oesterreich konstatiert günstiges. Die Reorganisation ist selbst in Wien, wo sie am aller-schwierigsten war, so weit gediehen, daß in den politischen Vereinen 30 000 Mitglieder vereinigt sind, zu denen natürlich noch etwa die gleiche Zahl jener Genossen kommt, die bloß das Wochenblatt der niederösterreichischen Landespartei, die „Volkstribüne“ abonniert haben. Sehr viel ist aber für die Bildungsarbeit geleistet worden. In der Provinz, die mangelnde Großstädte viel ärger daran ist als die Provinz im Deutschen Reich, wurde überall das menschenmögliche geleistet. Selbst sechs und mehr Schnellzugstunden von Wien entfernt wurden durch drei bis sechs Sonntage Vortragsabende von Wiener Genossen, von Dr. Renner, Dr. Otto Bauer, Dr. Danneberg, Winarsky u. a. abgehalten, von der Arbeit, die in der Provinz selbst geleistet wurde, gar nicht zu sprechen. In den nächsten vier Wochen wird in Bodenbach eine Parteischule für das nördliche Böhmen abgehalten werden. Der Unterrichtsausschuß der Wiener Arbeiterorganisationen aber, dessen Sekretär Genosse Danneberg ist, hat vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910 nicht weniger als 2000 Vorträge abhalten lassen, die Bibliotheken werden dank planmäßiger Förderung besser besetzt und Ottafing, der 16. Bezirk, ist mit der Errichtung einer Kinderbibliothek vorangegangen. Diese Arbeit ist auch wahrlich nötig; forderte doch lehrlich die „Christlichsozialen Arbeiterzeitung“ die Priester — nicht die des Gottes Rimm, sondern die in den Schulen die Religion lehren — ganz ernstlich auf, schon in der Schule auf die literarischen Jünglingsvereine aufmerksam zu machen. In dem gleichen Jahre hat der Wiener Unterrichtsausschuß auch Unterricht in Elementarfächern, Schriftzeichnen, u. s. w. mit 2000 Unterrichtsstunden veranstaltet.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Verurteilter Staatsverbrecher. Zu einer Geldstrafe von 60 R. oder 8 Tagen Gefängnis verurteilte die Strafkammer des Landgerichts in Danzig den Parteisekretär Genossen August Horn aus Etettin wegen Verleumdung des Polizeikommissars Schildkröbe. Die Verleumdung soll bei Auflösung einer öffentlichen Versammlung am 26. November 1909 in Danzig durch die Worte: „Sie dürfen die Versammlung wegen Eintritts der Polizeistunde nicht auflösen, Sie haben keine Ahnung von dem neuen Vereinsgesetz“, begangen sein. Der Angeklagte bestritt, die Redewendung: „Sie haben keine Ahnung“ gebraucht zu haben. Der Polizeikommissar Schildkröbe beschwor als Zeuge, daß diese Worte gefallen sind, und so erfolgte die Verurteilung. Der Staatsanwalt wollte dieses Verbrechen sogar mit 150 R. geahndet wissen.

Freigeisprohen wurde Genosse Schöch von der Niederrhein. Arbeiterzeitung in Duisburg von der Anklage, die Gemeindeverwaltung in Hamborn beleidigt zu haben. In einem Artikel unteres Duisburger Parteiorgans wurde die Kanalisation in Hamborn einer Besprechung unterzogen und dabei klargestellt, daß die Gemeinde mit dem Kanalbau durch die betreffende Unternehmerrfirma bemogelt werde und daß der die Kanalanlage beauftragende Beamte nicht nur den Sachverhalt kenne, sondern die Mogelei auch noch begünstige. Es war auch in dem Artikel genau angegeben, in welcher Weise die Unternehmerrfirma auf Kosten der Sicherheit der Kanalschächte den Ertragsprofiß herauschlägt.

In der Verhandlung wurde der Wahrheitsbeweis in vollem Umfange erbracht. Das Gericht sprach aus, daß zweifellos der Beamte, der die Aufsicht über die ordnungsgemäße Ausführung des Kanalbaues hatte, durch Geldgeschenke vom Unternehmer seine Unabhängigkeit diesem gegenüber eingebüßt, mit ihm „Hand in Hand“ gearbeitet und die „Augen zugebunden“ habe. Der Vaufrührer, Walgenbach ist sein Name, hatte unter Eid bezeugt, daß er von den Ordnungswidrigkeiten nichts wisse und daß, wenn wirklich so wie die Zeitung behauptet habe, gearbeitet sei, dann ja Gefahr bestehe, daß der Schacht zusammenstürze! Daher sei es „ganz ausgeschlossen“, daß die Angaben richtig sein könnten. So die eidliche Aussage des Beamten! Und dann das Resultat! Selbst der Staatsanwalt erklärte, daß die Staatsanwaltschaft wahrscheinlich keine Anklage erheben würde, wenn sie den Sachverhalt genauer gekannt hätte.

# Die zehnte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

Braunschweig, 20. Juli.

## Dritter Verhandlungstag.

Am Mittwoch morgen begann die Generaldebatte über die zum Statut, Streik- und Wahlreglement gestellten Anträge. Anträge, die sehr weitgehende und schwerwiegende Änderungen herbeiführen wollten, lagen nicht vor. Da die Situation im allgemeinen einer Weittragserhöhung wohl nicht günstig ist, so waren nur ganz vereinzelte Anträge eingegangen, welche die Beiträge um ein Geringes zu erhöhen bezweckten. Dagegen suchten eine größere Anzahl Filialen eine Änderung in der Beitragszahlung, an Stelle der gegenwärtigen sechsmonatigen Beitragszahlung eine solche in vier oder gar in zwei Raten (eine für männliche und eine für weibliche) einzurichten. Wohl war verschiedentlich eine wesentliche Erhöhung des Eintrittsgeldes gefordert, ein Antrag Kressfeld ging so weit, 1 Mark als Normalbeitrag und 2 Mark für wiederholt Eintretende zu fordern. Dem Antrag wurde in zutreffender Weise entgegengehalten, daß es für eine moderne Gewerkschaft nicht angängig ist, sich gewissermaßen mit einer chinesischen Mauer abzuschließen durch ein fast unerschwingliches Eintrittsgeld.

Wenn zwar nicht die Beiträge, so hatten die Sätze der verschiedenen Unterstützungsarten zu erhöhen um so mehr Filialen beantragt. Heilbronn hatte der geforderten Erhöhung der Streik-, Gewahrgeld- und Krankenunterstützung den jedesmaligen ausdrücklichen Vorbehalt angefügt: „ohne die Beiträge zu erhöhen“, jedoch nicht gesagt, wo der Verband denn die Mittel hernehmen sollte, die erhöhten Unterstützungen zu zahlen. Zwei Filialen hatten allerdings auch beantragt, die obligatorische Krankenunterstützung zu einer fakultativen zu machen, eine andere, die Sterbeunterstützung ganz abzuschaffen, während drei weitere Orte die Karenzzeit zum Anrecht auf Krankenunterstützung für Neueintretende von 26 Wochen auf ein Jahr heraufgesetzt wissen wollten. Diese letzte Neuerung wurde von Hübsch (Generalkommission) dringend zur Annahme empfohlen. Er wies darauf hin, daß heute nur noch ganz wenige Organisationen diese einjährige Karenzzeit nicht eingerichtet haben. Dann warnte er nochmals vor jeder stärkeren Unterstützungsbelastung und berechnete, daß allein durch den Wegfall der dreitägigen Karenzzeit bei der Krankenunterstützung, wie verschiedene Filialen es wollten, eine Mehrausgabe von mindestens 12 000 Mark entstehen würde.

Ein Antrag wollte, daß Werkmeister in Zukunft nicht aufgenommen würden, da man verschiedentlich die böse Erfahrung machte, daß Werkmeister ihre Mitgliedschaft benutzen, um in den Versammlungen zu hordern und Mitglieder und Verband zu schädigen. Von einem Breslauer Delegierten wurde die Bildung einer Jugendabteilung erinort, nach dem Muster, wie sie kürzlich der Zigarrenarbeiterverband geschaffen. Ebenfalls war lebhafteste Stimmung für die Besetzung der von der Generalkommission eingerichteten Gewerkschaftskurse vorhanden, an denen der Tabakarbeiterverband bisher aus den verschiedensten Gründen noch nicht teilnehmen konnte. Den so zahlreich beantragten Erweiterungen der Unterstützungsbeihilfen traten aber viele Delegierte energisch entgegen mit der Darlegung, daß die Hebung der Lage der Arbeiter durch Unterstützungsbeihilfen immer nur Mittel zum Zweck, der eigentliche Selbstzweck des Verbandes aber die Hebung der Lage der Arbeiter durch die schärfstmögliche Führung des Kampfes sei.

Eine Richtung strebte vor stärkerer Gewinnung weiblicher Mitglieder eine ganz niedrige Beitragsklasse an, in der nur Streik- und Arbeitslosenunterstützung, dagegen keine Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung zur Auszahlung kommen sollte. So zeigten die Meinungen und Bestrebungen, wie dem Verbande am besten vorwärts zu helfen ist, eine bunte Vielfaltigkeit, die aber in der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse begründet liegt, unter denen in den einzelnen Bezirken die Produktion vor sich geht und die Agitation zur Gewinnung der Berufsangehörigen von den verschiedensten Faktoren beeinflusst wird.

Den Standpunkt des Vorstandes vertrat in ausgiebiger Weise der Vorsitzende Deichmann. Er warnte vor großer Experimentiererei, nach denen die Zeit nicht angetan sei, und ersucht, alle die Anträge auf Änderung der Beitragsklassen, des Wahlreglements usw. dem Vorstand zu überweisen, damit der nächsten Generalversammlung dann eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden kann. Er war bei der Wöchnerinnen-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung mit kleinen, von ihm näher erläuterten Erweiterungen einverstanden. Damit jedoch die Mittel zur Führung der Kämpfe dadurch nicht geschwächt würden, empfahl er als Äquivalent die Erhebung von Lokalbeiträgen und die scharfe Innehaltung der nach der Dauer der Mitgliedschaft gezogenen Staffelung bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung. — Sämtliche Anträge wurden schließlich an eine Dreizehnerkommission verwiesen.

# Soziales.

## Geweregerichtswahl in Stolp.

Einem glänzenden Sieg erzielten die freien Gewerkschaften bei der Geweregerichtswahl im Stolp in Pommern. Bekanntlich war die Wahl im vorigen Jahre, wo die Gewerkschaften mit einer Majorität von 30 Stimmen den Sieg davontrugen, für ungültig erklärt worden. Nach einem Jahre fand nun am 19. Juli die Neuwahl statt. Es erhielten die Kandidaten der freien Gewerkschaften diesmal 878 Stimmen, der nationale Wischnasch brachte es nur auf 645 Stimmen, trotz wüster Agitation. In Pommern wird's hell.

## Anfallsursachen.

Die Oberflächlichkeit so mancher ärztlichen Gutachten zu ungunsten des verletzten Arbeiters lehren recht viele Unfallprozesse, so auch der nachstehend geschilderte:

Der Lokomotivführer Paul L. hatte am 6. August 1908 durch Betriebsunfall eine Quetschung der rechten Schulter und Brust so wie eine Kontusion des Kopfes erlitten. Am 26. Januar 1909 ist L. verstorben. Die Witwe des L. stellte bei der Tiefbau-Berufsgenossenschaft den Antrag auf Hinterbliebenenrente. Gleichzeitig beanspruchte sie als Erbin ihres Mannes bis zu seinem Todestage die Vollrente, da ihr Ehemann nach der 13. Woche bis zum Todestage völlig erwerbsunfähig gewesen ist. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Entschädigungspflicht für die Witwe sowohl wie die bis zum Todestage verlangte Vollrente ab. Den ablehrenden Standpunkt begründete sie damit, daß L. seit dem 8. Dezember 1908 nur noch an geringer Behinderung in der Beweglichkeit des rechten Schultergelenks und Herabsetzung der rohen Kraft des rechten Arms gelitten habe. Dafür sei eine Rente von 30 Proz. ausreichend. Das Wagenleiden stehe mit dem Unfall in keinem ursächlichen Zusammenhange.

Für diese Annahme stützte sich die Berufsgenossenschaft auf das Gutachten des ersten behandelnden Arztes Dr. J., der bekundete, „von einer Kopfverletzung wurde nichts wahrgenommen, obgleich auch dieser Körperteil unterworfen wurde“, und des Professors Dr. Sch., der es für ausgeschlossen hielt, daß der Schädelbruch am 6. August stattgefunden habe. Es müßte die Kopfverletzung sich der Ehemann später außerhalb des Betriebes zugezogen haben.

Die Witwe legte gegen den Bescheid Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in A. ein. Sie machte geltend, daß der Schädelbruch bei dem Unfall stattgefunden hat. Denn ihr Mann sei, als die Maschine mit den vier Wagen die Böschung herunterstürzte, im letzten Augenblick, ehe die Maschine in den Flug (die Wurz) kippte, abgesprungen. Hierbei ist L. mit dem Kopf auf Steine aufgeschlagen. Wenn nun auch eine offensichtliche Kopfverletzung nicht festgestellt werden konnte, so scheint es dennoch hinreichend wahrscheinlich, daß bei dem Sturz ein Schädelbruch stattgefunden hat. Dafür spricht der Umstand, daß der Verstorbenen

unmittelbar nach dem Unfall über starke Kopfschmerzen klagte und sobald er den Kopf nach unten beugte, starken Schwindel und Uebelkeitsgefühl mit Erbrechen hatte. Das Erbrechen, welches von den Ärzten der Berufsgenossenschaft auf ein Magenleiden zurückgeführt wurde, müßte als ein rein nervöses Leiden aufgefaßt werden, das seine Erklärung in dem durch die Obduktion festgestellten Schädelbruch finde.

Das Schiedsgericht forderte ein ärztliches Obergutachten von dem Herrn Professor Dr. C. W. in Berlin ein. Dieser besahnte den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem am 6. August 1908 erlittenen Betriebsunfall. In dem Schlussumfasse des Obergutachtens heißt es: „... in Anbetracht endlich des Umstandes, daß weder vor noch nach dem 6. August 1908 ein anderer ähnlich gearteter Unfall, der als Ursache der Verletzungen in Frage kommen könnte, nachgewiesen ist, begutachte ich auf Grund des Sektionsergebnisses und der sonstigen Feststellungen nach bestem Wissen und Gewissen, daß die bei der von mir vorgenommenen Sektion des L. gefundenen Schädel-, Hirnhaut- und Gehirnverletzungen, die durch Hinzutreten von Hirnhautentzündung und Gehirnwasserzufuhr den Tod des L. bedingten, mit größter Wahrscheinlichkeit als Folgen des am 6. August 1908 erlittenen Betriebsunfalles angesehen werden müssen.“

Nunmehr erklärte sich die Tiefbau-Berufsgenossenschaft — auf Grund des ärztlichen Gutachtens — bereit, den Tod als Unfallfolge anzuerkennen. Die Witwe erhält ihre Rente.

Auffallend ist die Oberflächlichkeit der Ärzte der Berufsgenossenschaft. Selbst Laien ist bekannt, daß auch da, wo ein Schädelbruch nicht stattfindet, heftige Erschütterungen, wie sie beim Sturz und Fall sich ereignen, Gehirnverletzungen, innere Blutungen und Erbrechen nach sich ziehen. Den Ärzten der Berufsgenossenschaft genügt aber, daß äußere Verletzungen des Kopfes nicht wahrgenommen wurden, um ein per Witwe ungünstiges Gutachten abzugeben.

# Aus Industrie und Handel.

## Ein Bankbruch?

Seit einiger Zeit verlautet an der Börse, daß die Niederdeutsche Bank mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Die Gerüchte wurden zuerst dementiert, halb aber mußte die Bankleitung bekanntgeben, daß Aufsichtsrat und Vorstand des Instituts auf Anregung der Banken die Deutsche Treuhand-Gesellschaft beauftragt habe, unverzüglich eine Revision der Gesamtverhältnisse auszuführen. Weiterhin gab die Bank bekannt, daß sie für alle Fälle gerüstet sei; es verlautete, daß ihr von Mitgliedern des Aufsichtsrates und von Großbanken erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt worden waren. Es herrschte vielfach die Anschauung vor, daß eine Ordnung der Verhältnisse sich nunmehr in Ruhe vollziehen werde. Allein am 14. Juli teilte die Bank mit, daß infolge der Revision durch die Deutsche Treuhand-Gesellschaft ihre Kassen drei Tage lang geschlossen bleiben. Daß die Kassenschließung auf die Dauer von drei Tagen nicht allein durch die Revision bedingt wurde, konnte keinem Zweifel unterliegen, ähnliche Revisionen in noch viel größerem Umfang erfolgen häufig genug, ohne daß dadurch etwa eine Stilllegung des Betriebes erforderlich wird. Bald stellte sich nun die Notwendigkeit einer Hilfsaktion heraus und die Reichsbank ergriff dazu selbst die Initiative. Herr Wasser mann forderte noch dazu in einem Telegramm die Regierung auf, alles zu tun, um der Bank zu Hilfe zu kommen. Bis jetzt haben die Beratungen der Banken noch zu keinem Resultat geführt. Es scheint aber sicher zu sein, daß das Aktienkapital von 12 Millionen Mark als verloren anzusehen ist. Fraglich ist nur, ob wenigstens die Gläubiger voll befriedigt werden können.

Man hat die Entwidlung der Niederdeutschen Bank, die in den letzten Jahren in einem Eilempo Erweiterungen vornahm, in Fachkreisen vielfach mit Skepsis betrachtet, der Ausdehnungsdrang schien schon früher nicht unbedenklich. Sie ging aus der Westfälischen Bankkommandite Ohm, Hernefeld u. Co. hervor, die neue Firma hat sie im Mai 1908 angenommen. Im Jahre 1907 übernahm sie die Bankfirmen J. Schwabe u. Co. in Wöttingen, C. Brausing in Osnabrück und Wolf u. Bomber in Bremerhaven, die als Zweigniederlassungen fortgeführt wurden. 1908 wurde der Spar- und Kreditverein in Godesberg übernommen, im Jahre 1909 erfolgte die Übernahme der Bankfirmen Louis Wolff in Hamburg und C. W. Schmiedhoff in Brandenburg a. d. Havel sowie die Übernahme der Kreis Bergheimer Volksbank. Mitte April dieses Jahres errichtete das Institut, das in Dortmund seinen Sitz hat, noch eine neue Filiale. Es unterhält zurzeit Zweigniederlassungen in Veddberg, Brandenburg, Münster i. W., Hamburg, Horrem, Paderborn, Hannover, Essen, Wöttingen, Gelsenkirchen, Hörde, Emden, Bremerhaven, Bremerwerde, Dransche, Burgsteinfurt, Coesfeld, Emsdetten, Godesberg, Klappenburg, Lüdinghausen, Melle, Oelde, Osnabrück, Warendorf, Ortrop. Die Verpflichtungen der Niederdeutschen Bank, deren Grundkapital 12 Millionen Mark beträgt, werden auf etwa 40 Millionen Mark geschätzt.

Vom Stahlwerksverband. Aus Düsseldorf wird telegraphiert: In der heutigen Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes wurde über die Geschäftslage mitgeteilt: Auf dem Inlandsmarkte von Halbzeug ist eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vormonat nicht eingetreten. Der Eingang von Spezifikationen ist befriedigend, jedoch ist zu erwarten, daß die mit der Inventuraufnahme verbundene stillere Zeit sowie der eben erst beendete Metallarbeiterstreik im Hagen-Schweilmer Bezirk den Versand föhrend beeinflussen. Das Auslandsgeschäft liegt weiter ruhig. In schwerem Eisenbahnmateriale wurde die vorläufige Schätzung des Gesamtbedarfes der preussischen Staatsbahnen in Schienen und Schwellen aufgegeben. Nach diesen Angaben hat sich unsere, im letzten Bericht ausgeprochene Befürchtung, die durchschnittlichen Auftragsmengen der letzten Jahre würden wieder nicht erreicht werden, verwirklicht, indem der Bedarf für 1911 gegenüber dem Vorjahre um über vierzigtausend Tonnen zurückbleibt. Der Inlandsabjah muß daher einen weiteren Rückgang erfahren, wenn nicht noch größere Nachbestellungen herauskommen werden. Bessere Aussichten scheint die kommunale und private Bautätigkeit hinsichtlich der Anlage von Klein- und Nebenbahnen zu bieten, daher eine ganze Reihe von Projekten der Erledigung harren. Das Auslandsgeschäft lag nach wie vor recht befriedigend und brachte eine weitere Anzahl großer Aufträge herein. Der Absatz nach dem Ausland bewegte sich in steigender Richtung und der Auslandsbedarf in Eisenbahnmateriale im Juni überstieg zum erstenmal den des Inlandes. In Millionen waren der Abzug sowohl vom Inland als vom Ausland befriedigend, und die Milliardeisenwerke sind noch für mehrere Monate mit Arbeit versehen. Ebenso gehen in Gruben-schienen die Spezifikationen in hinreichendem Umfange ein, namentlich vom Auslande, wo nur in der Preisstellung der belgische Wettbewerb föhrend auftritt. In Formeisen wirkte die Beilegung der Bauarbeiter-Auspeerrung belebend auf das Geschäft, und die seitherige Zurückhaltung machte einer besseren Absichtstätigkeit Platz. Der vollen Wiederaufnahme der Bautätigkeit standen zum Teil noch die schlechten Witterungsverhältnisse entgegen. Das Auslandsgeschäft hat sich weiter befriedigend gestaltet und der Spezifikationsengang ist in den letzten Wochen roger geworden.

# Gewerkchaftliches.

## Die bürgerliche Presse und die kämpfenden Arbeiter.

Sobald die Arbeiter zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in eine Bewegung eintreten, sofort sind die bürgerlichen Zeitungen dabei, diesen Arbeitern hindernd im Wege zu stehen und sie zu verdächtigen. Zurzeit stehen, wie wir an anderer Stelle berichten, die Arbeiter der Speditionsfirma Thomas in Spandau im Streik. Sofort erscheint, zunächst im „Anz. f. d. Havelland“ und im „Spand. Tageblatt“ die Nachricht, daß gegen die arbeitswilligen Hafenarbeiter von Streikenden Gewalttätigkeiten verübt worden sind und daß den Arbeitswilligen, deren Zahl sich täglich vermehrt, verstärkter polizeilicher Schutz gewährt werden soll. Die sogenannte unparteiische „Spandauer Zeitung“ tiischt ihren Lesern folgende Nachricht über die Streikenden auf:

„Es ist auch Aussicht vorhanden, daß die Arbeit durch das dauernde Einstellen fremder Arbeiter bald wieder in vollem Umfange aufgenommen werden kann. Die Streikenden sind bisher überhaupt noch nicht mit ihren Forderungen an den Unternehmer, den Spediteur Thomas herantreten, so daß persönliche Verhandlungen zwischen beiden Parteien bis jetzt noch nicht stattfinden konnten.“

Das Blatt verschweigt seinen Lesern, daß der Spediteur Thomas verreist ist, daß er schon am vorigen Sonnabend hier sein wollte und heute noch nicht hier ist. Die Arbeiter sollten zweifellos hingehalten werden, bis die Arbeit fertig war. Das haben sie sich nicht gefallen lassen. Auch mit den Arbeitswilligen ist es so schlimm noch nicht, vorläufig bestehen die Arbeitswilligen wohl zumeist aus dem Geschäftsführer und dem Kontorpersonal, die im Schweiße ihres Angesichts mit Krügen und Manchetten Streikbrecherdienste leisten. Es ist hohe Zeit, daß die Arbeiter den bürgerlichen Blättern, die sie mit solchen falschen Nachrichten füttern und in ihrem Kampfe entgegneten, bald den verdienten Fußtritt geben. Sinaus mit den bürgerlichen Zeitungen aus den Wohnungen der Arbeiter.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Forme und Sicherer Arbeiter! Der Streik bei Schwarzkopff ist durch Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen beendet.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Zu dem Streik der Schmiede nahm am Mittwochabend eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes, Ortsverwaltung Berlin, Stellung. Voelkers Saal in der Weberstraße, wo die Versammlung tagte, war bis auf den letzten Platz besetzt, und Sierings Referat über den Stand der Lohnbewegung der Innungsgehilfen fand die größte Aufmerksamkeit. Der Redner schilderte die Entstehung und den Verlauf des Kampfes. Der Haltung der Streikenden sollte er viel Anerkennung und gab der Erwartung Ausdruck, daß ein günstiger Abschluß zu verzeichnen sein werde, wenn die Streikenden in ihrer Einmütigkeit beharren. (Beifall.) Redner rechtfertigte die Maßnahmen der Verwaltung in bezug auf die Unterstützung der Unorganisierten. Die Versammlung billigte diese Maßnahmen und erkannte an, daß der Stand der Bewegung es erforderlich machte. In der Diskussion wurden die Streikenden von zahlreichen Rednern angefeuert, ausdauernden und den Kampf gegen die Streikbrecher unermüdbar fortzuführen. Auf die Kosten dürfe es bei dieser Bewegung nicht ankommen. Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 20. Juli in Voelkers Festhallen tagende Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von dem Stande des Kampfes der Innungsgehilfen. Die Versammelten sprechen den kämpfenden Kollegen ihre vollste Sympathie aus und fordern sie auf, in Zukunft ebenso einheitlich zusammenzutreten wie bisher und nicht eher zu ruhen, bis ihre gerechten Forderungen bewilligt sind. — Die Versammelten geloben ihrerseits alles zu tun, um den kämpfenden Kollegen zum Siege zu verhelfen.“

Verschiedene Anträge in bezug auf die Unterstützung der Streikenden wurden der Verwaltung überwiesen, in der Erwartung, daß diese alle notwendigen Maßnahmen zu rechter Zeit treffen werde.

Die Lohnbewegung der Böttcher wurde bekanntlich vor vierzehn Tagen begonnen. Die hauptsächlichsten Forderungen sind Gewährung eines Wochenlohnes von 35 M. und die neunstündige Arbeitszeit. Wie am Mittwoch in einer Versammlung des Böttcherverbandes berichtet wurde, haben bis jetzt 24 Betriebe mit 111 Arbeitern die aufgestellten Forderungen, einschließlich der Nebenforderungen, in vollem Umfange bewilligt. In 18 Betrieben mit 33 Arbeitern geschah das ohne Einstellung der Arbeit. Vier Betriebe mit 14 Arbeitern befinden sich noch im Streik. Mit der Innung steht der Verband noch in Verhandlung, um den Tarif für ganz Berlin auf 3 Jahre festzulegen, was voraussichtlich auch gelingen wird. Es gilt dann noch, den Tarif auch in den chemischen Fabriken und Essigfabriken, welche Böttcher beschäftigen, zur Durchführung zu bringen. Es wurde betont, daß man mit diesem Ergebnis der Bewegung durchaus zufrieden sein könne.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche sich mit der Tätigkeit der Kommission einverstanden erklärt, und sie beauftragt, die etwa noch erforderlichen Verhandlungen in demselben Sinne wie bisher fortzuführen.

Die Glaser haben beschlossen, den Arbeitsnachweis der Innung zu sperren. Sie sind es müde, den Nachweis in den Händen der Innung zu lassen, die ihn nach ihrem Belieben verwaltet. Sogar die Arbeitslosen haben in einer Versammlung, die sie am Mittwochvormittag abhielten, einstimmig beschlossen, die Sperre über den Nachweis der Innung zu verhängen. Diesem Beschluß trat eine Versammlung am Abend desselben Tages bei, die der Zentralverband der Glaser nach dem Gewerkschaftshause einberufen hatte. Einstimmig erklärte man sich hier für den paritätischen Arbeitsnachweis, der unter allen Umständen wiederherzustellen sei, denn die Interessen der Arbeiter könnten nur gewahrt werden, wenn die Arbeiter an der Verwaltung des Nachweises ihren vollberechtigten Anteil haben. Der paritätische Arbeitsnachweis ging verloren, als die wirtschaftliche Krise die Stellung der organisierten Glaser schwächte und das Regulator, das den Organisierten ein Vorkaufsrecht einräumte, keine Anerkennung mehr fand, da sogar die Behörden den Innungen verbieten hatten, einem solchen Regulator beizutreten. — Die Forderungen, die bisher zurückgehalten werden mußten, sind gegenwärtig aber wieder in den Vordergrund getreten, und die Glaser sind entschlossen, den Kampf um ihren Arbeitsnachweis mit aller Energie aufzunehmen.

**Achtung, Tüpfel!** Die Sperre über die Firma Link u. Rothert hat sich erledigt, da die Firma wieder Verbandskollegen beschäftigt und den Tarif bezahlt.

Ueber die Firma Engler, Rigdorf, Berliner Str. 88, mußte wegen Beschäftigung von Wilden die Sperre verhängt werden. In Frage kommt zurzeit der Bau Osener Straße.

### Die Verbandsleitung.

Der Streik der Gasarbeiter bei der Firma Kurt Thomas in Spandau dauert ununterbrochen fort. Die Firma versucht den Betrieb mit einigen arbeitswilligen zweifelhaften Verkommern notdürftig aufrecht zu erhalten, was ihr allerdings auf die Dauer unmöglich sein wird. Ferner versucht die Firma durch Inserate in den bürgerlichen Zeitungen der Mark Brandenburg Arbeitswillige heranzuziehen. So wird dem Transportarbeiterverband von den Ortsverwaltungen in Frankfurt a. O. und Fürstentum Weiden-

geteilt, daß in den dortigen Blättern nachstehendes Inserat zu lesen ist:

„Tüchtige Arbeiter, außerhalb des Transportarbeiterverbandes stehend, stellt bei lohnendem Verdienst sofort ein: Curt Thomas, Spandau, Stresowplatz 8. Bei Ausschalten der Arbeit wird Reisegeld vergütet.“

Die Parteipresse sowie die örtlichen Funktionäre werden er sucht, ein wachsames Auge auf eventuelle Arbeitswillige zu haben und die Arbeiter durch Wort und Schrift über die Situation aufzuklären.

Ferner hat sich der Gastwirt Carl Berlin, Spandau, Stresowplatz 3, als Streikbrecheragent entpuppt, indem er ein Lokal in seinem Lokal zum Ausgang brachte, wonach Arbeiter bei hohem Lohn eingestellt werden. Die Betreffenden, die er dann vermittelt, werden durch eine Hintertür aus dem Lokal geführt und der Firma zur Verfügung gestellt.

Auch der Vorarbeiter und ehemaliges Mitglied des Verbandes Heinrich Gehlich, Bräderstraße 28, der vorher in Diensten der Firma als Rangierer stehende Arbeiter Biere, Schönwalder Straße 26, sind für den Unternehmer Thomas in die Breche gesprungen und verrichten Streikarbeit.

Der Streik selbst steht nach wie vor für die Streikenden günstig und sind bereits Einigungsverhandlungen seitens des Gewerbegerichts angebahnt.

### Ausland.

#### Demonstrierende Meister.

In Aussia an der Elbe, Deutschböhmen, haben die Maser- und Lackiermeister die Gehilfen ausgeperrt. Zwei Unternehmer machten nicht mit. Deshalb zogen die andern demonstrierend vor ihre Werkstätten. Von Polizeiataken, Verhaftungen und Auflagen ist aber nichts zu hören.

#### Zum Eisenbahnerstreik in England.

Der Streik der Angestellten der Nordostbahn-Gesellschaft hat sich rapide ausgedehnt. Gegenwärtig streiken 25 000 Mann. Einer der Führer der Bewegung hat gestern nachmittag erklärt, daß der Streik das Resultat einer nationalen Uebereinkunft sei, die seit mehreren Jahren schon zwischen den Mitgliedern der Amalgamated Society der Angestellten der Eisenbahnen besteht. Gestern Abend fand eine Konferenz zwischen den Vertretern der Ausständigen und der Direktion der North Eastern Railway Co. statt. Der gesamte Handel hat unter dem Streik schwer zu leiden, die Kohlengruben haben nahezu sämtlich die Arbeit aufgegeben, da ihre Kohlen nicht mehr befördert werden können, die Lohndarbeiter in den Häfen sind ohne Beschäftigung. Auch haben eine Anzahl von Eisen- und Stahlwerken in Middlesborough den Betrieb eingestellt, da es an Feuerungsmaterial und an Rohstoffen fehlt. Ueber fünftausend Arbeiter sind dadurch beschäftigungslos geworden und durchziehen die Straßen. Die Kohlenverladungsarbeiten am Tynebod haben vollständig aufgehört. Es ist der Eisenbahnverwaltung gelungen, eine Anzahl Züge abzulassen, trotzdem liegen Hunderte von Gallonen Milch und andere leicht verderbliche Waren unabgeliefert da. Die Durchführung des Eisenbahndienstes gestaltet sich sehr schwierig, nur noch einige große Expreszüge haben verkehren können, aber auch hier machen sich bereits Schwierigkeiten bemerkbar, die voraussehen lassen, daß in kurzem schon der gesamte Verkehr eingestellt werden muß. Alle Bahnhöfe im nordöstlichen und nordwestlichen England sind vollständig leer. Die Fischer im Hafen von Tyne arbeiten nicht mehr, denn ihre Fische können nicht mehr befördert werden. In Sunderland sind die Lokomotivführer und Geizer der Eisenbahnzüge abgestiegen und haben den Reisenden ruhig erklärt, daß sie nicht mehr auf die Maschinen zurückkehren würden. Es blieb den Reisenden nichts anderes übrig, als mit einem anderen Zuge wieder nach ihrem Herkunftsort zurückzufahren. — Die Konferenz zwischen den Delegierten der Ausständigen und der Direktion der Eisenbahngesellschaft ist ohne Ergebnis geblieben, obwohl die Besprechungen volle vier Stunden gedauert haben. Zehntausend Grubenarbeiter feiern infolge des Streiks und ihre Zahl dürfte sich heute verdoppeln. Aus Middlesborough wird gemeldet, daß die Zahl der streikenden Eisenbahner sich im Laufe des gestrigen Tages um 2000 vermehrt hat. In den Abendstunden fand eine abermalige Konferenz zwischen den Direktoren der North Eastern-Gesellschaft und den Vertretern der Ausständigen statt, aber auch diese Verhandlung verlief resultatlos. Die Direktion der Eisenbahngesellschaft erklärt, daß sie unter folgenden Bedingungen bereit sei, die Vorschläge der Ausständigen anzunehmen: Alle Ausständigen können die Arbeit sofort wieder aufnehmen; es wird niemand wegen seiner Teilnahme am Streik gemahnt und auch nichts darüber in seinem Personalbuch eingetragen. Die Gesellschaft verpflichtet sich, in einem von den Ausständigen zu bestimmenden Zeitraum sich mit den Forderungen der Eisenbahngestellten zu beschäftigen und eine Deputation der letzteren innerhalb 8 Tagen zu empfangen, um ihre Forderungen mit der Direktion der Gesellschaft selbst zu diskutieren.

London, 21. Juli. Die Angestellten und Arbeiter der Westbahnen hielten heute morgen eine neue Versammlung ab, worin sehr heftige Reden gehalten wurden. Schließlich wurde eine Tagesordnung angenommen, nach welcher sich die Anwesenden verpflichteten, dafür zu sorgen, daß sofort auf das erste Signal des Streikausbruches massenhaft beantwortet werde und worin ferner alle Mittel, selbst die äußersten für recht erklärt und befürwortet werden, um den Streik durchzusetzen und Genugtuung zu erlangen. Die Versammlung trennte sich ohne Zwischenfall.

Newcastle on Tyne, 21. Juli. (W. L. W.) Der Ausstand der Eisenbahner ist beendet. Die Streikenden haben die Vorschläge der Eisenbahngesellschaft angenommen und werden die Arbeit sofort wieder aufnehmen.

#### Der Ausstand in Bilbao

Volleacht sich ohne jealiden Zwischenfall. Die Arbeit ist auf allen Gruben eingestellt. Die Lokalpresse veröffentlicht ein Dokument, worin die Arbeitgeber erklären, daß sie den Reinstandtag unter jeder Bedingung ablehnen müssen. Der Generalstreik dehnt sich auch auf die Stadt Santander aus. In einer Versammlung in Sapuerta, welche von circa 5000 Arbeitern besucht war, ist beschlossen worden, den Generalstreik bis zum äußersten durchzuführen und nicht eher nachzugeben, als bis die Forderungen der Arbeiter sämtlich erfüllt sind. Die Infanterieregimenter in San Sebastian und Pampeluna sind bereits nach Bilbao abgegangen.

#### Die Folgen des nordamerikanischen Bahnarbeiterstreiks.

Der Schaden, den der Streik der Eisenbahner der „Grand Trunk Railway“ anrichtet, ist groß, wenn auch die erwartete Beteiligung der Angestellten anderer Gesellschaften ausgeblieben ist. Es ist ein stiller, erbitterter Kampf, der zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ausgefochten wird. Während der letzten 24 Stunden hat nur ein einziger Güterzug den Bahnhof von Montreal verlassen. Milch und Fleisch wird bereits in einzelnen Ortschaften knapp. Das Vieh stirbt in den engen Bahn-

waggons, die nicht weiter befördert werden können, und verdorbene Nahrungsmittel sammeln sich in den Güterhallen der Bahnhöfe an. Die Zahl der Streikenden wird von beiden Seiten auf 8700 angegeben. Die Angestellten der Canadian Pacific Railway verweigern die Sympathiestreik. Auch die Bahntelegraphisten sind vorläufig nicht in den Ausstand getreten. Sie haben ihre Forderungen einem Schiedsgericht überwiesen, das von der Bahndirektion als kompetent anerkannt worden ist. Man hofft, in zwei bis drei Tagen den vollen Betrieb wieder aufnehmen zu können, da bis dahin eine Einigung zu erwarten ist.

## Aus der Frauenbewegung.

### Eine Zurechtweisung.

Der gegenwärtig in Stuttgart tagende Bundestag der deutschen Gastwirte, eine gut bürgerliche Veranstaltung, aber von Sachlemern inszeniert, beschäftigte sich u. a. auch mit der „Stellungnahme gegen die Bestrebungen auf Abschaffung der Kellnerinnen“, worüber ein Antrag des Badischen Verbandes vorlag. Der Referent Fecht (Karlsruhe) führte hierzu aus, daß die Kellnerinnen in Süddeutschland etwas ganz anderes darstellten, als in Norddeutschland. Man müsse zu der Frage Stellung nehmen, namentlich angeht die Petition der Frau Professor Zellinek (Heidelberg). Wegen dieser Petition müsse man lebhaft protestieren und die Kellnerinnen in Schutz nehmen, damit nicht dem süddeutschen Gastwirtsgerwebe das Handwerk unterbunden würde. Von einer Beschlusfassung wurde Abstand genommen, weil die Sache durch eine vorangegangene Besprechung der Abänderung der Gewerbeordnung erledigt sei. Nichtsdestoweniger wirkt diese Erörterung von sachverständiger Seite wie eine klärende Ohrfeige auf die Bestrebungen, den arbeitenden Frauen aus Voreingenommenheit einen Teil ihrer Erwerbsmöglichkeit zu nehmen.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Vorsilgwalde. Montag, den 25. d. Mts., Ausflug der Genossinnen nach Kapenberg. Treffpunkt vormittag 8 1/2 Uhr bei Hölle, Ernstraße 5. Für Genossinnen, welche sich der Partie anschließen wollen, Sammelplatz bis 9 Uhr an der Dampferhaltestelle Ziegel. Vorverkauf der Billetts in Vorsilgwalde beim Genossen Kienast, in Ziegel beim Genossen Sauer, Berliner Straße, im Piquarengeschäft. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Sämtliche Teilnehmer haben Fahrpreisermäßigung.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Feuer im Viktoria-Speicher.

Gestern Abend wurden mehrere Züge der Feuerweh nach der Köpenicker Straße 24 alarmiert. Dort brannten in der Schmiede der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft Regale mit altem Hausrat und Gerümpel. Es gelang bald, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Die Entstehung des Brandes wird auf Funkenflug zurückgeführt. Wie erinnerlich sein wird, ist der Viktoria-Speicher schon zweimal von großen Bränden heimgesucht worden. Diesmal ist der Schaden nicht erheblich, auch durch Versicherung voll gedeckt.

### Die Budgetdebatte im englischen Unterhaus.

London, 21. Juli. (W. L. W.) Im Verlauf der allgemeinen Debatte über das Budget im Unterhaus berührte Balfour die Frage der Vorzugsstarke mit den Kolonien. Er kritisierte die Fiskalpolitik der Regierung und wies auf das selbständige Vorgehen der Kolonien hin, welche über Verträge mit fremden Ländern verhandeln. England könne sich nicht außerhalb des Reiches der Verträge halten, welche eine Minderung der Vorteile aus den Vorzugszöllen veranlassen, die England in dem Handelsverkehr mit seinen Kolonien genieße. Asquith wies darauf hin, daß Deutschland dem höchsten unabhängigen Zolltarif unterworfen sei und daß die den Vereinigten Staaten seitens Kanada gewährten Zugeständnisse den britischen Handelsverkehr mit Kanada nicht ernsthaft beeinträchtigen. England genieße den Vorzugsstarke mit Kanada. Ein Freihandelsystem innerhalb des Reiches sei unmöglich.

### Der russisch-japanische Vertrag.

Peking, 21. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die chinesische Regierung hat auf die Mitteilung von dem Abschluß der russisch-japanischen Konvention geantwortet, sie freue sich über das Festhalten an dem Vertrage von Portsmouth und an dem status quo in der Mandchurei. China werde in Zukunft im Einklang mit dem Vertrage von Portsmouth und mit den chinesisch-japanischen Verträgen handeln und seine Bemühungen fortsetzen, in allen Angelegenheiten, die sich ergäben aus der Ausübung seiner Hoheitsrechte und aus der gleichen Gelegenheit zur Entwicklung von Handel und Industrie, damit die Interessen aller Länder aufs beste gefördert würden.

### Schwere Unwetter.

Kiew, 21. Juli. (W. L. W.) Im Kreise Tscherkass sind durch einen mit einem Wolkenbruch verbundenen Orkan 17 Gebäude zerstört und 8 Mühlen beschädigt worden.

### Neue Unruhen in Persien.

Teheran, 21. Juli. (W. L. W.) In Hamadan sind große Unruhen ausgebrochen. Mussteid Scheich ist ermordet worden.

### Gegen die aufständischen Bengalen.

Kalkutta, 21. Juli. (W. L. W.) Die Nachforschung nach verborgenen Waffen wird von der Polizeibehörde weiter fortgesetzt. Bei einer gestern Nacht in einem Hause von Nordkalkutta vorgenommenen unvermuteten Durchsuchung wurden Revolver, Pistolen mit Gewehren und Patronen gefunden. Die Bewohner, zwei junge Bengalen, entkamen. Ein besonderer Gerichtshof ist nunmehr mit der Führung des Prozesses gegen dreizehn angesehene Bengalen aus Kulu beauftragt worden, die beschuldigt werden, zum Kriege gegen den König aufgereizt zu haben. Der Gerichtshof wird sich später mit einem Prozeß gegen 45 andere Personen zu befassen haben, unter denen sich einige reiche und angesehene Männer befinden. Die diesen zur Last gelegten Vergehen sind noch nicht bekannt.

### 15 Arbeiter erstickt.

Johannesburg, 21. Juli. (W. L. W.) In der Simmer East Deep Mine sind durch Gasbildungen infolge von Entzündung einer Kiste Gelatin fünfzehn Eingeborene erstickt. Dreizehn Weiße und sechsundsechzig Eingeborene mußten in das Hospital gebracht werden.

### Dem Moloch Militarismus zum Opfer gefallen.

Fort Monroe Virginia (Nordamerika), 21. Juli. (W. L. W.) Während einer Schießübung der Batterie des Forts wurde der Verluß bei einem Geschütz nach hinten herausgeschleudert. Zehn Artilleristen wurden getötet, zwei schwer und fünf leicht verletzt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsskizzen.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: H. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft.

Die Parteipresse über die Budgetbewilligung.

Die „Mainzer Volkszeitung“ veröffentlicht einen Artikel eines führenden Genossen Dr. F. in Baden, also offenbar des Genossen Frank. Dieser führt zuerst aus, daß die Fraktion im Landtag parlamentarischen Einfluß ausgeübt habe. Außer der Stelle im Präsidium, für deren Uebernahme ihr keine Bedingungen gestellt waren, hatte sie die Referate über das Volksschulwesen und die Fabrikinspektion, sowie die Verichterstattung bei einer Reihe von wichtigen Gesetzen und Anträgen inne. Dann fährt der Artikel fort: „Kein vernünftiger Mensch konnte erwarten, daß die Liberalen sozialdemokratische Politik treiben würden. Aber unter der erzieherischen Wirkung unserer Zusammenarbeit machten sie Ernst mit liberalen Forderungen. Alle großen Gesetze tragen diesen Stempel und wurden gegen das Zentrum geschlossen. In dem Schulgesetz wurde die Simultanschule erfolgreich verteidigt und befestigt, und die neue Bestimmung auf unseren Antrag aufgenommen, daß die Disziplinfinden gegen den Willen ihrer Eltern keinen Religionsunterricht zu besuchen brauchen. Durch das neue Einkommensteuergesetz wurden, wieder auf unseren Antrag, die Einkommen bis zu 1400 Mark erheblich entlastet, die großen Einkommen stärker herangezogen. Durch die neue Gemeinde- und Städteordnung wurde zwar die allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl nur in Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern bewilligt, aber der Kreis der Wahlberechtigten stark erweitert. Nicht bloß die Bürger, sondern alle Einwohner deutscher Nationalität über 25 Jahren haben unter gewissen Voraussetzungen das Wahlrecht. Unsere Bürgermeister brauchen keine Bestätigung. Durch die Neueinführung der Verhältniswahl werden wir mit einem Schlag entsprechend unserer Stärke auf allen Rathhäusern vertreten sein, ohne lokale Wahlbündnisse schließen zu müssen. Die erbitterte Gegnerschaft unserer Junker und Scharfmacher gegen das Gesetz beweist am besten, daß es unseren Nachbereich erweitern wird. Um die Tendenz unserer Arbeiten zu kennzeichnen, will ich noch erwähnen, daß unser Antrag auf Besteuerung der Titel und Orden angenommen und daß schließlich der prinzipiell sehr wichtige Beschluß gegen das Zentrum von der Großblödmehrheit gefaßt wurde, die Regierung aufzufordern, im nächsten Budget 100 000 M. für Arbeitslosenfürsorge einzustellen. Es sollten aus dieser Summe Zuschüsse an solche Gemeinden gegeben werden, die eine Arbeitslosenversicherung einführen. Daß die Fraktion dem Budget dieses Landtages, in dem die Sozialdemokratie an der Spitze stand, zustimmen würde, wurde seit Monaten von uns als selbstverständlich betrachtet. Es gibt keine Resolution, die für alle politischen Situationen paßt, — aber das oberste, ungeschriebene Gesetz jeder Politik gebietet, seine Taktik nach den Verhältnissen einzurichten. Daß wir nach einer Großblödarbeit von acht Monaten dem Zentrum den Triumph bereiten sollten, festzustellen, es sei unentbehrlich für die Erledigung des Budgets, konnten wir nicht verantworten. Da trat vor einigen Wochen ein Ereignis ein, das unsere Haltung in Frage stellte. In einer Kommissionsitzung äußerte der Minister des Innern v. Bodman, ein Sozialdemokrat könne nicht vom Großherzog als Bezirksrat ernannt werden. Die Worte führten zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern und dem Minister. Die Fraktion kam auf Grund dieses Vorfalls zu dem Entschluß, das Budget abzulehnen mit der Erklärung, die Regierung mache uns die Annahme des Budgets, an dem wir so eifrig mitgearbeitet, unmöglich, weil sie uns politisch nicht als gleichberechtigt behandle.“

Am Abend vor der Abstimmung über das Budget fand eine Sitzung unseres Herrenhauses statt, in der von dem liberalen Baron Stöcking eine heftige Angriffsrede gegen Minister v. Bodman gerichtet wurde, weil er durch die neue, freireligiöse Gemeindeordnung die Sozialdemokratie fördere und so die Revolution vorbereite. Der Minister wich nicht zurück, sondern legte als sein Regierungsprogramm dar, die Sozialdemokratie müsse zur Mitarbeit herangezogen werden. „Die Sozialdemokratie sei eine großartige Bewegung zur Befreiung des vierten Standes.“ In diesem offenen, mutigen Bekenntnis schienen uns eine Zurechnung jener in der Kommission gemachten, unsere Parteipresse verlegenden Be-

merkungen zu liegen, und am andern Morgen beschloß die Fraktion nach kurzer Beratung, jetzt für das Finanzgesetz zu stimmen, wie es die politische Situation verlange. Hätten wir noch Zeit gehabt, dann hätten wir gern dem Parteivorstand Gelegenheit gegeben, mit uns die Sache zu beraten. So aber waren wir gezwungen, sofort zu handeln, — und wir haben es getan und werden dafür die Verantwortung tragen. Es wäre schlimm um die Partei bestellt, wenn es ihr an Männern fehlen würde, die den Mut haben, unausführbare Parteibeschlüsse unausgeführt zu lassen.“

Ueber den Mut wollen wir nicht streiten. Wir sind allerdings der Ansicht, daß die Parlamentarier die Voauftragten der Partei sind und nur dann ihre Aufträge übernehmen dürfen, wenn sie diese ausführen wollen, im anderen Falle aber sie eben nicht hätten übernehmen dürfen. Wir möchten aber fragen, wer über die Frage, ob unausführbar oder nicht, zu entscheiden habe. Nach Frank offenbar die Parlamentarier, die das besser verstehen, als die Delegierten des Parteitag. Deutlicher konnte allerdings das Streben, sich von den Beschläffen der Gesamtpartei unabhängig zu machen und die selbstherrliche Fraktion über die Partei zu stellen, nicht proklamiert werden.

Zur Klarstellung trägt es auch bei, daß Genosse Frank mitteilt, daß die Fraktion seit Monaten entschlossen war, für das Budget zu stimmen. Sie hätte also genügend Zeit gehabt, sich mit dem Parteivorstand ins Einvernehmen zu setzen, schon lange vor dem 11. Juli, an dem sie beschloß, dagegen zu stimmen. Danach kann man schon beurteilen, was von der Versicherung zu halten sei, daß zuletzt nur Zeitmangel die Fraktion von einer Verständigung abgehalten habe.

Auch über den „Liberalismus“ der angenommenen Gesetze wollen wir nicht rechten und meinen nur, ein Dreiklassenwahlrecht bleibt auch mit Sechstelung ein politisches Ausnahmengesetz gegen die Verfassung.

Das eine aber muß doch konstatiert werden: All das hat mit der Budgetabstimmung und der Hoßgängerrei nicht das geringste zu tun. All diese Gesetze hatten die Majorität und wären angenommen worden, auch ohne daß wir für das Budget gestimmt hätten. Diese Abstimmung geschah nur, wie es heute auch in der „Mainheimer Volksstimme“ heißt, um die Stellung eines Ministers bei Hofe — in dem demokratischen Musterland entscheidet nämlich die Krone und nicht die Volksvertretung über Zusammensetzung der Regierung und ihren Kurs — zu festigen. Daß ein Minister, der Sozialdemokraten zur Verleugnung oder wenigstens Verhüllung ihrer Grundsätze verleitet, dadurch in seiner Stellung befestigt wird, ist richtig. Die herrschenden Klassen müßten ihr Interesse schlecht verstehen, wenn sie einen solchen Minister nicht hegen und pflegten. Aber eben deshalb scheint uns solche Haltung mit sozialdemokratischer Politik unvereinbar zu sein.

„Neue Zeit.“

Unter dem Titel „Kanton Badisch“ schreibt Franz Mehring unter anderem:

„Sicherlich haben die badischen Vorkommnisse eine sehr ernste Seite. Es ist tief bedauerlich, daß die badische Landtagsfraktion in einem Augenblick, wo die Wünsche der Partei so günstig stehen wie noch nie, einen so schweren Disziplinbruch begeht, wie er ebenfalls noch nie in der Partei dagewesen ist, und dazu schweigen kann und wird die Gesamtpartei genötigt. Der Parteivorstand hat denn auch bereits diese schwere Verfehlung gegen die Einheit der sozialdemokratischen Partei“ gebührend gekennzeichnet, und der Parteitag wird der Wiederholung ähnlicher Dinge einen Riegel vorgeschoben wissen. Allein die Partei wird sich ihre frohe Kampfstimmung nicht durch diese Episode trüben lassen. Soweit sich bisher die Parteipresse darüber geäußert hat, ist es mit derselben überlegenen Ruhe gesehen, womit Engels die Krähwinkelien des „Kanton Badisch“ zu betrachten pflegte.“

Man mag gern anerkennen, daß wenn sich die badische Landtagsfraktion für ihre Seitenprünge auf die „besonderen Verhält-

nisse“ ihres Ländchens beruft, solche Verhältnisse wirklich bestehen. Baden ist von jeher die eigentliche Heimstätte jenes heiteren Partikularismus gewesen, der die Republik will, aber den Großherzog auch. Und der, wenn er je überall in Deutschland geherrscht hätte, der deutschen Nation als solcher den Garaus gemacht haben würde. Freilich kann dieser heitere Partikularismus auch einmal ein sehr trauriges Ende nehmen, wie gerade auch die Geschichte Badens beweist.

Am achtzehnten Jahrhundert bestand das damalige Markgrafen-tum Baden nur aus einigen Flecken deutscher Erde, die, von der Schweizer Grenze bis über Karlsruhe hinab zerstreut, kaum dreißig Quadratmeilen umfaßten und zum Reichsheer ganze 95 Mann stellten. Erst als Napoleon sich durch einige süddeutsche Mittelstaaten feste Stützen seiner Fremdherrschaft schaffen wollte, wurde die bescheidene Fläche fast verzehnfacht. Napoleon schüttete das rechtsrheinische Ufergelände von Konstanz bis Mannheim, ein unabsehbares Gewirr von geistlichen, fürstlichen, gräflichen, reichsritterschaftlichen und reichsstädtischen Territorien, zum Großherzogtum Baden zusammen, das, sechzig Meilen am Rhein hingebend, an seiner schmälsten Stelle nur zwei Meilen breit, fast ganz aus Grenzbezirken bestand.

Die konstitutionellen Verfassungen, womit die süddeutschen Fürsten nach dem Sturze Napoleons vorgingen, entsprangen der Sorge um den Zusammenhalt ihrer künstlich konstruierten Staaten. Die kleinfürstliche Souveränität lief dabei keine Gefahr; im Gegenteil erhielt sie sich auf diese Weise härter, als sie sich auf irgendeine andere Weise hätte erhalten können. Wurden ihr die Kammern zu auffällig, so stützte sie sich auf den Bundestag; bedrängte sie der von Oesterreich und Preußen beherrschte Bundestag, so stützte sie sich auf die Kammern. Da Baden der am künstlichsten konstruierten dieser Staaten war, so erhielt er die liberalste Verfassung, und in dem Selbstbewußtsein des konstitutionellen Musterlandes verschmolzen die tausend Trümmer, aus denen das Großherzogtum Baden zusammengestellt worden war. Ueberall in Deutschland feierte der vormärzliche Liberalismus die badischen Kammerherren, wie Kotzeb und Welcker und Jähres, als die Vorhut der bürgerlichen Freiheit in denselben überschwenglichen Tönen, die das „Berliner Tageblatt“ heute den Genossen Frank und Kolb widmet.

Der Ursprung des badischen Konstitutionalismus ergab aber seine völlige Nichtigkeit. Die einander folgenden Fürsten des Landes, die sich nur dadurch unterschieden, daß bei den einen mehr die Wohlwolligkeit, bei den anderen mehr der Stumpf sinn überwoog, benutzten die Verfassung zu dem Gaukel- und Schaukelspiel, das sie notwendig gemacht hatte, und je mehr der badische Konstitutionalismus seinen eigentlichen Zweck als Werkzeug der fürstlichen Souveränität erfüllte, um so mehr verständigte sich sein Zweck als Werkzeug der Volksinteressen. Die vormärzliche Reaktion wirtschaftete in dem Ländchen trotz aller schöner Kammerreden ebenso ungeniert oder noch ungenierter als anderswo. Erst als sich die Vorboten der Revolution meldeten, mußte sie ihre sich hochmütig blühenden Segel ein wenig einziehen.

Kun aber zeigte der badische Konstitutionalismus, daß er keineswegs der unentwegte Vorkämpfer der bürgerlichen Freiheit war, den die Mitwelt in ihm bewundert hatte. Gerade seine klügsten Köpfe, wie die Kaffermann und Maich, bekundeten eine sehr patriotische Neigung, mit der trübsel gewordenen Reaktion profitabile Geschäfte zu machen, Geschäften, die sich nicht einmal, wie die der rheinischen Liberalen, mit materiellen Klasseninteressen entschuldigen ließen, denn eine große Industrie gab es in Baden noch so gut wie gar nicht. Andere Kammerherren blieben freilich standhafter, und sie nannten sich sogar „Sozialdemokraten“, wie die Brentano und Straube, aber sie waren es nicht einmal in der damaligen Kleinbürgerlich-demokratischen Bedeutung des Wortes. Vielmehr, wenn die nunmehrige Scheidung der badischen Opposition in Liberale und Radikale den Sinn hatte, daß die Liberalen sich als mehr oder weniger ehrgeizige Streber und rücksichtslose Stellenjäger entpuppten, so waren die Radikalen zwar ihrer eigenen Meinung nach revolutionäre, aber tatsächlich Kleinbürgerlich beschränkte Politiker, die, als ihnen die Erhebung der Masse im Frühjahr 1849 das Heft in die Hand gab, ihre ganze Politik danach einrichteten, daß sie sie vor dem durch die Massen aus dem Lande gejagten Großherzog bei seiner etwaigen Rückkehr verantworten könnten.

Was bei dieser famosen Taktik herauskam, hat Engels in seinen Auffäßen über die Reichsverfassungskampagne drastisch geschildert. Die Republik mit dem Großherzog an der Spitze erwies sich, schon

Kleines feuilleton.

Die Verbreitungsart des Typhus. Das plötzliche Auftreten von Typhusepidemien zeigt immer wieder, daß die Wissenschaft dieser gefährlichen Krankheit noch nicht Herr geworden ist. Da gerade jetzt mehrere Vorkommnisse dieser Art zu verzeichnen gewesen sind, so wird eine Untersuchung besonders bedeutungsvoll, die Dr. Nicolle vom Pariser Pasteur-Institut in den Annalen dieser berühmten Anstalt veröffentlicht hat. Ihm ist es zum ersten Mal gelungen, die Krankheit auch auf einige Affenarten zu übertragen. Weil das Studium einer Krankheit an Affen, als den menschenähnlichsten Tieren, stets die besten Aufschlüsse über das Wesen der Krankheit gibt, so waren Versuche nach dieser Richtung auch mit dem Typhus gemacht worden, aber bisher stets vergeblich geblieben. Die Arbeiten von Dr. Nicolle haben nun für das experimentelle Studium der Krankheit und für den sicheren Nachweis ihrer Ursachen und ihrer Verbreitung einen neuen Weg erschlossen. Zunächst hatte sich der französische Forscher einen gewöhnlichen Rhesus- oder Javaner Affen ausgesucht, dem er 1 Kubikzentimeter Blut von einem Typhuskranken unter die Haut spritzte. Der Affe blieb dagegen aber ganz unempfindlich, ebenso ein chinesischer Quak, ein nahe Verwandter des Rhesus. Mehr Erfolg hatte der Forscher bei einem jungen Schimpanzen, der 24 Tage nach der Impfung einen unverkennbaren Anfall von typhösem Fieber hatte, wobei sich auch ein Ausschlag auf dem Gesicht und hinter den Ohren entwickelte. Nun impfte Nicolle wiederum einen Quakaffen mit dem Blut dieses Schimpanzen, um festzustellen, ob der Durchgang des Krankheitsgiftes durch den Affen keine Giftigkeit für einen anderen Affen steigern würde. Diese Vermutung bestätigte sich, denn nun erkrankte auch der andere Affe, und zwar schon nach 13 Tagen. Von diesem zweiten Kranken konnte das Gift wieder auf den Quakaffen erfolgreich überimpft werden. Bei einem andern Affen brach die Krankheit dann sogar am selben Tage der Impfung aus. Von besonderer Wichtigkeit war die Ermittlung, daß der Javaner Affe und außerdem der sogenannte Papuaner Rhesus und der gewöhnliche Hundaffe gegen den Typhus gefeit waren, auch wenn das ihnen beigebrachte Gift von einem anderen Affen kam. Daß es sich bei Tier und Mensch hier um dieselbe Krankheit handelt, wurde über jeden Zweifel hinaus noch dadurch bewiesen, daß Menschenblut von einem Typhuskranken einem Affen Widerstandsfähigkeit gegen die Krankheit verleiht, während Menschenblut von einem Gesunden in dieser Beziehung unwirksam bleibt. Für die Behandlung des Typhus beim Menschen ist die weitere Feststellung bedeutsam, daß das Blutserum von einem Affen, der in der Genesung vom Typhus begriffen war, eine deutliche Giftigkeit für andere Affen besitzt. Daraus ergibt sich, daß der Vorschlag, das Serum von Genesenden zur Behandlung von Typhuskranken zu verwenden, nicht unbedenklich ist. Eine sonderbare Enthüllung ist ferner durch den Nachweis geschehen, daß die Verbreitung des Typhus durch Kopfläuse und Kleberläuse geschehen kann. Einige dieser Schmarotzer, die von Menschen auf Affen gesetzt worden waren,

vermochten diesen den Typhus zu vermitteln. Das ist wieder einmal ein Beweis dafür, mit welchen scheinbar nebensächlichen Dingen sich die Bekämpfung von Epidemien beschäftigen muß.

Hochsee-Zeitungen. Die Zeiten, da man während einer Seereise die tägliche Zeitungsliste entbehren mußte, sind, wenigstens für die großen Passagier-Schnelldampfer, endgültig vorbei. Heute besitzt jeder dieser schwimmenden Ozeanriesen seine eigene Druckerei und seine eigene Schiffszeitung, die dank der drahtlosen Telegraphie bisweilen sogar ihre Leser an Bord ebenso prompt informieren können wie die Blätter auf dem Lande. Zunächst hat z. B. die „Lufstania“ bei den letzten englischen Wahlen instande, die Wahlergebnisse ihren Passagieren zur selben Stunde gedruckt zu bringen wie die Festlandspresse, ja manchmal kann die Schiffszeitung, weil ihre Verteilung und Auslieferung nur kurze Zeit erfordert, sogar etwas schon früher mitteilen, als die Landratten es erfahren. Die größte englische Hochsee-Zeitung, das „Cunard Daily Bulletin“ der Cunard-Linie erscheint in einer Auflage von 2000—2500 Exemplaren, 32 Seiten stark und kostet 2/6. Venny (20 Pf.) die Nummer. Die Compagnie Générale Transatlantique gibt ein „Journal de l'Atlantique“ heraus, das sogar illustriert ist. Die deutschen Schiffszeitungen geben ihren Fahrgästen ihre Schiffszeitungen unentgeltlich: der Norddeutsche Lloyd die „Ozean-Zeitung“ und die Hamburg-Amerika-Linie das „Atlantische Tageblatt“, das je 16 Seiten stark und halb in deutscher, halb in englischer Sprache erscheint.

Ein altrömisches Schiff in der Themse. Ein außerordentlich interessanter Fund ist nach dem Berichte des Londoner Grasshaffars in der Themse gemacht worden. Bei den Fundamentierungsarbeiten, die dem Bau des großen, neuen Rathauses, der County Hall, vorausgehen, stieß man auf ein sehr gut erhaltenes, großes römisches Schiff. Der Fund liegt in England ohne Gegenstück und übertrifft an Bedeutung das Boot König Alfreds, das vor wenigen Jahren in Bathampton gefunden wurde. Ein großer Teil des alten Fahrzeuges, das völlig aus Eiche gebaut war, liegt noch im Schlamm begraben. Allem Anschein nach hat man es mit einem Schiffe zu tun, das eine Länge von etwa 50 Fuß bei einer Breite von 10 Fuß hatte. In dem großen Boote fand man interessante Stücke römischer Töpfereien, Knochenreste, Eisen- und Glasgeräte und eisenschlagene Sohlen für die Fußbekleidung. Besonders interessant aber sind die Münzen, die Anhaltspunkte für das Alter des Fahrzeuges liefern. Man fand eine Münze von Tetricus in Gallien (268—273), eine andere Münze, die das Zeichen des Carausius in Britannien zeigte (286—293), und eine dritte Münze mit der Prägung des Allectus in Britannien (293—295). Die Sachverständigen weisen das Schiff dem Ende des dritten oder dem Anfang des vierten Jahrhunderts n. Chr. zu. Alle Einzelheiten weisen darauf hin, daß das Fahrzeug zu der großen Flotte gehörte, die Carausius baute, um gegen die britischen Stämme, die Feinde des römischen Reiches, Krieg zu führen. Carausius segelte von Boulogne nach Britannien und setzte sich hier als unabhängiger Kaiser von Britannien fest. Die Herrschaft des Carausius, die sieben Jahre

währte, war für Britannien eine Zeit des Friedens und des Fortschritts.

Wie's gemacht wird! Der „Chefredakteur“ Max Diehle sendet an Abonnenten technischer Artikel ein gedrucktes Zirkular, in dem es heißt:

„Zu veröffentlichte über . . . demnächst einen Artikel in dem „Zentralblatt der technischen Verwaltung“. Mit dem Aufsatze bin ich bereit, eine geschäftliche Empfehlung Ihrer hauptsächlich in Betracht kommenden Fabrikate zu verbinden, und erbitte für diesen Zweck möglichst umgehend einige entsprechende Anhaltspunkte. Das Honorar für die Aufnahme der Empfehlung beträgt 25 Mark.“ (Manchmal nimmt der Herr „Chefredakteur“ auch mehr, manchmal weniger als 25 Mark Honorar.)

Dieser Diehle soll — ebenso wie seine zahlreichen Kollegen — sehr viel Geld verdienen . . .

Notizen.

— Musikchronik. In der Gura-Oper sollen zwei zyklische Ringvorstellungen des Nibelungenringes von Richard Wagner zu besonders ermäßigten Preisen veranstaltet werden. Der erste Zyklus findet statt am 29., 30. Juli und 1. und 3. August, der zweite am 8., 9., 11. und 13. August. Vorbestellungen im Invalidendank, an der Kasse des Opernhauses und bei A. Wertheim. (Die besonders ermäßigten Preise sind leider für die Arbeiterschaft immer noch zu hoch.)

— Ein Fiasko Vodes. Die Sammelgier, die wohllos aus der ganzen Welt Schätze-Seltenheiten zusammenrafft, ist ein echtes Kind des Kapitalismus. Seitdem die Kunst aufgehört hat, Kolossal zu sein und ein Spielball des Luxus, ein Lummelplag der Reinerkennung und einer parasitären Wissenschaft geworden ist, werden Kunstwerke spornmäßig gesammelt. Alle Mittel sind dabei recht, und wer über die größten Summen verfügt, steigt in dem Wettlauf. Herr Vode, der seit seiner Florablamage schon wieder den Mut gefunden hat, einen echten Rembrandt zu entdecken — der wahrscheinlich soviel mit Rembrandt zu tun hat wie Vodes Leonardo- oder Rubensentdeckungen mit diesen Meistern — schien kürzlich die Amerikaner auf diesem Gebiet geschlagen zu haben. Er hatte von dem Jesuiten in Konforte (Spanien) ein altrömisches Gemälde von Hugo van der Goes zu 1 180 000 Fr. erhandelt. Wegen dieser Verkauferung von Kunstwerken ins Ausland erhob indes die spanische Regierung Einspruch. Und so wird „Die Anbetung der heiligen drei Könige“ bleiben, wo sie seit Jahrhunderten war, und nicht von der parvenuhaften kapitalistischen Sammelgier entführt werden.

— Ein Turner-Museum, das ein großartiges Bild von dem Schaffen dieses auch für den Kontinent bedeutenden englischen Landschaftsmalers gibt, wird in einem neuen Flügel der Londoner Tate-Galerie eröffnet. Es werden auch viele von den 20 000 Zeichnungen und Studien Turners dort aufgestellt sein.

— Eine Ausstellung Münchener Kunstgewerbes in Paris. Im diesjährigen Pariser Herbstsalon werden die Münchener Kunstgewerbetler eine Sonderausstellung haben, die 15 Räume umfassen wird.

Wie dies politische Ideal in patriotischen Kräften erscheinen mochte, als eine äußerst fröhliche Wirklichkeit, die ihre historische Weisheit nur durch das Blut schuldloser Männer erhielt, die der „Märtyrerkönig“ in ruchloser Grausamkeit verschüttete, und durch den Mut anderer Männer, wie Friedrich Engels, Josef Woll, Johann Philipp Becker, Wilhelm Liebknecht, die freilich nie den Zylinder aufgestülpt haben, um einen toten Großherzog zur Gruft seiner Väter zu geleiten oder einer lebenden Großherzogin die silberne Krone zu überreichen.

Vergegenwärtigt man sich die badiische Geschichte, die hier natürlich nur in ganz großen Umrissen gezeichnet werden konnte, so wird man über die Vorgänge, die sich gegenwärtig zum Gaudium aller Parteigegner, im badiischen Landtag abgespielt haben, noch am mildesten beurteilen. Man mag nun freilich einwenden, seit sechs Jahren habe sich das Blatt gewendet, seitdem sei auch Baden mehr und mehr in den großen Strom des Weltverkehrs gerissen worden. Das kann sich aber nun gerade nicht in seinen Stammern geltend machen! Denn mit dem badiischen Konstitutionalismus ist heute noch nicht mehr los als vor sechs Jahren.

Dagegen werden allerdings diese Jahrzehnte an der Wiedergeburt des Ländchens nicht spurlos vorübergegangen sein, so ist die Hoffnung gestattet, daß die proletarischen Wähler in Baden die Politik ihrer Erwählten zu berücksichtigen wissen werden. Sollte diese Hoffnung dennoch trügen, so wird der badiische Zweig der Sozialdemokratie zwar auch die Gesamtpartei, aber noch viel mehr sich selbst schädigen; der Baum kann aber eines Zweiges entbehren, als ein Zweig des Baumes. Aber wir glauben nicht daran, daß die badiischen Parteigenossen noch nach vierzig Jahren das bisher nur lächerliche Hohwort Treitschkes zur traurigen Wahrheit machen werden: „Das Zusammenwirken der Sozialdemokratie mit dem Partikularismus berechtigt uns zu guten Erwartungen; eine der Zukunft sichere Macht verbündet sich nicht mit einem Reichthum.“

Ueber die Illusion der bürgerlichen Presse nun gar, als könne die Faktion der badiischen Landtagsfraktion irgendwie auf die Faktion der Gesamtpartei einwirken, lohnt es sich nicht, ein ernsthaftes Wort zu verlieren. Der Wunsch ist hier wieder einmal der Vater des Gedankens. Oder bildet diese Presse sich wirklich ein, daß — um einen Vergleich aus einer ihr verständlichen, also aus der bürgerlichen Sphäre zu wählen — die Krupp und Stumm ihre Politik einrichten könnten nach den Bedürfnissen und Reigungen der ehrbaren Bürger von Schilda.

In kleinen Landparzellen, durch die nach Lassalles Wort die Luft der Geschichte nicht freit, entscheiden sich die Geschicke des proletarischen Klassenkampfes niemals.

## Aus dem Eheleben des Grafen Pfeil.

Übermals stand gestern aus Anlaß der Mißhandlung seiner Frau vor einem Kriegsgericht der Hauptmann im Infanterieregiment Nr. 129 in Graudenz Graf Hans zu Pfeil und Klein-Glogau. In dem ersten Kriegsgerichtsprozeß in Thorn wurde der Angeklagte, wie man weiß, in allen Punkten freigesprochen. Während damals die Anzeige von der ersten Gattin des Hauptmanns, der geschiedenen Gräfin Stefanie Pfeil, der Tochter des Geheimen Hofraths Heim in Berlin, ausging, handelt es sich in diesem zweiten Prozeß um die zweite Gattin des Grafen Pfeil, eine geborene Baroness v. Wehr aus Mita. In dem Prozeß, der gestern vor dem Kriegsgericht der Kommandantur in Berlin begonnen, dreht es sich hauptsächlich um Vorgänge in der zweiten Ehe des Grafen. Graf Pfeil ist der Mißhandlung, des Mißbrauchs der Dienstgewalt, der Bedrohung und anderer Straftaten beschuldigt. Die Betroffenen sind die zweite Gattin und frühere Burtsche des Angeklagten.

Graf Pfeil, der in der Uniform seines Regiments erschienen ist, will sich zunächst auf den Stuhl neben der Anklagebank niederlassen, er wird jedoch aufgefordert, auf der Anklagebank Platz zu nehmen.

Nach der Anklage, die Kriegsgerichtsrat Dr. Welt verliest, wird dem Grafen Pfeil zur Last gelegt, seine zweite Frau, die Gräfin Pfeil, am 8. April 1909 vorsätzlich körperlich mißhandelt zu haben, indem er sie während ihrer dreimonatigen Schwangerschaft vor die Brust schieß, zu Boden warf und am Hals würgte, so daß die Mißhandlung bewußtlos wurde. Ein andermal drohte der Angeklagte, seine zweite Frau zu erschießen. Mit den Worten: „Siehst Du, ich habe noch einen!“ richtete Graf Pfeil einen Revolver gegen seine Gattin. Dann soll er den Musketier Schröder körperlich vorsätzlich mißhandelt und ihn durch Drohung vorwärtsdrückend behandelt zu haben. Schließlich kommt die Anklage auch auf die Zeitungsaffäre zu sprechen. Graf Pfeil hat danach in einem Café mehrere Zeitungsblätter, in denen Kräfte über seine Prozesse standen, entwendet und seinem Rechtsanwalt zugestellt.

Graf Pfeil befreit bei seiner Vernehmung, in der von der Anklage geschilderten Weise gehandelt zu haben. Wohl müsse er zugeben, daß es zu Täuschungen zwischen ihm und seiner Frau gekommen sei, doch tue ihm dies furchtbar leid. Daß seine Frau damals schwanger gewesen sei — davon habe er nichts gewußt! Betreffs der Anklage im

### Falle Schröder

erklärt der Angeklagte, daß ihm der Burtsche Günther keineswegs gefallen und einen sehr schlechten Eindruck auf ihn gemacht habe. Er wollte einen besseren Burtschen haben und dies war Schröder, der interimistisch die Burtschendienste versehen wollte. Schröder drängte sich immer danach, seine Befehle und die eingeschriebenen Sendungen zur Post zu bringen. Eines Tages habe er Schröder wegen des Detektivs Gräger angehört. Schröder habe ihm erklärt, daß Gräger ihm 50 M. dafür geboten habe, wenn er alle möglichen Nachrichten über ihn und sein Familienleben ihm, dem Detektiv, übergebe. Später habe der Burtsche in einer förmlichen Rede alles wieder abgegriffen, und nun habe er Verdacht geschöpft und Schröder verhaften lassen. Am 1. Juni soll Graf Pfeil den Schröder auf die Kompagniestube genommen und ihn dort 4 Stunden bearbeitet haben. Er soll ihn gefesselt und gegen das Spind gedrängt haben und ihm dann gedroht haben, er werde ihn sofort auf Festung bringen lassen, wenn er kein Geständnis dahin ablege, daß ihn von dem Detektiv 50 M. für die Nachrichten versprochen worden seien. Hierzu bemerkt der Angeklagte, daß es ihm gänzlich fern liege, einen Mann in dieser Weise zu beeinträchtigen. — Die Vernehmung: „Wenn Sie jetzt nicht gesehen, dann werde ich Sie sofort auf Festung bringen lassen!“ läßt der Angeklagte dahin auf, er habe dem Schröder nur Vorhaltungen in väterlicher Weise gemacht. Er habe wohl dabei angedeutet, daß, wenn Schröder die Unwahrheit sage, er schließlich noch auf Festung kommen könne. Zu dem letzten Punkt der Anklage, die

### Entwendungen von Zeitungen

erklärt der Angeklagte, er sei im Café Gussow in Graudenz Stammgast gewesen, und an einem Abend sei er infolge innerer Erregungen so aufgebracht gewesen, daß er die Zeitungen am liebsten zerrissen hätte. Es sei wohl möglich, daß er ein Blatt fortgenommen, ob er es aber dem Rechtsanwalt zugestellt habe, wisse er nicht mehr. Er habe ja auch geglaubt, daß er als Stammgast gewissermaßen zu seiner Handlung berechtigt sei, und zwar um so mehr, als die Zeitungen oft waren. Ein rechtswidriges Empfinden habe er damals keineswegs gehabt.

Nach dem

### Führungsgewand

das verlesen wird, ist Graf Pfeil ein „gewandter, pflichttreuer Offizier von liebenswürdigem Wesen“.

Als erste Zeugin wird

### die Gräfin Pfeil

vorgerufen. Auf den Hinweis, daß sie als Ehefrau des Angeklagten berechtigt sei, die Aussage zu verweigern, äußert die Zeugin, sie wolle aussagen. Graf Pfeil habe sie zu Anfang ihrer Ehe 3 w e i

mal hart am Gelenk gefaßt. Am 8. April habe er ihr borgegeben, sie verhalte sich so kühl, sie sei dann mit ihm in Streit geraten. Er habe ihr borgegeben, sie gehe zum General Krause und anderen Vorgesetzten und verlaste ihn dort. Als er dann auf sie zukommen wollte, rief sie ihm zu: „Du Schuft!“ Im nächsten Moment wurde die Gräfin von dem Gattenzur Erde geworfen. Der Angeklagte stellte die Knie auf ihren Körper und würgte sie am Hals, so daß ihr der Atem ausging. Später seien noch Würgeflecke am Hals zu sehen gewesen. Daß sie schwanger gewesen sei, davon habe der Angeklagte nichts gewußt. Die Zeugin gibt die Möglichkeit zu, daß der Graf beim Fallen zur Erde mit dem Anie auf die Brust der Gräfin geraten ist. Auf eine Frage des Sachverständigen bekennt die Gräfin, daß ihr schwarz vor den Augen wurde, und daß sie meinte, ersticken zu müssen. Der Krage war bei dem Geschehenseingetreten. Später stellte sich Schröder ein, das teilweise auf ihren Zustand zurückzuführen war, das aber nach Ansicht der Gräfin als eine Folge der Mißhandlungen anzusehen sei. Kurz vor dem aufregenden Vorfall hat der Graf Bilder zu Boden geworfen und ein Bild der Zeugin gegen den Kopf geschleudert. Revolversegen seien häufig vorgekommen, doch habe ihr der Graf nicht mit Erschießen gedroht. Eines Tages sei ihr der Gatte im Zimmer entgegengekommen und habe erschreckend ausgesehen. Mit den Worten: „Du siehst, ich habe noch einen Revolver!“ holte der Angeklagte einen Revolver aus dem Tischkasten hervor und suchte damit vor der Gräfin umher. Ihr sei Angst geworden und sie habe aus dem Zimmer entfliehen wollen. Der Graf hielt sie jedoch fest. Nach Rücksprache mit dem Grafen Ramsdorf habe sie sich entschlossen, nach der Geburt ihres Kindes, die vor einiger Zeit erfolgte, auszusagen, während sie zunächst nichts aussagen wollte.

Es kommt dann die Rede auf die Persönlichkeit der Gräfin Pfeil in körperlicher Beziehung. Die Gräfin hat in Gesellschaften wiederholt Zeugnis davon abgelegt, daß sie über eine für Frauen seltene Körperkraft verfüge. Sie hob schwere Gewichte und war auch leidenschaftliche Anhängerin des Sports. Hin und wieder pflegte die Gräfin mit dem Wort „Wär“ zu unterfahren.

Nach beendeter Vernehmung der Gräfin gibt der als Sachverständiger geladene Oberstaatsarzt sein Gutachten ab. Der Verhandlungsleiter richtet an ihn die Frage, ob durch die Behandlung des Angeklagten das Leben der Gräfin ernstlich gefährdet werden könne. Der Sachverständige bekennt, daß durch das Anknien auf der Brust und das gleichzeitige Würgen am Hals der Aufsmangel ein weit bedeutenderer sei als durch das Würgen allein. Der Gräfin sei schwarz vor den Augen geworden, und sie habe auch keine Lust bekommen. Bei den sich widerstreitenden Aussagen der Gräfin und des Grafen könne er jedoch zu keinem bestimmten Ergebnis dahin gehend kommen, ob das Leben der Gräfin bei jenem Vorgang ernstlich gefährdet war. Hätte das Würgen noch länger angehalten, so hätte es böse Folgen haben können.

Major Bornstein wird über die Mißhandlungsfälle des gräflichen Paares vernommen. Gleich nach der Mißhandlung war die Gräfin damals fortgelaufen und hatte in der Familie des Majors Zuflucht gesucht. Die Gräfin war nach den Behauptungen des Zeugen wiederholt bei seinen Angehörigen und erzählte öfter derartige Geschichten. Was das Fassen an die Handgelenke anlangt, so habe die Gräfin mehr von einem Ringen gesprochen. In Berlin, wohin die Gräfin nach ihrer Flucht sich wandte, suchte sie der Zeuge auf, um sie zur Rückkehr zu ihrem Gatten zu bewegen. Die Gräfin ließ sich auch wieder überreden. Wie sie ausfragt, ist sie dadurch zur Rückkehr bestimmt worden, daß ihr der Major sagte, wenn er erfolglos nach Graudenz zurückfährt, so werde sich Graf Pfeil zweifellos das Leben nehmen. Der Major war auch der festen Ueberzeugung, daß es zur Katastrophe kommen werde und bei alles auf, um seine Mission mit Erfolg durchzuführen. Der Zeuge hatte bei der Erzählung der Gräfin die Empfindung, daß Graf Pfeil nicht die Gräfin, sondern sich selbst erschließen wollte.

Auch bei der folgenden Zeugin, der Frau Debarth, hat die Gräfin einmal Zuflucht gesucht. Auch ihr erzählte die Gräfin von Mißhandlungen, wovon sie blaue Flecke am Arm bekommen hätte. Von den Würgungsversuchen weiß die Zeugin nichts.

### In der weiteren Beweisaufnahme kommt der

#### Fall Schröder

zur Verhandlung. Der Hauptzeuge, der frühere Musketier Schröder, wird noch einmal eindringlich zur Wahrheit ermahnt. Zu der Angelegenheit der eidesstattlichen Versicherung, die der Zeuge seinerzeit dem Detektiv Gräger abgegeben hat, bekennt Schröder folgendes: Er habe Gräger nicht in die Wohnung des Grafen Pfeil eingelassen. Er habe Gräger überhaupt erst nach seiner Entlassung aus dem Dienst des Grafen kennen gelernt. Gräger habe ihn aufgesucht und ihm mitgeteilt, er müsse Material gegen den Grafen Pfeil haben. Er habe die Zeugen dann ausgefragt, die Antworten niedergeschrieben, das Schriftstück dem Schröder später zugesandt, ehe er dann unterschrieb. Der Zeuge sandte das Schreiben an die Gräfin Stephanie Pfeil nach Berlin. Schröder will nur 3 Mark von Gräger bekommen haben. Dieses Geld galt für den Ausfall, den er infolge der Angelegenheit an Zeitverdienst und Arbeitsverdienst erlitten. Was der Zeuge unterschrieben habe, entspricht auch der Wahrheit. Schröder bestreitet, dem Grafen gesagt zu haben, er habe den Detektiv in die Wohnung gelassen und Geld von ihm bekommen. Graf Pfeil sei einmal in ihn gebrungen, doch zu sagen, daß er von Gräger Geld bekommen habe und daß ihm von dem Detektiv Versprechungen gemacht worden seien. Eines Tages nahm der Graf den Zeugen mit auf die Schreibstube. Er nahm ihn unter vier Augen ins Gespräch und rief plötzlich: „Gesicht Sie, gestehn Sie.“ Er faßte ihn dann am Kopf und stieß ihn heftig gegen den Schranke. Nur um den Grafen zu beruhigen, habe der Zeuge herbeigeholfen, er habe 5 oder 15 Mark von Gräger bekommen. Der Angeklagte verließ dann den Burtschen und sagte: „Ich werde Ihnen fünf Minuten Zeit lassen, um Ihre Ueberlegen Sie es sich also!“ Am Vormittag des Tages, an dem dieser Vorfall sich abspielte, traf der Zeuge den Grafen während an. Der Angeklagte rief dem Eintretenden entgegen: „Lieber Heind, die Gräfin ist fort und sie kommt nicht wieder!“ Nur durch die Drohung, er werde auf Festung kommen und durch die Mißhandlungen sei er dazu bewogen worden, solche Aussagen zu machen.

### Darauf wurde in die Verhandlung wegen

#### Zeitungsdiebstahls

eingetreten. Der Kellner eines Graudenzers Cafés bekennt, daß aus Zeitungen, die Graf Pfeil gelesen habe, Stücke herausgeschnitten worden seien. Graf Pfeil habe auch schließlich zugegeben, daß er der Täter gewesen sei. Der Besitzer des Cafés erklärte demgegenüber, daß er der Ansicht sei, daß sich Graf Pfeil für berechtigt gehalten habe, die ihn interessierenden Artikel aus den Zeitungen herauszuschneiden.

Ein Brief der Gräfin Pfeil an ihren Gatten, der vorgelesen wird, fällt in die Zeit unmittelbar nach einem Selbstmordversuch des Angeklagten. Gräfin Pfeil schreibt darin dem Gatten, den sie kurz vorher verlassen hatte, daß wohl jetzt nicht der Moment da sei, ihm Vorwürfe zu machen. Aber er werde es wohl selbst einsehen, daß es für beide besser sei, wenn sie getrennt lebten. Er werde sich ja über ihre kühle Behandlung hinwegsetzen können.

Längere Zeit nimmt die Vernehmung des Privatdetektivs Gräger in Anspruch. Gräger war früher Kriminalbeamter, auch in der politischen Abteilung tätig. Er hat große Geldsummen von der Gräfin Stephanie erhalten, damit er dieser ihre Kinder wieder verschaffe.

Recht eigenartige Aussagen macht der Gefeite Schiporra. Eines Tages wurde ihm vom Feldwebel befohlen, gemeinsam mit zwei anderen Gefeiten den Musketier Schröder zu bewachen. Die Bewachung sollte auch abends vom Schlafengehen bis zum Wecken dauern. Es war den Gefeiten anbefohlen worden, auf alles zu achten, was Schröder unternähme. Auch was er ab

und krank mußten sie beobachten. Dem Schiporra gegenüber äußerte Schröder einmal, er sei von dem Hauptmann gegen das Spind gestochen worden und habe Kopfschmerzen und Schmerzen im Kreuz. Der Gefeite Schmitt, der ebenfalls zur Nachwache gehörte, bekennt, daß er von dem Grafen Pfeil den Befehl zur Bewachung bekommen habe. Der Angeklagte läßt durch den Zeugen Schröder feststellen, daß er niemals im Dienst Leute mißhandelt oder nur angefaßt habe. Schröder sagt hierzu aus, daß Graf Pfeil wohl streng im Dienst gewesen sei, aber niemals geschlagen habe.

In einem anderen Schreiben an die Gräfin heißt es u. a.: „Du bist der reine Kampfbahn geworden, Du bist keine Frau mehr, das sieht Dir sehr schlecht an!“

Das Gericht befiehlt, die Gräfin Pfeil, die noch nicht rechtskräftig geschieden ist, und den Zeugen Gräger nicht zu verurteilen. Bei Gräger ist das Gericht übereinstimmend der Ueberzeugung, daß er ungläubwürdig ist.

Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Welt, führt in seinem Plaidoyer aus, daß die Anklage in drei Teile zerfalle. Die Drohung mit dem Revolver falle durch die Aussage der Gräfin Pfeil ins Wasser. Von einem Verbrechen des gedrohten Totschlags könne keine Rede sein. Betreffs des zweiten Falles, die Körperverletzung, müsse die Aussage der Gräfin herangezogen werden. Bei der bevorstehenden Scheidung des gräflichen Paares müsse man aber die Situation, in der sich die Gräfin augenblicklich befindet, berücksichtigen. Es sei festgestellt, daß der Graf von der Schwangerschaft keine Kenntnis gehabt hat und es falle die Anklage der schweren Körperverletzung fort und bleibe nur noch die Anklage der einfachen Körperverletzung! Hierfür sei aber kein Strafantrag gestellt, und so müsse er auch in diesem Falle Freisprechung beantragen. Es komme dann die Mißhandlung des Musketiers Schröder. Hier sei man auf das Zeugnis des Schröder angewiesen. Ein Zeuge, der dem Detektiv Gräger in die Finger geraten sei, der sei kein Zeuge mehr für das Gericht. Aber es bleibe hier doch bestehen, was Schröder unter seinem Eide bekennt hat, und er müsse Verurteilung beantragen. Er sehe die Nötigung und Mißhandlung des Musketiers als eine fortgesetzte Handlung an und verkenne nicht, daß sich der Angeklagte in einer sehr üblen Lage befinden habe. Er beantrage 14 Tage Stubenarrest. Sodann komme die famose Zeitungsdiebstahlsaffäre, die dem Staat viel Geld gekostet habe. Vereichern konnte sich der Angeklagte nicht mit den Zeitungen. Am liebsten hätte er die Pamphlete, die von der Gegenpartei in die Zeitungen lanciert wurden, zerrissen. Wo lag also hier die Absicht des Diebstahls? Es liege also nur Sachbedeutung vor und hier ist auch vom Verstoßen, dem Cafésbesitzer kein Strafantrag gestellt worden. So müsse also auch hier die Anklage fallen. Verurteilung könne nur im Falle des Schröder erfolgen.

Gegen 17 Uhr abends wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde wegen vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen in Ausübung des Dienstes zu

#### fünf Tagen Stubenarrest

verurteilt. Von der Anklage der Bedrohung und des Diebstahls wurde er freigesprochen.

Ueber Strenge des Anklagevertreters und vor allem des Gerichts braucht sich der Graf wirklich nicht zu beklagen. Man sieht, daß das Kriegsgericht im Gegensatz zu den oft gefällten drakonischen Urteilen gegen „gemeine Soldaten“ auch recht milde urteilen kann. — Von Rechts wegen.

## Gerichts-Zeitung.

### Die Unterklagen des Rechtsanwalts und Marinekriegsgerichtsrat a. D. Max Staats

beschäftigten gestern unter Vorh. des Landgerichtsdirektors Anger die 10. Strafkammer des Landgerichts I. Staats hatte sich unter der Anklage der Untreue in drei Fällen und der Unterschlagung in einem weiteren Falle zu veranlassen. Ihm wird zum Vorwurf gemacht, in den Jahren 1906 bis 1910 als Bevollmächtigter über Vermögensstücke seiner Auftraggeber absichtlich zu deren Nachteil verfügt zu haben, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen.

Der Angeklagte, welcher der Sohn eines Großkaufmanns in Breslau ist, war, nachdem er das Assessorenexamen bestanden hatte, erst längere Zeit in einer großen schlesischen Bank- und Versicherungsgesellschaft als juristischer Ratgeber tätig gewesen. Nachdem er zum Referendariat befördert worden war, trat er als Hilfsarbeiter des Justizrats in das Reichsmarineamt ein. In dieser amtlichen Stellung kam er auf die Kreuzerdivision, die im Jahre 1903 die belagerte Expedition wegen der in Venezuela entdeckten Birren auszuführen hatte. Er hatte damals bei der Erledigung völkerrechtlicher Fragen als Jurist mitzuwirken. Auf dieser Reise nahm er den Reim zu einem schweren und äußerst schmerzhaften rheumatischen Leiden in sich auf. Nach seiner Rückkehr war Staats einige Zeit in Kiel als Marinekriegsgerichtsrat tätig, mußte diese Position jedoch wieder infolge seines Leids aufgeben. Er kam dann nach Berlin und ließ sich hier als Rechtsanwalt nieder. Da es ihm nicht gleich gelang, eine Praxis zu erlangen, war er genötigt, ein Darlehen von 5000 M. aufzunehmen. Als er die hierbei eingegangenen Rückzahlungspflichten nicht erfüllen konnte, ließ er sich mit gewerbemäßigen Geldverleihen ein, denen er hohe Zucherszinsen zahlen mußte. Um diesen Verpflichtungen gerecht werden zu können, geriet er immer mehr in Bucherhände, so daß schließlich der finanzielle Zusammenbruch erfolgte. Im Februar 1909 leistete Staats den Offenbarungseid. Es war damals schon die Eröffnung des Konkursverfahrens über sein Vermögen beantragt worden. Der Antrag wurde jedoch zurückgezogen, nachdem ein naher Verwandter des Angeklagten mit einem größeren Betrage für ihn eingetreten war. Bald darauf stellte es sich jedoch heraus, daß Staats in der Zeit, als ihm das Meffer an der Kehle stand, sich hatte dazu verhalten lassen, sich an Weibern, die ihm in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt anvertraut worden waren, zu vergreifen. Auf die Anzeige eines der Geschädigten hin erfolgte am 8. Juni dieses Jahres die Verhaftung des Angeklagten.

In dem Ermittlungsverfahren ergaben sich folgende Einzelfälle von Veruntreuungen: Vor einiger Zeit war dem Angeklagten von einem Tischler Sonnenrein Postvollmacht erteilt worden. Von den eingehenden Beträgen behielt Staats für sich circa 3300 Mark zurück. In einem anderen Falle eignete sich St. den Betrag von 350 Mark an, der bei ihm für Mietzahlungen von einem gewissen Bodhaus hinterlegt worden war. Von einer Friseurin Kochler ließ sich Staats als Sicherheit für seine späteren Kostenforderungen eine Aktie der Oberschlesischen Eisenindustrie über 1000 Mark anschaffen. Dieses Wertpapier verkaufte er sofort nach Erhalt bei der Firma Bromberg u. Co. Als seine Mandantin dieses Papier zurückforderte, verlangte er einen Barvorschuß von 500 M., den er auch erhielt. Inzwischen kaufte er schließlich die Aktie zurück, behielt jedoch später den überschüssigen Betrag von 500 Mark, da seine Kostenforderung nur circa 200 Mark ausmachte. In einem anderen Falle erhielt der Angeklagte von einem Kürschnermeister Jiebell in Oderberg die Summe von 2500 Mark in bar und Wertpapiere in Höhe von 7500 Mark ausbezahlt. Staats erhielt von Jiebell den Auftrag, mit Hilfe jenes Betrages mit der Firma Israel Vergleichsverhandlungen anzubahnen und Zahlungen zu leisten. Trotz der Übergabe des Geldes wurde bei Jiebell gepfändet. Als er dann von Staats das hinterlegte Geld verlangte, hatte dieser das Geld zum größten Teile für sich verbraucht. In dem letzten Falle der Anklage hatte Staats ein Wertpapier über 1500 Mark, welches ihm zur Zahlung von Alimenter von einem Konditor Meins anvertraut war, unterschlagen.

Vor Gericht war der Angeklagte geständig. Er gab zu, sich an fremdem Gelde vergangen zu haben und erklärte, daß er durch seine unglücklichen finanziellen Verhältnisse und vor allem durch sein Leiden schließlich gar nicht mehr gewußt habe, was er tue. Der als Sachverständiger geladene Gefängnisarzt Dr. Rehsen bekun

Diese, daß der Angeklagte so schwer leidend sei, daß er sich zuletzt nur noch an Krüden habe fortbringen können. Die eigentliche Ursache seines rheumatischen Leidens sei, daß der Angeklagte in Venezuela, als auf dem Schiffe Feuer ausgebrochen war, im Heißluftbad Zeit im Wasser habe stehen müssen. Verschiedene Tropenkrankheiten, wie Typhus und Fieber in Verbindung mit Ergriffenheit in Alkohol und Nigorettentropfen und ferner der Genuß von Colchicinpräparaten, um die Schmerzen zu stillen, hätten den Angeklagten zu einem physisch und physisch völlig minderwertigen Menschen gemacht, dessen Widerstandsfähigkeit soweit herabgesetzt sei, daß man von einer vollkommenen moralischen Minderwertigkeit sprechen könne. Der zweite Sachverständige, der praktische Arzt Dr. Friedmann, bezeichnete den Angeklagten als eine körperliche und geistige Ruine. — Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten wegen Untreue in drei Fällen und Unterschlagung in einem Falle zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre.

#### Grober Unfug.

Wie dort, wohin das Auge der Öffentlichkeit fallen blüht, Anklagen zustande kommen, wie die Amtsgewalt — gebraucht wird, dafür hat eine von dem Bürgermeister und Amtsanwalt in Ermehlen (Kreis Mansfeld) inszenierte Haupt- und Staatsaktion ein interessantes Schulbeispiel. In der Angelegenheit wurde am 20. Juli vor dem Schöffengericht in Ermehlen verhandelt. Der auf dem Gebiete reichsverbandlicher Sozialistenbekämpfung schon wiederholt erfolgreiche Bürgermeister-Amtsanwalt — Sumpke ist sein Name — hatte eine auf Verübung von grobem Unfug lautende Anklage fabriziert, die 8 Genossen auf die Anklagebank brachte. Drei von ihnen sollen groben Unfug durch Verbreitung eines Boykottflugblattes verübt haben; 4 Mann waren des Vergehens angeklagt, weil sie Boykottposten gefanden hätten; der 8. Angeklagte, Genosse Wagner, war beschuldigt, durch Mißbrauch seines Ansehens, durch Gewaltandrohung die 7 anderen Angeklagten zu der Verübung des groben Unfugs veranlaßt zu haben. Die Vorgeschichte des Sumpke-Falles ist kurz folgende: Durch Uebergang des bisher von unseren Genossen benutzten Lokals in anderen Besitz waren sie als Partei völlig obdachlos geworden. Der Vorsitzende war gewissermaßen behördlich erzwungen worden, weil dem Inhaber mit Hinweis darauf, daß die Sozialdemokraten das Lokal benutzen würden, die Erteilung der vollen Konzession verweigert wurde. Unsere Genossen versuchten nun, ein anderes Lokal für Versammlungen zu erlangen. Sie sprachen darum den Inhaber des Lokals zur „Stadt Berlin“ an. Dieser lehnte ab, obwohl er schon verschiedentlich Festlichkeiten hatte abhalten lassen, auch zu Versammlungen sein Lokal zur Verfügung zu stellen. Durch ein Flugblatt, das nicht öffentlich, sondern von „Haus zu Haus“ verbreitet wurde, gaben unsere Genossen der Bevölkerung die Tatsachen bekannt, wobei die Meinung und Erwartung ausgesprochen wurde, daß die Arbeiter das in Betracht kommende Lokal in Zukunft auch nicht mehr als Verkehrslokal benutzen würden. Weiter hieß es in dem Blatte: „Auch die Geschäftsleute, die zum größten Teile Arbeiterkundschaft haben, werden auf unserer Seite stehen. Sie werden sich sagen, daß sie schon aus Anstand gegen ihre Arbeiterkundschaft nicht in einem Lokale verkehren können, wo man den Arbeitern keine Gleichberechtigung gewährt.“ Das ergab nun die Verhandlung? Die Genossen Krause, Schäfer und Buchmann hatten die Blätter, die sie in ihrer Zeitung abholten, vorgefunden, mitgenommen und verbreitet. Das leugnete niemand. Die Genossen Weisler, Kaul, Apel und Jungobans waren dann in der Nähe des Lokals „Stadt Berlin“ gesehen worden, als dort ein Streikereinsatz gefeiert wurde. 8 Belastungszeugen marschierten auf: 1 Polzikh, 1 Genbarm und 4 Hülzigen, die alle bekundeten, an dem in Betracht kommenden Abend Leute in der Nähe des betreffenden Lokals gesehen zu haben. Einzelne Zeugen konnten auch einzelne der Angeklagten wiedererkennen, aber auf die eingehenden Fragen an die Zeugen, ob die Angeklagten, oder die Leute, die sie gesehen, irgendwelche Äußerungen getan, oder irgendetwas unternommen hätten, um sie oder andere von dem Besuche des Lokals abzuhalten, mühten sie ausnahmslos mit einem unbedingten „Nein!“ antworten. Auch bekundeten alle, daß sie in keiner Weise sich belästigt gefühlt hätten; erst im Lokal hätten sie gehört, die Leute fungierten als Boykottposten. Und keiner der Zeugen wußte auch nur einen Umstand anzuführen, der darauf hindeutete, daß der Angeklagte Wagner die Flugblattverbreitung oder das angebliche Boykottfischen veranlaßt habe. Nach dem Ergebnis dieser Beweisaufnahme durfte man gespannt darauf sein, wie der Bürgermeister-Amtsanwalt es begründen werde, den Genossen Wagner mit einem Strafbefehl, wegen Mißbrauch seines Ansehens usw., belästigt, ihn auf die Anklagebank gebracht zu haben. Und was geschah? Der Richter des Rechts erklärte, daß er leider (!) die Anklage gegen Wagner müsse fallen lassen; er könne nur Freisprechung beantragen. Wegen Verübung groben Unfugs beantrage er für die 7 übrigen Angeklagten je 30 M. Geldstrafe, eventuell 10 Tage Haft. Der Verteidiger des Genossen Wagner, Dr. Müller-Duedelburg, erklärte, er könne dem Amtsanwalt nicht den Vorwurf ersparen, in leichtfertiger Weise eine Anklage erhoben zu haben. Wenn er einen Strafbefehl erlasse wegen Minderwertigkeit und Gewalttätigkeit, dann müsse er doch irgendwelchen Grund dafür haben; das aus rein subjektivem Ermessen zu tun, sei doch mindestens leichtsinnig. Charakteristisch für die Auffassung des Amtsanwalts sei auch seine Bemerkung, daß er leider die Anklage nicht ausreicht erhalten könne. Von einem groben Unfug könne keine Rede sein; das Flugblatt sei durchaus mäßig gehalten und vertrete berechtigter Interessen. Solche Absätze müßte sich der Strategie in mihiländischen Sozialistenberichterzungen als Vertreter der „objektivsten Behörde der Welt“ gefallen lassen! Das Gericht glaubte in dem oben zitierten Passus des Flugblattes das Kriterium des groben Unfugs erblicken zu können, weshalb die Verbreiter in Strafe zu nehmen seien. Es erkannte für die drei in Betracht kommenden Angeklagten auf je 10 Mark Geldstrafe; die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Den Antrag des Verteidigers auf Uebnahme der dem Angeklagten Wagner erwachsenen Kosten lehnte das Gericht ganz ungerechtfertigt ab. Die Verurteilten werden hoffentlich gegen das Urteil Berufung anmelden, denn es ist unhaltbar; durch den Inhalt eines Flugblattes kann grober Unfug nicht verübt werden. Der ausgezeichnete Bürgermeister-Amtsanwalt dürfte der Partei noch manchen agitatorischen Dienst leisten, wiewohl in der Erhebung der völlig grundlosen Anklage grober Unfug im strafrechtlichen Sinne nicht liegt. Uebrigens: Weshalb ist wegen der Begründung der Konzessionsverweigerung kein gerichtliches Verfahren anhängig gemacht?

#### Die „Vergaube“ des Pfarrmeisters.

Der Pfarrmeister Michael Wildmoser in Untermenzing wollte am 25. April, dem St. Marienfest, dem Heiligen zu Ehren sich auch einmal einen vernünftigen Tag machen. Er ging deshalb in die Wirtschaft und zechte so wacker darauf los, daß er bald gehörig „einen sitzen hatte“. Da kam das Oberhaupt des Dorfes, der Bürgermeister Josef Schmid, dem der Michel schon lange nicht grün war, in die Wirtschaft. Es dauerte nicht lange, da ging das Stichelein zwischen den beiden guten Freunden los. Der Wildmoser rief dem Bürgermeister u. a. zu: „Was wärst denn Du, wenn wir Anno 1904 nel unfer Kirchn hätt'n renovieren lass'n, nodat hättst halt a nie!“ Das schlug dem Paz den Boden aus. Der Bürgermeister ging auf Wildmoser zu, sagte ihn von an seiner Jacke und setzte ihn dann nieder auf die Bank. Darauf nahm der Wildmoser seinen Maß-

Trug und schlug ihn an dem Kopf der hohen Obrigkeit entgegen. Weil aber bei diesem Verfahren nicht bloß der Maßtrug, sondern auch der bürgermeisterliche Kopf ziemlich hart mitgenommen worden war, mußte der Michel vor dem Schöffengericht erscheinen. Als der Herr Amtsdirektor ihn fragte, warum er denn den Herrn Bürgermeister so hart zugriffs, da sagte der Pfarrmeister, das Ganze wär halt nur a Biergaubi gewesen. Dieser Auffassung konnte sich indes das Gericht nicht anschließen. Der Herr Pfarrmeister muß nun wegen der Beleidigung und der schweren Körperverletzung 90 M. dem Herrn Bischof opfern, wenn er es nicht vorzieht, die Sache abzugeben.

### Vermischtes.

#### Kriegsspielerlei zur Belebung der Sedanfeier.

Dieser patriotische Mimbin, der seit einigen Jahren in den rüdständigen Winteln Ostpreußens durch staatsverhaltende Elemente eifrig gefördert wird, hat bereits wiederholt bedauerliche Unglücksfälle herbeigeführt, ohne daß die Behörden daran denken, dagegen einzuschreiten. Ueber einen der neuesten Fälle lasen wir in einigen Provinzzeitungen kürzlich folgendes:

Es handelt sich um ein Kriegsspiel, das die Bewohner zweier Nachbardörfer bei Goldap, Kerschten und Wodschingale alljährlich zur Sedanfeier abhielten. So geschah dies auch am 12. September v. J. Die Kerschter stellten die Franzosen, die Wodschingaler die Deutschen dar. An dem Kriegsspiel beteiligten sich nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene; so z. B. „Kämpfe“ auf der Seite der Franzosen auch der Wessergohn Kapust aus Kerschten. In einem Zankesell kam es zum Zusammenstoß. Auch Goldaper Schulkinder mit ihren Fahnen nahmen diesmal teil. Blötzlich sprang Kapust auf eines der Kinder zu und wollte ihm die Fahne entreißen. A. hatte das geladene und nicht gesicherte Gewehr in der einen Hand. Der Schuhmacher Friedrich Hilbert aus Goldap, der unter anderen auch als Zuschauer dem Kriegsspiel beizuwohnte, rief dem A. zu, er möge dem Kinde doch die Fahne lassen. A. drehte sich gleich nach Hilbert um und kam mit dem Gewehr auf ihn zugelaufen. H. wollte fliehen, A. holte ihn aber ein und stieß ihm die Mündung des Gewehrs mit aller Kraft in die Seite. Der Schuß ging los, H. sank getroffen zusammen. H. wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, starb aber schon am nächsten Tage infolge der Schußverletzung; er war etwa 45 Jahre alt und Familienvater.

Vor der Strafkammer in Lyck hatte sich Anfang dieses Monats der große Sedanheld, Wessergohn Kapust wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Wenn unsere Parteigenossen in Ostpreußen auf einer großen Wiese der sonstigen freien Platz eine Versammlung unter freiem Himmel abhalten wollen, wird ihnen hierzu die polizeiliche Genehmigung verweigert mit der unbewiesenen Begründung, daß „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ zu befürchten sei. Diese Kriegsspiele, die tatsächlich wiederholt die öffentliche Sicherheit gefährdet haben, werden nach wie vor in dem Rechtsstaate Preußen nicht nur geduldet, sondern auch behördlicherseits noch gefördert.

#### Erfolgreiche Kühnheit einer Fabrikarbeiterin.

Rom, 19. Juli. (Eig. Ber.) In Verola, Prov. Vredcia, geriet eine Seidenspinnerin in Brand. Durch einen Kurzschluß verurteilt, ergriß das Feuer alle Maschinenräume, ehe die Feuerwehre zur Stelle war. Es war mitten in der Nacht, und oberhalb der Maschinenräume schloßen mehr als 100 Arbeiterinnen. Die Treppen waren schon verbrannt und die Rufe der Unglücklichen wurden von der Menge nicht einmal vernommen. Eine Arbeiterin, deren Name leider von den Telegrammen verschwiegen wird, sprang von der zweiten Etage herab, wobei sie so glücklich war, sich nur leicht zu verletzen. Dann schleppte sie selbst eine Leiter herbei und half alle ihre Gefährtinnen beim Herabsteigen. Durch diese entschlossene Tat ist kein Menschenleben zu beklagen. 500 Arbeiterinnen sind arbeitslos.

#### Die armen Kapuziner!

Der Provinzial des Kapuzinerordens für Oesterreich-Ungarn hat, wie die Wiener „N. Fr. Presse“ meldet, im Auftrage des Papstes an sämtliche Klöster des Ordens in Oesterreich-Ungarn ein Rundschreiben gerichtet, in welchem die Ordensangehörigen aufgefordert werden, zu den alten strengen Ordensregeln zurückzukehren, die im Laufe der letzten Zeit zum großen Teil außer Acht gelassen worden sind. Für die Angehörigen des Ordens bedeutet diese Verfügung eine um so schärfere Mahnung, die mit dem meißten von ihnen in milderer Handhabung der Ordensregeln ausgeglichen worden sind. Nach den strengen Ordensregeln dürfen die Kapuziner keinen Hut tragen, keine Schuhe, sondern lediglich die Lederkutte, die mit einem Strich um die Taille geschnitten wird. Sie dürfen weiter keine Leibwäsche tragen, dürfen nicht im Bette schlafen, sondern haben als Lagerstätte zwei Bretter zu benutzen, die mit einer einfachen Matte überdeckt sind. Sie dürfen sich ferner weder haben noch waschen und müssen sich den Bart wild wachsen lassen. Das Haupthaar wird ihnen abrasiert und nur ein schmaler Kranz Haare wird stehen gelassen. Da die Wiedereinführung der alten, strengen Ordensregeln in Kreisen der Ordensangehörigen sehr schwer empfunden wird, soll ein Ausweg dadurch gefunden werden, daß lediglich die neu eintretenden Novizen den strengen Regeln unterworfen werden. — Der Kapuziner-Orden hat in seinen 57 Ordensprovinzen in Oesterreich über 700 Klöster mit rund 10 000 Mitgliedern. Er leidet über 600 000 Tertiärer (angehörige Laien). Die Kapuziner sind ein Zweig des Franziskaner-Ordens, der unter allen Kongregationen die strengste Regel hat. Der Orden wurde 1529 als extremer, das Proletariat unter den Mönchen darstellender Bettelorden konstituiert. Eine ähnliche Reform durch Wiedereinführung der alten strengen Ordensregel sollte vor einigen Jahren im Benediktiner-Orden durchgeführt werden und begegnete damals in den großen Benediktiner-Stiften Oesterreichs derartig starkem Widerstande, daß in diesen Stiften von der Durchführung dieser Reform Umgang genommen wurde.

Diese Verfügung des Ordensprovinzials hat unter den in Ungarn ansässigen Kapuzinern große Erregung hervorgerufen. In der nächsten Zeit wird eine Versammlung sämtlicher in Ungarn ansässiger Mitglieder des Kapuziner-Ordens stattfinden, in der über die weiteren gemeinsam zu ergreifenden Schritte beraten werden soll.

#### Kleine Notizen.

Doppelselfmord. Aus Golem bei Potsdam wird gemeldet: Gestern Abend wurden in einem Graben beim hiesigen Sägewerk die Leichen des 24jährigen Telegraphenarbeiters Ernst Häufler und des 19jährigen Dienstmädchens Marie Edelina, beide aus Golem, aufgefunden. Die beiden Selbstmörder haben sich wegen unglücklicher Liebe ertränkt.

Eine Tollwutepidemie in einer sibirischen Provinz. Die „Tribuna“ erzählt aus Lecce, daß in dieser Provinz nicht weniger als 200 Personen von tollen Hunden gebissen wurden. Das erste Auftreten der schrecklichen Krankheit datiert vom September vorigen Jahres. Damals biß ein wulkonker Hund sechzig Hunde, von denen avanzig nicht getötet werden konnten. Jetzt schreitet man zu Massenvergiftungen der herumstreifenden Hunde durch Strichman.

10 000 Franks für einen Flug von Brüssel nach Mariemont und zurück. Der Brüsseler Großindustrielle Maroquo hat einen Preis von 10 000 Franks gestiftet für denjenigen Aviatiker, welcher als erster den Flug Brüssel-Mariemont und zurück ausführt. Der Preis muß bis zum 15. August gewonnen werden. Der Aufsicht des Inzeratenteils verantw.: H. Vloed, Berlin, Druck u. Verlag: Voerwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Flugapparates in Mariemont darf nicht länger als zwei Stunden dauern. Mehrere Bewerber haben sich bereits einschreiben lassen.

Zu den Pilzvergiftungen in Lünen. In Lünen (Westfalen) starb nunmehr auch die Frau des Maurers Oum an Pilzvergiftung. Sämtliche 5 Familienmitglieder hatten Knollenblätter-schwamm gegessen.

7 Gebäude niedergebrannt. In Stadelow bei Schwerin wurden 7 Gebäude durch Feuer vernichtet. Einer der Besitzer wird vermisst. Er ist wahrscheinlich in den Flammen umgelommen.

Von einem Sandkasten todtgebracht. In der Eisenbahnhöhle von Fried in Sachsenhausen a. M. wurde an einem 80 Jährigen schweren Sandkasten eine neue Aufzugsstange befestigt. Schon bei dem ersten Aufzug riß die Kette entzwei, so daß der Kasten auf den Arbeiter Ouum aus Wilschheim herabstürzte, der mit einem Kollegen den Behälter hochgezogen hatte. Der Vermunglückte starb bald nach seiner Einlieferung im Krankenhaus.

Amtlicher Marktbericht der sächsischen Marktbaue-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthalen. Markttag: Fleisch: Zufuhr fast, Geschäft ruhig, Preise für Kalb- und Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Gelläge: Zufuhr in Gärten reichlich, sonst genügend, Geschäft ruhig, Preise zum Teil beschleunigt. Hühner: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft schleppend, Preise fast unverändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise un wesentlich verändert.

#### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 20. 7.	am 19. 7.	Wasserstand	am 20. 7.	am 19. 7.
Remel, Mühl	136	132	Saale, Großh.	142	0
Wegel, Unterburg	97	96	Gabel, Spandau	45	0
Wegel, Thon	90	88	Waldow, Röhren	84	+1
Oder, Raitbor	253	252	Spree, Sternberg	140	-2
„ „ „	208	208	„ „ „	79	-2
„ „ „	211	211	Weser, Minden	34	+5
„ „ „	104	104	„ „ „	68	+3
„ „ „	20	20	Rhein, Magdeburg	—	—
„ „ „	—	—	„ „ „	443	-17
„ „ „	68	68	„ „ „	470	-12
„ „ „	50	50	„ „ „	143	+10
„ „ „	234	234	„ „ „	180	-11
„ „ „	198	198	„ „ „	182	+20

) + bedeutet Hoch, — Fall, — Unterpegel.

**Freie Jugendorganisation Steglitz und Umgegend.**  
Unseren Mitgliebrern zur Nachricht, daß unser Kollege  
**Fritz Maschke**  
plötzlich verstorben ist.  
Er war uns ein lieber Freund und Berater in seiner dreijährigen (schweren) Tätigkeit als 1. Vorsitzender in der Berliner Organisation.  
Ehre seinem Andenken!

**Sozialdemokr. Wahlverein Rixdorf.**  
Am 19. d. Mts. verstarb plötzlich unser Mitglied  
**Fritz Maschke**  
(1. Bezt.)  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Wirtshauses Friedrichshof, Marienburger Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau  
**Minerva Schaumann**  
geb. Otto  
am 19. Juli nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Juli, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Halle des Wirtshauses Friedrichshof nach dem Central-Friedhof in Friedrichshofe statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
August Schaumann.

**Verband der Schneider und Schneiderinnen.** Filial Berlin I.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß die Kollegin,  
Frau **M. Schaumann**  
am 19. Juli im Alter von 51 Jahren verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Juli, nachm. 4 Uhr, auf dem Friedhof in Friedrichshofe statt.  
189/10 Die Ortsverwaltung.

**Todes-Anzeige.**  
Am 19. Juli verschied nach langem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Tante, Schwester und Schwägerin  
**Martha Barlösius**  
geb. Haft  
im 39. Lebensjahre.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Georg Barlösius**  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Juli, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofs in Friedrichshofe aus statt.  
2522

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Am 19. Juli verstarb unser Mitglied, der Bädermeister  
**Jakob Block**  
Häckerstraße 7.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der Hedwigs-Gemeinde in Reinickendorf, Berliner Str. 24/25, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Königsplatz 12, Teil II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin  
**Frau Henriette Möbus**  
Haldensteinstraße 34  
gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofs in Friedrichshofe aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Friedrich Schultz**  
sage ich den Inhabern der Firma Gohrs & Co., dem Meister der Abteilung der Maschinenformer, den Kollegen der Firma Gohrs & Co., den Genossen des 217. Wahlbezirks, dem Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis, dem Metallarbeiter-Verband, der Wagenbauwerk-Kasse, Bezirk 17, dem Sparverein „Wähe“, den Kollegen, insbesondere dem Genossen Brandenburg für den herzlichen Beifall und allen Verwandten und Bekannten meinen besten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Wwe. Schultz** nebst Kindern.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz.  
10-2-5-7. Sonntags 10-12-2-4  
**Zepernick-Bernau.**  
Parzelle von 300 M. an (ca 90 A.)  
Kleine Anlage u. langjährig  
hypothekent. Güter gratis. Verkäufer ständig am Hl. Zepernick.  
J. Krogger, Gendarmstr. 5.  
Erfolgreich in früherer (schwerer) Ware:  
**Fette Gänse 65.**  
Nur allererste Qualität.  
Gänserümpfe, Gänse, Fette Suppenhähner, junge Brathühner.  
**Wegner, SO., Mariannenstr. 34.**



# A. WERTHEIM

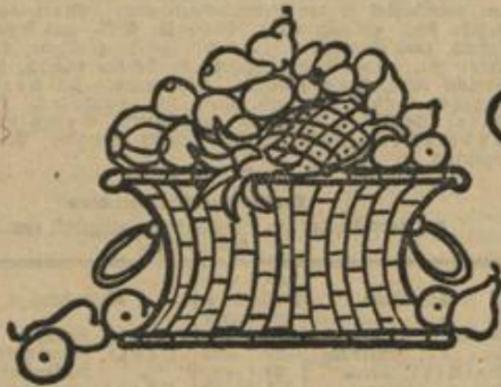
G. m. b. H.

## LEIPZIGER STR.



ROSENTHALER STR.

ORANIEN-STRASSE



*Freitag und Sonnabend  
zu besonders billigen Preisen:*

# Lebensmittel soweit Vorrat

### Speisen-Fabrikate

**Pudding- und Griespuddingpulver**  
(gefärbt), mit verschiedenem Fruchtgeschmack . . . 10 Pakete **42 Pf.**

**Rote Grütze**  
(gefärbt), mit verschiedenem Fruchtgeschmack . . . 10 Pakete **52 Pf.**

**Crémepulver**  
(gefärbt), mit verschiedenem Fruchtgeschmack . . . . . Paket **15 Pf.**

**Fasson - Geleepulver**  
mit verschiedenem Fruchtgeschmack . . . . . Paket **17 Pf.**

**Eispulver** mit verschiedenem Fruchtgeschmack Paket **15 Pf.**

**Speisen - Saucenpulver**  
 $\frac{1}{2}$  Kilo-Paket **18**, kleines Paket . . . **5 Pf.**

**Vanillinzucker**  
 $\frac{1}{2}$  Kilo-Paket . . . **35**, kleiner Beutel **5 Pf.**

**Weizengries**  
fein, mittel und grob . . . Pfund **17 Pf.**

**Hartweizengries**  
fein, mittel und grob . . . Pfund **18 Pf.**

**Rangoon-Reis** **15, 19 Pf.**  
Pfund . . . . .

**Java-Reis** Pfund **23, 28 Pf.**

**Bouillon-Würfel**  
Inhalt  $\frac{10}{30}$   $\frac{20}{55}$   $\frac{50}{1.35}$  Stück  
Dose  $\frac{100}{2.60}$   $\frac{500}{12.80}$

### Fleischwaren

**Rollschinken** 7 b. 10 Pfund schwer **1.35**

**Mausschinken**  $\frac{2\frac{1}{2}}$  bis 3 Pfund schwer . . . Pfund **1.15**

**Schinkenspeck** . . . . . Pfund **1.00**

**Teewurst** . . . . . Pfund **1.10**

**Mettwurst** mit Knoblauch . . . Pfund **1.00**

**Rotwurst I** Pfund **70**, II Pfund **50 Pf.**

**Jagdwurst** . . . . . Pfund **95 Pf.**

**Zervelatwurst** . . . . . Pfund **1.25**

**Salamiwurst** . . . . . Pfund **1.25**

**Delikatess-Würstchen**  
12 Paar . . Dose **1.40**, 6 Paar . . Dose **70 Pf.**

**Delikatess-Sülze** . . . . . Dose **85 Pf.**

### Schokolade und Kakao

**Deutscher Kakao** Pfund **75, 95 Pf.**

**Deutscher Kakao** grüne Packung Pfund **1.20**

**Holl. Kakao** . . . . . Pfund **1.80, 2.10**

**Block-Schokolade** . . . Pfund **75 Pf.**

**Haushalt-Schokolade**  
Pfund **65, 75, 95 Pf.**

**Vanille-Schokolade I** Pfund **1.05**

**Vanille-Schokolade II** Pfund **1.15**

**Ess-Schokolade I** . . . Pfund **1.50**

**Gebrannter Kaffee**  
Mischung  $\frac{1}{95}$   $\frac{2}{1.05}$   $\frac{3}{1.20}$   $\frac{4}{1.35}$   $\frac{5}{1.55}$   $\frac{6}{1.70}$   $\frac{7}{1.90}$   
Pfund

### Fruchtsäfte

mit Raffinade eingekocht

**Himbeersaft** . . . . . Flasche **75 Pf.**

**Kirschsaft** . . . . . Flasche **80 Pf.**

**Johannisbeersaft** . . . . . Flasche **80 Pf.**

**Himbeersaft extra** . . . . . Flasche **1.00**

**Zitronensaft** . . . . . Flasche **1.00**

**Erdbeersaft** . . . . . Flasche **80 Pf., 1.00**

**Borsdorfer Apfelwein**  $\frac{1}{2}$  Fl. **30 Pf.**

Braunschweiger  
**Doppel-Schiffsmumme**  
 $\frac{1}{2}$  Dose **2.15**  $\frac{1}{2}$  Dose **1.10**

### Rehkeulen 4.50 bis 7.00

### Rehrücken 5.00 bis 8.00

### Rehblätter 1.50 bis 3.00

**Gebirgspreisselbeeren** . . . Pfund **20 Pf.**

**Ungarische Strudeläpfel** Pfund **25 Pf.**

**Italienische Pfirsiche** . . . Pfund **25 Pf.**

**Italien. Gentilli-Birnen** . . . Pfund **18 Pf.**

**Holländ. Einmachegurken** Mdl. **45 Pf.**

**Salatgurken** . . . . . Stück **5, 8, 10, 15 Pf.**

**Kopfsalat** . . . . . 5 Stück **10 Pf.**

**Holl. Cantaloupe-Melonen** Pfund **28 Pf.**

**Ger. Ahlbecker Flundern** . . . Pfund **25 Pf.**

**Geräucherte Aale** . . . . . Pfund **1.10**

**Geräucherte Bund-Aale** . . . Bund **38 Pf.**

**Neue Matjes-Heringe** **10, 15, 20 Pf.**

**Gänse** . . . . . Pfund **55, 60, 68, 75 Pf.**

**Hühner** . . . . . Stück **55 Pf. bis 2.75**

**Enten** . . . . . Stück **1.90 bis 3.25**

**Tafelbutter** . . . . . Pfund **1.10**

**Schweizer Käse** . . . . . Pfund **78 Pf.**

**Tilsiter Käse** . . . . . Pfund **55 Pf.**

**Camembert** . . . . . Stück **17 Pf.**

**Romatourkäse** . . . . . Stück **20 Pf.**

**Limburgerkäse** . . . . . Pfund **45 Pf.**

**Tortenbriekäse** . . . . . Pfund **50 Pf.**

**Quadratkäse** . . . . . Pfund **35 Pf.**

**Frühstückskäse** . . . . . Stück **5 Pf.**

**Galizische Krebse**  
Mandel **45, 90 Pf., 1.50, 2.00, 3.00**

**Edel-Krebse**  
Mandel **95 Pf., 1.25, 2.25, 3.00, 4.00**

**Riesen-Krebse** . . . . . Stück **50, 75 Pf.**

*Nur Leipziger-und Rosenthaler Strasse:*

### Frisches Fleisch und Fische

**Filet** Pfund **90 Pf.**, ausgeschält **1.40 bis 1.60**

**Roastbeef** Pfund **90 Pf.**, ohne Knochen **1.30**

**Schmorfleisch** . . . . . Pfund **90 Pf.**

**Frische Rinderzunge** Pfund **92 Pf.**

**Frisches Rippespeer** Pfund **90 Pf.**

**Hammelkeule** Pfund **80**, geteilt **85 Pf.**

**Schweinekamm und Schuft**  
Pfund **75**, geteilt **80 Pf.**

**Kassler Rippespeer** **80 bis 90 Pf.**

**Gehacktes** . . . . . Pfund **60 Pf.**

**Lebende Schleie** . . . Pfund **1.10**

**Lebende Aale** . . . Pfund **80 Pf., 1.10**

**Bratschellfische** . . . . . Pfund **9 Pf.**

**Grosse Schellfische** Pfund **15 Pf.**

**Seelachs** Pfund **9 Pf.**, im Anschnitt **13 Pf.**

**Kabeljau** Pfund **10 Pf.**, im Anschnitt **15 Pf.**

**Bratschollen** . . . . . Pfund **10 Pf.**

**Grosse Schollen** . . . Pfund **20 Pf.**

### Mineralwasser

**Harzer Sauerbrunnen**  
20 Flaschen (exkl. Flaschen) . . . **2.00**

**Tafelwasser**  
30 Flaschen . . . . . **1.80**

**Namedy-Sprudel**  
Apollinaris, Kgl. Fachingen.

Aus dem Berliner Innungswesen.

Vor kurzem ist der Geschäftsbericht der „Ständigen Deputation des Innungsausschusses der vereinigten Innungen zu Berlin“ über die Tätigkeit im Jahre 1909 erschienen. Derselbe enthält eine Nachweisung, wieviel Innungen dem Ausschuss — einer Institution ähnlich wie bei den Gewerkschaften die Gewerkschaftsliste — angeschlossen sind, sowie die Zahl der Mitglieder der einzelnen Innungen, ferner den Kostenbericht des Innungsausschusses und die Berichtserstattung über das am Orte bestehende Innungsschiedsgericht.

Dem Innungsausschuss waren am Schlusse des Jahres 1909 angeschlossen 46 Innungen mit 26 275 Mitgliedern. Da es in Berlin zur Zeit 62 Innungen gibt, so stehen 16 Innungen, meist kleiner, außerhalb dieser örtlichen Vereinigung. Die Stärke der Innungen ist sehr verschieden, ebenso die örtliche Begrenzung ihres Wirkungsbereiches. Die fünf größten Innungen (es sind sämtlich Zwangsinnungen) sind die der Schneider mit 5115 Mitgliedern, Tischler mit 2508, Schuhmacher mit 2483, Bäcker (Innung „Germania“) mit 1598 und Maler mit 1300 Mitgliedern. Zu den fünf kleinsten zählen die Innungen der Kammmacher mit 12, Nagelschmiede mit 16, Feilenhauer mit 17, Seiler mit 17 und Steinmetze mit 24 Mitgliedern. Einige Innungen erstrecken ihren Wirkungsbereich auch auf die Vororte, noch andere darüber hinaus. Ein eigenes Bureau unterhalten zehn Innungen, nämlich: beide am Ort bestehenden Bäckerinnungen „Concordia“ und „Germania“, ferner der „Bund der Bau-, Maler- und Zimmermeister“, die Fuhrherren, die Galanterie, die Räder, die Schneider, die Schuhmacher, die Steinseher und die Tischler.

Die auffallend starke Mitgliederzahl der Schneiderinnung erklärt sich daraus, daß ihr nach dem Statut und den Entscheidungen der höheren Verwaltungsbehörde die sogenannten Hausgewerbetreibenden angehören müssen, denen zwar in rechtlicher Beziehung der Charakter Selbständiger beigelegt wird, während sie in Wirklichkeit fast ebenso wirtschaftlich und persönlich von ihren Arbeitgebern, den Konfektionären, abhängig sind, wie der Werkstatt- oder der nur allein in seiner Wohnung arbeitende Heimarbeiter. Auch werden von derselben Innung die weiblichen Modistinnen auch dann, wenn sie nur allein für Kundschafft arbeiten, zu Beiträgen herangezogen, um das Handwerk mit „weitem“ zu helfen.

Und dem weiteren Bericht heben wir nur die die Allgemeinheit interessierenden Stellen hervor. So sollen bei Stadtverordnetenwahlen die bürgerlichen Parteien ersucht werden, bei Aufstellung von Kandidaten das Handwerk zu berücksichtigen. Augenblicklich haben vier Obermeister (der Klempner- und Malerinnung), die Herren Berger und Reilig als Stadtverordnete im Rathaus sitzen. Ihre bisher zutage getretene Tätigkeit, besonders die des letzteren, dürfte die bürgerlichen Fraktionen des Rathauses wohl zur reiflichen Überlegung veranlassen, den Wunsch der Innungsmeister zu erfüllen. Bisher wurde in einer Innungsausschussversammlung auch die Wäckerordnung und, wie es heißt, „ihre die Erläuterung vieler ehrlicher Handwerksmeister bedrohende Handhabung!“ Dem ehrlichen Wäcker wurde dann auch vom Ausschuss die Unterstützung zugesichert und gewährt. Worin diese Unterstützung bestanden hat, sagt der Bericht nicht, man wird wohl aber nicht schelten, anzunehmen, daß die Innungsmeister auf den Hintertreppen der Behörden dambrieren, um diese um möglichst laze Handhabung der arbeiterschützenden Bestimmungen anzubetteln, was denn auch, wie die Wäckergelegenheiten bezeugen können, von Erfolg gekrönt ist. In einer anderen Stelle heißt es: „Für nicht richtig wurde es befunden, daß der Berliner Magistrat eigene Werkstätten errichtet und so dem schäblichen Gewerbebestande Konkurrenz macht.“

Von Wichtigkeit für Eltern und Lehrlinge ist dieser Satz, der zwar etwas Selbstverständliches sagt, aber doch in weiten Kreisen verdient bekannt zu werden, da hierüber auch unter den Arbeitern noch vielfach irtümliche Auffassungen herrschen: „Auf eine Anfrage der Handwerkskammer erklärte der Innungsausschuss es als unbillig, daß Lehrlinge nach Beendigung der im Lehrvertrage festgesetzten Zeit den Vorkursus zu beantragen haben und nicht erst von dem Tage ab, an dem sie in der Innungs-Quartalsversammlung „freigesprochen“ werden.“

Der Kostenbericht des Innungsausschusses bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 19 334,81 M. Unter den Einnahmen befinden sich 4577,15 M. an Innungsbeiträgen und 6997 M., welche die Innungen als besondere Beitrag zum Innungsschiedsgericht leisten mußten, und 8878,50 M. zurückgezahlte Kosten und Gebühren der Parteien, die am selben Gericht Klage erhoben bezw. verfolgt wurden. Bei den Ausgaben sind verzeichnet 9780 M. an Verhandlungen und Entscheidungen, davon erhebt der 1. Vorsitzende des Ausschusses (Obermeister Kahardt) 1200 M., der Schlichtermeister (Obermeister Strud von der Zeugnisämter-Innung) 500 M., der Vorsitzende des Innungsschiedsgerichts, der im Hauptamt tätig ist, 4500 M., ein Sekretär, der als Berichtsschreiber fungiert, 2200 M., und die am schlechtesten bezahlte Hilfskraft 1200 M.

Vom Innungsschiedsgericht ist folgendes zu berichten: Es gingen ein im Jahre 1909: 2387 Klagen (gegen das Vorjahr mehr 22). Es wurden davon 1804 im Bureau schriftlich als Protokoll genommen, 883 gingen schriftlich ein, 449 vom Berliner Gewerbe- bezw. Kaufmannsgericht, 1 vom Gewerbegericht Schöneberg überwiesen. In 118 Fällen wurde auf Herausgabe der Papiere und Sachen bezw. Ausstellung eines Zeugnisses geklagt. Die Gesamtsumme der eingeklagten Forderungen betrug 88 283,66 M. gegen 101 101,58 M. im Vorjahre. Ihre Erledigung fanden 2204 Streitfragen, 5 Sachen wurden mit anderen Klagen, die gegen denselben Beklagten gerichtet waren, verbunden. In 51 Fällen konnte nicht verhandelt werden, da niemand erschienen war. 49 Klagen wurden vor der Verhandlung zurückgenommen, in 19 Fällen konnte wegen Verzuges der Adressaten die Ladung nicht zugestellt werden. In 10 Fällen wurden die Akten dem Gewerbegericht überwiesen, 81 mal forderte sich im Berufungsverfahren das Amtsgericht die Akten ein. Von den 2204 Fällen wurden erledigt 404 durch Verurteilung nach Verhandlung, 335 durch Versäumnisurteil, 557 erdeten durch Vergleich, 101 mal wurden die Parteien zum Teil abgewiesen, zum Teil verurteilt; Klageabweisung erfolgte in 493 Fällen nach Verhandlung, 108 mal im Versäumniswege; nach der Verhandlung wurden zurückgenommen 68 Klagen. Die meisten Klagen waren zu verzeichnen bei den Tischlern 650, Schneidern 341, Gastwirten 229 und Malern 197. Keine Klagen hatten die Wäcker (Wäcker-Innung Eiche), die chirurgischen Instrumentenmacher, Drechsler, Feilenhauer, Schornsteinleger, Seiler, Vergolder, Jagdschlüssler und Zeugschmiede, alles Innungen, bei denen nicht einmal ein ordentlicher Gefellenausschuss besteht, geschweige denn Arbeitnehmerschaft am Schiedsgerichte vorhanden sind.

Das Lehrlingschiedsgericht, an dem nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung nur „Meister“ als Vorsitzender fungieren, verhandelte in 83 Streitfragen. Davon entfallen auf die Schlosser 18, Tischler 10, Bau 2, Schneider 12, Bäcker 9, Tapezierer 4, Maler, Wäckerinnung „Concordia“, Wäckerinnung und Räder je 3, Galanterie, Steinseher, Schmiede und Klempner je 2, Wäcker, Kürschner, Buchbinder, Jagdschlüssler, Konditoren und Kammmacher je 1.

In 699 Fällen wurde die Zwangsvollstreckung wegen der Kosten des Schiedsgerichts, in 580 Fällen wegen der durch Schiedspruch gesuchten Summe bei der Vollstreckungsbehörde, dem Polizeipräsidium beantragt. Welche Erfolge diese Art Zwangsvollstreckung bei den Schiedsgerichtsentscheidungen gehabt hat, darüber schweigt der Bericht, während er für die Beibringung der Gerichtsakten dem Polizeipräsidium seinen Dank ausdrückt! Es wird dies erst dann verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß hierbei meistens Arbeiter in Frage kommen, die als Kläger auftreten.

Die Kosten der Rechtsprechung am Schiedsgericht sind im Verhältnis zu denen der am Gewerbegericht vorgeschriebenen hoch, so daß die Weigerung der Arbeiter, bei geringen Objekten noch hohe Gebühren zu zahlen, durchaus begreiflich erscheint.

Es ist eben der Jammer unserer heutigen sozialpolitischen Gesetzgebung, die auch bei dem Beschlusse der Reichsversicherungsordnung zum Ausdruck kommt, daß man den im heutigen Wirtschaftsleben ziemlich bedeutungslosen Innungsmeinern Privilegien auf Kosten der von ihnen Beschäftigten in den Schoß wirft und diese dadurch in ihren Rechten schmälert.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 24. Juli findet unser Familienausflug nach Grünau (Spielplatz) statt. Treffpunkt früh 7 1/2 Uhr auf dem Götlicher Bahnhof. Abfahrt 7 30. Im Walde finden Kinderspiele usw. statt. Für Kaffeeplätzchen ist Sorge getragen. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß das Endziel der „Spielplatz“ ist. Recht zahlreiche Beteiligung wünscht Das Komitee.

Fünfter Wahlkreis, vierte Abteilung. Sonntag, den 24. Juli, 2 Uhr nachmittags: Ausflug nach Friedrichsfelde. Treffpunkt daselbst Lindenpark. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Abteilungsführer.

Die Kreisgeneralversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Niederbarnim

findet am Sonntag, den 24. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Café Bellevue“ in Rummelsburg, Hauptstraße 2, statt.

- Auf der Tagesordnung steht: 1. Tätigkeitsbericht vom 1. Januar 1909 bis 30. Juni 1910. 2. Wahl der Kreisleitung. 3. Die Provinzialkonferenz am 11. September und Wahl dreier Delegierten. 4. Der deutsche Parteitag und Wahl von vier Delegierten. 5. Anträge und Vereinsangelegenheiten.

Zur Teilnahme sind verpflichtet: die gewählten Delegierten, die Bezirksleiter und die Vorstandsmitglieder.

Die Parteimitglieder, die den Verhandlungen als Gäste beizuwohnen wollen, haben als Legitimation ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen. Der Kreisvorstand.

Reinickendorf (West). Sonntag, den 24. d. M. feiert der Bezirkswahlverein sein 5. Stiftungsfest in den Giebhornhöfen, Giebhornstraße 80 und Giebhorn Waldschloßchen, Ecke der Wald- und Giebhornstraße. Das Programm besteht aus Konzert, Auftritten der Volksgesellschaft, Bewandlung, Kinderbelustigungen und Tanz. Billetts sind beim Komitee, sowie in den mit Plakaten belegten Geschäften, bei den Gruppenführern und an der Kasse zu haben.

Spandau. Sonntag, 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, findet für die Orte Hofelhorst, Sternfelde und Rönneburg im Lokal von Karl Friede, Rönneburg, Siemensstr. 23, eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Wilhelm Piel über: „Der Vormarsch der Sozialdemokratie“ referieren wird. Die Genossen Spandau, welche sich an der Versammlung beteiligen, treffen sich nachmittags 2 1/2 Uhr bei Frau Wöhe, Havelstraße.

Sonntag früh 7 Uhr findet von allen Bezirkslokale eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Es wird erwartet, daß alle Genossen pünktlich zur Stelle sind.

Berliner Nachrichten.

Der zunehmende Fahrverkehr im Friedrichshain hat die städtische Vordeputation veranlaßt, im Interesse der Spaziergänger den Fahrweg, der von der Straße am Friedrichshain mitten durch die Anlagen führt und mit einer Gabelung nach der Virchowstraße und dem Krankenhaus ausläuft, für Kraftwagen, Geschäfte- und Lastwagen, Leichen- und Trauerwagen und Fahrräder zu verbieten. Nur der die Landsberger Allee mit der Virchowstraße verbindende Weg, der am Krankenhaus entlang führt, ist dem Fahrverkehr freigegeben.

Ein Feind der Obdachlosen. Im „Berliner Tageblatt“ liest ein allzu nervöser Leser aus dem Nordosten einen Hilfsbrief aus über die Straßenzustände beim Obdachlosenanstalt. Der offenbar recht gut situierte Herr versetzt dabei den Obdachlosen folgenden Hieb:

„Welchen Einfluß die tägliche Verhöhnung mit diesen verkommenen Elementen auf die zahlreichen Kinder hat, soll hier gar nicht untersucht werden. Eine Verlegung des Asyls wäre auch im Interesse der Schule zu wünschen, die sich ihm gegenüber befindet. Es ist doch ein eigentümlicher Zustand, daß diese Kinder sich mit Baracken begnügen müssen, während die Herren Gewohnheitsbetrübler in einem schönen massiven Gebäude mit geräumigen Sälen sich rädeln.“

Zweifellos muß doch das Asyl sich befinden. Wo es aber in oder nicht bei der Großstadt ist, werden auch immer Kinder mehr oder weniger nahe sein. Daß die Kinder der gegenüber dem Asyl liegenden Barackenschule, deren Zugänge an der entgegengesetzten Seite vorgezogen sind, unter den Ähnlsten leiden, ist übertrieben. Die Schule würde ja zweifellos besser anderwärts untergebracht sein, aber eine enge Verbindung mit Ähnlsten findet nicht statt, da die Ähnlsten das Asyl längst verlassen haben, wenn der Schulunterricht beginnt. Der verböhrteste Hieb gegen die Obdachlosen, die meist aus eigener Kraft nicht wieder hochkommen können, gehört dazu, das Asyl förmlich als einen Polak anzusprechen. Rädeln Sie sich doch nur eine einzige Nacht, Herr Obdachlosener, in den geräumigen Sälen des schönen massiven Gebäudes“ und Sie vergessen ganz sicher das Wiederkommen.

Ein Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten an die Schutzmannschaft vom Jahre 1902 spielte eine Rolle in einem Prozeß, den der Cafetier Broß gegen den Präsidenten angestrengt hatte, nachdem ihm die Polizeistunde von 4 Uhr nachts auf 12 Uhr herabgesetzt worden war. Die Herabsetzung erfolgte wegen Übertretung der Polizeistunde. Die fragliche Verfügung des Polizeipräsidenten, die wir seinerzeit schon veröffentlicht haben, besagt unter anderem, daß die Beamten zwar auf den rechtzeitigen Schluß der Lokale sehen, dabei aber Härten vermeiden sollen. Es soll den Wirten eine angemessene Frist zur Entleerung der Lokale gewährt werden, etwa von einer Viertelstunde, bei Tanzlokalen von einer halben Stunde. — Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage Broß ab, so daß es bei der Herabsetzung der Polizeistunde auf 12 Uhr verbleibt. Es wurde ausgeführt, daß die mehrfache Übertretung der Polizeistunde durch Broß ihre Herabsetzung auf 12 Uhr nachts rechtfertige. Was den durch Broß angelegten Erlaß des Polizeipräsidenten angeht, so sei das lediglich eine Instruktion an die Schutzmannschaft, wonach nicht wegen jeder Kleinigkeit Anzeige erstattet werden und ferner berücksichtigt werden solle, daß die Lokale sich nicht so schnell entleeren könnten. Daraus könnten aber die Wirte kein Fall ein Recht auf ein längeres Offenhalten oder eine Entschuldigung herleiten.

Die Unfälle der Kinder, sich an Fahrwerke anzuhängen, hat wiederum einen schweren Unglücksfall zur Folge gehabt. Gestern nachmittags war der zehnjährige Sohn Otto des Arbeiters Gottschall aus der Reinickendorfer Straße 88 in der Müllerstraße auf einen vorüberfahrenden Drauerwagen gestürzt, ohne daß der Aufsitzer dies bemerkte. Als letzterer die Pferde zu schnellerer Gangan-

trieb, wollte der Knabe abspringen. Dabei kam der Junge zu Fall und geriet unter den Wagen, dessen Hinterrad über ihn hinwegging. Der Verunglückte erlitt schwere Luetigungen am rechten Unter- und Oberschenkel und aufsteigend auch innere Verletzungen. Er wurde, nachdem er auf der Unfallstation in der Ludower Straße Notverbände erhalten hatte, nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus übergeführt.

Ein zweiter schwerer Straßenunfall ereignete sich in Rummelsburg. Als der 30jährige Arbeiter Paul Pichl aus Nizdorf auf einem Zweirade die Hauptstraße entlang fuhr, kam ihm ein Bierwagen entgegen. Um dem Gefährt auszuweichen, bog P. nach den Straßenbahngleisen hinüber. Er blieb aber mit seiner Maschine in einer Schiene hängen und kam zu Fall. Der Arbeiter stürzte unmittelbar vor die Pferde des Bierwagens und erhielt mehrere Hufschläge auf die Brust, ehe das Gefährt zum Stehen gebracht werden konnte. Der Verunglückte trug mehrere Rippenbrüche und innere Verletzungen davon und mußte dem Rummelsburger Krankenhaus zugeführt werden.

Als vermeintliche Täter zu dem Lichterader Attentat sind der Bauer Albert Rademeyer und dessen Bruder, der Kaufmann Louis Rademeyer, festgenommen worden. Der gegen diese beiden Personen bestehende Verdacht gründet sich zunächst darauf, daß Albert Rademeyer sich zur kritischen Zeit in Geldverlegenheit befand. Er brachte zum 3. Juli sehr nötig 8000 Mark, die er schon seit Monaten seinem Schwiegersohn, einem Schmiedemeister in einem nördlichen Vorort versprochen hatte, um damit einen Wechsel, der in diesen Tagen fällig war, zu decken. Seine Vermögensverhältnisse, sich von anderer Seite dieses Geld zu verschaffen, waren vergebens. Das erste Bettelbroschieren vom 30. Juni paßt zeitlich in diesen Rahmen genau hinein. Aber sonst ist Albert Rademeyer eine der wenigen Personen, die überhaupt mit der Sache in Zusammenhang gebracht werden können. Er ist seit vielen Jahren der Kachbar des Kraay, kennt dessen Verhältnisse genau und weiß, daß auf dem gewöhnlichen Wege des Pampes nichts von ihm zu erreichen ist. Dafür sind ihm aber ihre Eigenarten, Frömmigkeit, Aberglaube und Anständigkeit des Otto Kraay und anderes bekannt. Er wußte also, wo er sie einzig und allein zu fassen hatte, um Geld von ihnen zu erhalten. Schreiber des Briefes kann er aber nicht sein. Dafür kommt sein Bruder Louis, früherer Kaufmann und Schreiber, in Betracht. Diese Handschrift zeigt nicht allein eine unvollständige Übereinstimmung mit der des Briefschreibers, sondern bei ihm trifft auch allerlei zu, was der Briefschreiber in dem ersten Brief sagt und was man durchaus ernst nehmen kann. Er wohnt nämlich in solcher Nähe des Tatortes, daß er von seinem Hause aus das umliegende Gelände so gut überblicken kann, wie der Briefschreiber es mit diesen Worten zum Ausdruck bringt: „Dem ich werde zur Sicherheit den Ort, den ich angeben werde, gut bewachen lassen, und ich werde nicht einmal die Umgegend betreten brauchen.“ Es ist auch festgestellt worden, daß in mehreren Nächten, von diesem Grundstück aus, Beobachtungen erfolgt sind. Außerdem erregte gestern mittag in Lichterade das Erscheinen des neuen Mercedeswagens, den der Kriminalkommissar von Berg bei seinen Recherchen in Lichterade benutzte. Eine Durchsichtung in der Wohnung wurde vorgenommen und die beiden Verdächtigen mit dem Mercedeswagen nach Berlin gebracht.

Weitere Mitteilungen besagen: Die Kriminalpolizei ging von dem Befichtspunkt aus, daß das Grundstück des Kraay im Zusammenhang steht mit dem Tatorte, der an dem entgegengesetzten Ende des Dorfes gelegen ist. Die Frage, weshalb der Täter wohl diesen Platz gesucht habe, in Verbindung mit dem Bettelbrief, war nicht schwer zu beantworten. Der Tatort wurde nach dieser Gegend verlegt, weil hier durch die über manneshöhe Hecke auf der einen Seite Schutz zum Vergraben der Höllenmaschine oder aber der Viehbüchse mit dem Gelde vorhanden war, ohne daß von dem gegenüberliegenden Hause, in welchem der Gendarm wohnt, irgend etwas hinter der Hecke gesehen werden konnte, andererseits ist aber auch in dem Briefe enthalten, daß der Täter dieses Grundstück genau beobachtet haben werde, ohne auch nur die Umgegend zu betreten. Da der Täter unzweifelhaft die Gepflogenheiten der Familie Kraay kennt, so wußte er, daß er auf geradem Wege von den Leuten nichts bekommen würde, sondern nur mit diesen, schon von uns angegebenen Eigenarten der Kraayschen Familie rechnen konnte. Es wurde der große Kreis der in Frage kommenden Personen auf diese Eigenschaften hin geprüft. Dabei blieb lediglich der Rademeyer und sein Bruder übrig, um so mehr, als die Rademeyersche Familie mit Kraay seit Jahren aneinander ist und mit Kraay in keinerlei Beziehungen mehr gestanden hat. Die Rademeyersche Familie hat früher zu den reichsten in Lichterade gehört, ist aber zurückgekommen. Albert Rademeyer hat vor Jahren, da sein Grundstück mit Hypotheken belastet war, dieses seinem Schwager, dem Bruder seiner Frau, zur Bewirtschaftung übergeben. Dieser ist trotz der schlechten Gelblage dennoch ausgekommen. Nachdem der Grund und Boden im Werte stieg, hat der Schwager durch Verkauf seine Unkosten nicht bloß wieder herausgeholt, sondern noch 1500 Mark herausgewirtschaftet. Dieses Geld hat er nicht den Familienmitgliedern, d. h. den Brüdern Rademeyer gegeben, sondern hat bestimmt, daß dieses Geld, da er selbst nichts davon haben wollte, den Kindern der Brüder zugute kommen sollte. Der Rademeyer wirtschaftete auf dem Grundstück weiter, hatte auch verschiedentlich die Kraayschen Cheleute um Darlehen ersucht und solche erhalten, ohne ihnen das Geld wiederzugeben. Sie kamen schließlich zu einem Prozeß. Seit dieser Zeit war das Verhältnis der beiden Familien getrübt. Der Kaufmann Louis Rademeyer bewohnte ein Grundstück gegenüber dem Tatorte. Es ist auch beobachtet worden, daß in der Nacht vom 3. zum 4. d. Mts. auf der Ummauerung des Grundstücks ein Mann gelegen hat, der von der Mauer aus den Tatort übersehen konnte. Beim Anrufen hat dieser Mann etwas geäußert und ist dann nach dem Hof hinabgeklungen und hat mit seinem Bruder, dem Louis, der sich auf der Toilette befand, gesprochen. Dazu kommt, daß in der Handschrift des zweiten Briefes und in der des Louis Rademeyer eine große Ähnlichkeit vorhanden ist. Dazu kamen andere Umstände. Die Tochter des Albert Rademeyer ist mit einem Schmiedemeister im Norden Berlins verheiratet, dem Zusagen zur Beschaffung von Geldmitteln gemacht worden waren, um dringende Forderungen zu befriedigen. Rademeyer hatte versprochen, am 3. Juli das Geld zu geben. Es wurde aber nichts daraus, wohl aber traf in dieser Zeit der Bettelbrief bei Kraay ein. Sodann ermittelte die Kriminalpolizei, daß der Schwiegervater mit dem Schwiegersohn telephonische Gespräche geführt hatte. Der Schwiegervater konnte aber die 8000 Mark nicht bekommen und versprach nun ganz sicher, bis zum 11. Juli das Geld zu beschaffen. Bis zu diesem Tage dachte er in dem Besitz des Geldes zu sein, nachdem er einen zweiten Proh- und Erpresserbrief an Kraay geschickt hatte. Während Albert Rademeyer vorher, trotzdem er mit der Kraayschen Familie wieder in freundschaftliche Beziehungen getreten war, sich absolut nicht um die Ermittlung des Täters kümmerte, schlug er später um. Als ihm

Bekannt war, daß die Kriminalpolizei von seinen telefonischen Gesprächen mit dem Schwiegersohne Kenntnis erhalten habe, da erwiderte sich plötzlich in ihm ein reges Interesse an der Ermittlung des Täters. Er versuchte, die Spur auf andere Personen zu lenken. Der Schwager Mademeyer ist ein Schmied und Mademeyer selbst war ein Kanonier gewesen. Er ist häufig in der Schmiede mit der Herstellung von irgendwelchen Schmiedearbeiten für sich selbst beschäftigt gewesen. Da nun diese Umarbeitung des Gasrohrs eine rohe Schmiedearbeit ist und auch nach fachverständlichem Gutachten von einem sachkundigen Schmied wahrscheinlich nicht hergestellt ist, so liegt nahe, daß Mademeyer selbst das Gasrohr dort in der Schmiede hergestellt hat.

Eine teure Nacht. Um 2400 Mark berandte wurde der Künstler D. aus Charlottenburg. Auf einem Dummel durch Berlin bei Nacht hatte er die Bekanntheit eines hübschen jungen Mädchens, das sich als Konfektionseuse ausgab, gemacht. Das Mädchen zog durch eine Reihe von Weinlokalen in der Leipziger- und Jägerstraße und als D. nach einer fabelhaften Nacht heim wieder erreicht hatte, mußte er eine recht böse Entdeckung machen; seine Brieftasche mit 2400 M. war verschwunden. Die hübsche Begleiterin hatte es in einem günstigen Moment verstanden, die Tasche unbemerkt zu entwenden. Die Polizei ist der gefährlichen Person auf der Spur.

Milchhändler des Nordens haben in ihrer Generalversammlung beschlossen, die Geschäfte von Sonntag, den 24. Juli ab an Sonntag und Feiertagen von 2 Uhr ab zu schließen. Es handelt sich um die in den Strichgeschäften der Geim-, Kopenhagener-, Gandy-, Sonnenburger-, Altmeyer-, Cantians-, Corförcer- und Schwedter Straße vorliegenden Milchhändler.

Von der Verhaftung eines italienischen Fürsten rührte eine hiesige Korrespondenz zu berichten. Auch wir nahmen von der Meldung Notiz. Herr Rechtsanwalt Dr. Apfel schreibt uns nun in Bezug auf jene Mitteilung: In Ausgabe vom 19. Juli brachten Sie eine Notiz über die Verhaftung eines italienischen Fürsten. Dieselbe enthält eine Anzahl von schwerwiegenden Irrtümern. In meiner Eigenschaft als Rechtsbeistand des Marquis Donofri, Prince de Suttadauro, der durch diese irrtümlichen Angaben auf das schwerste geschädigt worden ist, bitte ich Sie ebenso höflich wie dringend, die Notiz zu berichtigen. 1. Es ist unrichtig, daß Marquis Donofri falsche Heiratsversprechungen gemacht hat und sich von Mädchen Geld geliehen hat. 2. Es ist unrichtig, daß von Seiten eines Mädchens oder von sonst jemand in Deutschland irgend eine Anzeige gegen den Marquis erstattet worden ist. 3. Es ist unrichtig, daß der Marquis wegen Vergehens gegen § 175 Str.-G.-B. oder wegen eines ähnlichen Delikts in Haft genommen oder auch nur angezeigt worden ist. Die Akten des hiesigen Polizeipräsidiums enthalten von den vorgenannten Delikten auch nicht das leiseste Wort. Wahr ist lediglich, daß der Marquis auf Erlauchen eines Vapaper Gerichts wegen einer Betrugsanzeige, die sich auf die Nichtzahlung eines 6000 Kronen lautenden Wechsels stützt, vom hiesigen Polizeipräsidium auf Grund der bestehenden völkerrechtlichen Bestimmungen in Haft genommen werden mußte. Diese Angelegenheit dürfte in wenigen Tagen mit der nach ungarischem Recht möglichen Jurisdiktion der Strafangelegenheit ihre Erledigung gefunden haben. Die verehrliche Redaktion würde durch die baldmöglichste Aufnahme der Berichtigung dazu verhelfen, daß der Schaden, der dem Marquis materiell und ideell, insbesondere durch den Hinweis auf § 175 Str.-G.-B. erwachsen ist, einigermaßen wieder gut gemacht würde. Zudem ist im voraus meinen verbindlichsten Dank auszusprechen, zeichne ich mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung Dr. Apfel, Rechtsanwalt.

Aus der Selbstmordskrank. Im Krankenbause gestorben ist gestern abend der 21 Jahre alte Malergehülfe Stanislaus Jantowski aus der Mittenwalder Straße 65. Vorgeseltern kam der Mann, der bei einer Witwe seit acht Monaten wohnte, nicht von seiner Arbeit zurück. Im letzten Monat sah er sehr blaß aus. Auf die Frage der Hausbewohner, ob er krank sei, verweigerte er jede Antwort. Man nimmt an, daß Jantowski krank war. Gestern früh fand man ihn in dem Viktoriapark in der Nähe des Nationaldenkmals. Er hatte sich eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt. In dem Revolver, den er bei sich hatte, befanden sich noch fünf Patronen. — Erhängt hat sich gestern morgen um 1/2 7 Uhr der 89 Jahre alte Wäbelpolier Karl Lehmann aus der Parochialstr. 29. Lehmann war neun Jahre verheiratet. Vor zehn Monaten starb seine Frau an einem Lungenleiden, seit sechs Wochen hatte auch er ein Lungenleiden und gab seine beiden Kinder im Alter von acht und zwei Jahren bei Verwandten in Pflege. Auf dem Tische lag ein Bettel, auf dem er mitteilte, daß er große Schmerzen habe, er werde auch wie seine Frau an einem Lungenleiden sterben.

Aus dem Wasser gefahren wurde gestern vor dem Hause Am Gröben-Weier 15 die 51 Jahre alte Arbeiterin Auguste Schulz, geborene Weigt aus der Polener Straße 14. Die Frau war geisteskrank und sollte nach einem bei ihr gefundenen Aufnahmefchein in eine Anstalt gebracht werden. Wahrscheinlich hat sie aus Furcht, in die Anstalt zu kommen, sich das Leben genommen.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins, die am 10. Juli im „Volkshaus“ stattfand, sprach Genosse W. Siering über den „Preussischen Verfassungslampf“. Redner schilderte eingehend den historischen Entwicklungsgang der preussischen Verfassungslämpfe vom Beginn des vorigen Jahrhunderts bis zu dem letzten großen Wahlrechtlampf. Bei der Besprechung unserer jüngsten Aktion zur Erringung eines freien Wahlrechts stellte sich Genosse Siering auf denselben Standpunkt, den der Genosse R. Kautsky in der „Neuen Zeit“ gegenüber der Genossin Luzemburg eingenommen hatte. Eine Anwendung schärferer Mittel sei im gegenwärtigen Moment noch nicht angebracht, schon allein mit Rücksicht auf den Umstand, daß noch große Massen von Arbeitern unserer Bewegung fernstehen. Das Wählungen eines Waffensstreiks vernichte aber mit einem Schlage die für uns augenblicklich so günstigen Aussichten für die kommenden Reichstagswahlen, und der gute Ausfall dieser Wahlen sei doch schließlich auch von Einfluß auf die preussische Wahlreform. Wenn Schluß forderte der Redner die Versammelten auf, einmütig weiter zu arbeiten, bis das letzte Ziel — das freie Wahlrecht — erreicht sei. — Zur Generalversammlung des Kreises wurden die Genossen Berg, Brunner, Krüger, Morie Redits, Reusch und Will delegiert. — Bei der Neuwahl der Kreisfunktionäre sollen von Charlottenburg aus vorgeschlagen werden: zum 2. Vorsitzenden Genosse Broger-Rigdorf, für die Preschkommission Genosse Brunner-Charlottenburg. Als Parteitagdelegierter wird Genosse Will der Kreisgeneralversammlung empfohlen. Für die beantragte Parteitagserhöhung (auf 10 Pf. wöchentlich) sollen die Delegierten stimmen, jedoch mit der Mahnung, daß die endgültige Regelung dieser Frage durch Vornahme einer Abstimmung unter den Mitgliedern des Kreises gelassen soll. Der Generalversammlung des Kreises überwiesen wurde ferner ein Antrag der Genossin Redits, der „Gleichheit“ von Zeit zu Zeit einen Schmittmisterbogen für Arbeiterleider beizulegen. — In der Versammlung wurden wiederum 94 neue Genossen bekanntgegeben, die sich zur Aufnahme gemeldet hatten.

### Weißensee.

Ein neuer Hausbesitzerverein. Die neugegründete „Fortschrittliche Fraktion“ will mit dem alten Haus- und Grundbesitzer-Verein nichts mehr zu tun haben; sie macht durch Aukauf bekannt, einen neuen Hausbesitzerverein zu gründen, der in erster Reihe ein Fundament sein soll für die Vertretung der Interessen des Hausbesitzes, was in dem alten Verein vernachlässigt wird. Vor drei Jahren bestanden bereits zwei Vereine, die sich aber damals zusammenschlossen, um politische Arbeit zu leisten und in allen Gemeindeangelegenheiten vereint vorzugehen. Wir haben uns nicht getraut, als wir prophezeiten, daß die Freude nicht lange dauere. Nei-

nungsverschiedenheiten blieben und nicht aus. Man gründete eine „Bürgerliche Fraktion“, hielt regelmäßige Fraktionssitzungen ab, bis es auch hier zum Aukauf kam. Einzelne Mitglieder waren den meisten mit ihrem Gesetze dem doch zu rückständig, denn jede Ausgabe für Ausgestaltung des Ortes sollte vermieden werden, vor allem aber sollten rundweg alle Mittel für soziale Einrichtungen abgelehnt werden. Im diesem Geboren den nötigen Nachdruck zu versehen, riefte man noch ein Zeitungsunternehmen als G. m. b. H. ein, da das amtliche Organ die Rathauspolitik allzusehr verberlichtete. Ein Herr aus Reddenburg nahm denn auch die Interessen des Haus- und Grundbesitzes so „unabhängig“ wahr, daß er es durch sein Organ fertig bekam, die Bürgerliche Fraktion zu sprengen; von 20 Gemeindevertretern und Schöffen schieden dreizehn aus, so daß nur noch die sprichwörtlichen „hösen Sieben“ für die alte Fraktion übrig blieben. Das große Bulgeheul und andere „Geschmädlofigkeiten“ der „Unabhängigen Zeitung“ ob dieser Fraktionstrennung hat wahrscheinlich auch zur Neugründung des Hausbesitzervereins geführt. Erkennt man erst den Gipfel der Geschmädlofigkeit, so hat es gewöhnlich böse Folgen.

### Ober-Schönweide.

Die Milchhändler in Gefahr! Der Beschluß der Gemeindevertretung, der „Gemeinnützigen Gesellschaft für Milchhandlung“ zur Errichtung eines Ausschussbüros einen Platz unentgeltlich zu überlassen, hat die Gemüter der ortsanfässigen Milchhändler ungemein in Wallung gebracht. Es ist erstaunlich, wie rege diese sonst gänzlich unbekanntem Leute in der Entfaltung von unnothigem Eifer sind. Dabei scharfen sie selbst vor persönlicher Verunglimpfung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter nicht zurück, denen sie z. B. andichten, sie möchten ihnen die Aukaufsbüro abwendig — was unseren Genossen nicht im Traum eingefallen ist. Schließlich sollten die Milchhändler daran denken, daß es noch andere Einwohner im Orte gibt und daß auch das Allgemeinheit nicht hinter Interessen einer kleinen Minderheit zurückgestellt werden darf.

### Röpenitz.

Die Bibliothek steht den Mitgliedern des Wahlvereins und den einzelnen Gewerkschaften vom Montag, den 25. d. M. wieder zur Verfügung. Der Bücherbestand ist vergrößert, sodas dieselbe allen Anforderungen genügt. Geöffnet ist die Bibliothek täglich von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends und befindet sich in der Parteispedition, E. Wähler, Rieperstr. 6.

Die Bibliothekskommission.

### Tempelhof.

In der aufgesuchten Generalversammlung des Wahlvereins gab Genossin Zitel den Vorstandsbericht für das verlossene Halbjahr. Hiernach fanden statt eine Generalversammlung, eine Mitglieder- versammlung und sieben öffentliche Versammlungen. Zur Erledigung der Verwaltungsgeschäfte waren 12 Vorstandssitzungen notwendig. Zur Verbreitung gelangten 12 Flugblätter und Handzettel. Die örtliche Gemeindewahl und die preussische Wahlrechtsbewegung ermöglichten eine intensive Agitation, deren Erfolg sich am besten in der Mitgliederbewegung wieder spiegelt. Die Zahl der Mitglieder betrug im vorigen Jahre 800 und stieg in der Berichtsperiode auf 841, inkl. 50 weiblicher Mitglieder. — Der Kassenbericht für das erste und zweite Quartal ergab eine Einnahme von 630,02 M. und eine Ausgabe von 618,78 M. An die Kreisliste wurden 414,02 M. abgeliefert. — Ein gleich günstiges Bild ergab der Expeditionsbericht. Einer Einnahme von 1630,68 M. stand eine Ausgabe von 1580,09 gegenüber. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten erreichte einen monatlichen Durchschnitt von 434, gegen 386 im Vorjahr. Die anschließenden Wahlen der Funktionäre hatten folgendes Ergebnis: erster Vorsitzender: Ewald, zweiter Vorsitzender: Frau Zitel, Kassierer: Klein, Schriftführer: Klein, Beisitzer: Jergang, Revisoren: H. Müller, Goldner, Klingberg. Lokalkommission: Alb. Zitel. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit den Anträgen zur Kreisgeneralversammlung. Der Antrag des Kreises auf Einführung des Wochenbeitrages wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein anderer Antrag, der die Kreisgeneralversammlung ersucht, statt sechs nur drei Delegierte zum Tageburger Parteitag zu entsenden. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Ewald und Busemann gewählt. Folgende Resolution wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Die Generalversammlung des Wahlvereins Tempelhof protestiert aufs Entschiedenste gegen die Annahme des Budgets seitens der sozialdemokratischen Partei der badischen Landtage. Sie erklart hierin eine Propagation der Gesamtpartei und erwartet vom Parteitag, daß er Mittel und Wege findet, um derartige Verstöße gegen Parteitagebeschlüsse für die Zukunft unmöglich zu machen.

### Adlershof.

Dem Schlächterwagen überfahren wurde der dreijährige Knabe des Gewerkschaftsbeamten Jabel, Wisnardsstr. 11 wohnhaft. Der Knabe, welcher sonst nie allein die Straße betritt, war seiner Schwester zum Einkauf nachgelaufen und wurde beim Ueberstreifen des Fahrdammes vom Wagen des Wäschereibesizers Bient, Köpenick, Grünauer Straße, niedergedrückt und erlitt eine Quetschung des rechten Fußes. Verletzte Hüfte wurde gleich in Anspruch genommen und dürften dauernde gesundheitliche Schäden nicht verbleiben.

### Zegel.

In der letzten Generalversammlung des Bezirks Zegel konnte die Bezirksleitung über einen guten Fortschritt der Bewegung am Orte berichten. Einen Mitgliederbestand von 639 Genossen sowie 765 „Vorwärts“-Abonnenten kann der Ort nachweisen. Nicht zuletzt hat das geschwindige Verhalten des Herrn Gemeindevorstehers anlässlich der letzten Gemeindevertreterwahlen dazu beigetragen, daß die Bewegung so gute Fortschritte gemacht hat. Mit einer Beleidigungsklage gegen die Genossen Grünow und Wassa glaubt Herr Weigert und den Erfolg streitig zu machen; er kommt diesmal zu spät.

In sieben öffentlichen Versammlungen und durch Verbreitung von 45 000 Flugblättern wurde für unsere Ideen Propaganda gemacht. Der Besuch der Mitgliederversammlungen und Zahlabende könnte im allgemeinen besser sein; waren es doch circa 120 Mitglieder, die von Januar ab keinen Zahlabend besucht haben.

Die Neuwahlen hatten folgendes Resultat: 2. Bezirksleiter: Gutschow, Kassierer: Bauer, Schriftführer: Grochalsky, Beisitzer: Petran und Pallas. Die Wahl des 1. Bezirksleiters wurde zurückgestellt, da Genosse Wassa eine Wiederwahl ablehnte. Die Wahl soll in der nächsten Versammlung vorgenommen werden. Zur besseren und intensiveren Agitation in den Landorten wurde eine Kommission von 14 Genossen gewählt.

### Alt-Glienitz.

Am Sonntag, den 24. Juli, feiert der Arbeiter-Modfahrerverein „Vorwärts“, Mitglied des A.-M.-V. Solidarität, sein 10. Stiftungsfest im Lokal des Herrn August Tropens, Rudower Straße 54. Da sich genannter Verein an Partiarbeiten rege beteiligt und zu Parteilichkeiten zur Verfügung stellt, wird gewünscht, daß sich die Genossen recht rege daran beteiligen.

### Grünau.

Die Berichte der Funktionäre über die Parteilichkeit am Orte, die in der letzten Generalversammlung erstattet wurden, klingen darüber, daß der Versammlungsbesuch zu wünschen übrig läßt. Es wäre Wässerung dringend zu wünschen. — Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 60 M., eine Ausgabe von 74,20 M., mithin ein Defizit von 14,20 M. Der Bericht des Expediteurs schloß ab mit einem Ueberschuß von 15,61 M., doch resultiert auch dieser nur aus endlich eingekommenen Kassenständen. Nach einigen Neuaufnahmen wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Der Posten des ersten Vorsitzenden blieb vorläufig unbesetzt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Wegner gewählt, zum Kassierer Tentow, Schriftführer: Fechner, Expediter: Klein, Beisitzer: Lewandowski, Lokalkommission: Klein, Lewandowski, Rasvorjed, Revisoren: Puls, Pröhl, Fr. Schmidt, Bildungsausschuß: Klein, Wegner, Fechner. Gen. Blum gab bekannt, daß dem Antrag auf Ausschluß von drei Genossen wegen Nichtbeteiligung an der Gemeindevertreterwahl vom Zentralvorstand

stattgegeben wurde. Für die kombinierte Vorstandssitzung und Kreisgeneralversammlung am 7. August wurden die Gen. Wegner und Fechner delegiert. Genosse Fechner machte sodann auf das am 24. Juli stattfindende Kreisfest in Rigdorf, Vereinsbrauerei, aufmerksam.

### Bohnsdorf.

Aus der Agitation. Am Sonntag fand in Falkenberg eine Volksversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil referierte über: „Die Reichsfinanzreform und die Erhöhung der Zibilliste.“ Das Referat wurde beifällig aufgenommen. Der Besuch war ein guter.

### Senzig. (Kreis Teltow.)

Der Wahlverein zählt 45 Mitglieder. Abgehalten wurden im letzten Halbjahr vier Vorstandssitzungen und eine kombinierte Sitzung, zwei Generalversammlungen, fünf Mitgliederversammlungen, vier öffentliche Versammlungen im Orte und eine in Guffow. Flugblattverbreitungen fanden sieben statt. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Als erster Vorsitzender: Franz Wötcher, zweiter Vorsitzender: Herr. Kossig, Beisitzerin: Frau Kreiffow, Kassierer: Rich. Holzmann, Schriftführer: Karl Reichert, Revisoren: Aug. Lehmann, Joh. Friedewald, Wilh. Krüger I., Lokalkommission: Wilh. Krüger II., Herr. Kossig, Otto Seifert, Agitationskommission: Karl Lehmann, Herr. Wöfel, Bibliothekar: Rob. Schneider.

### Spandau.

Die außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins wurde am 19. d. M. im Lokal von Gottwald abgehalten. Vorsitzender Genosse Scior teilte mit, daß der Kreisversammlung die Wiederwahl des jetzigen Kreisvorstandes empfohlen werden soll. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. Alsdann unterzieht der Genosse Emil Schuber die Verhandlungen der badischen Genossen zur Budgetfrage einer sehr abfälligen Kritik. Er vertritt den Standpunkt, daß energische Schritte gegen den offensichtlichen und absichtlichen Disziplinbruch der badischen Genossen unternommen werden müssen, sonst werde die Einigkeit der Partei gelodert; die Partei höre dann auf, eine Kampfpartei zu sein. Er beantragte deshalb, der Kreisgeneralversammlung den Antrag zu unterbreiten, den Kreiswahlverein zu beauftragen, beim Parteitag den Antrag auf Ausschluß der in Frage kommenden badischen Genossen zu stellen. Dieser Antrag ruft eine längere und ziemlich erregte Debatte hervor, in welcher namentlich der Genosse W r o g e r e c h e n das Verhalten der Badener zu entschuldigen sucht und die Meinung auspricht, daß sogar das Hoch auf den Großherzog nicht so sehr zu verdammen sei. Fast sämtliche Diszussionsredner sprechen gegen den Antrag Schuber, trotzdem wird derselbe mit ziemlich großer Majorität angenommen. Ferner stimmt die Versammlung einem Antrage des Vorstandes zu, die Wahl des Obmannes der Lokalkommission einem Ort des Kreises zu überlassen, und dem Kreisvorstand, der jetzt das Amt des Obmannes der Lokalkommission inne hat, davon zu entbinden. Die zu wählenden Delegierten werden jedoch beauftragt, auf der Kreisversammlung Spandau als Sitz für den Obmann der Lokalkommission in Vorschlag zu bringen; der Genosse Otto P e r g e l i s soll für das Amt des Obmannes der Lokalkommission vorgeschlagen werden. Dem vom Bezirk 1 gestellten Antrag, daß die Orte des Kreises, welche den Obmann des Jugend- und Bildungsausschusses zu wählen haben, von der Kreisversammlung bestimmt werden, stimmt die Versammlung zu. Zu Delegierten für die Kreisgeneralversammlung werden gewählt die Genossen M. Scior und P. Schmidt. Auf Antrag der Genossen Schuber und Stahl soll den Frauen auch ein Delegiertenmandat überlassen werden. Zum Zwecke der Wahl wird in kürzester Zeit eine besondere Versammlung für die Frauen stattfinden. Im Falle sich eine Frau hierzu nicht bereit findet, soll der Genosse Emil Köppen, der als nächster die meisten Stimmen erhalten hat, als Delegierter fungieren. In den Bildungsausschuß werden gewählt: P. Schmidt, Schiefel und Eh. In den Jugendauschuß wählt die Versammlung D i e r b e r g und S c h u b e r t. Zum 1. Schriftführer wird K a u d e r gewählt. Ein Antrag des 1. Bezirks, bei den örtlichen Versammlungen eine schärfere Kontrolle auszuüben, wird angenommen, dagegen wird ein Antrag, die Quartalsrechnungen in den Zahlabenden gedruckt vorzulegen, abgelehnt. Mit dem Hinweis auf die am Sonntag stattfindende Flugblattverbreitung und die am Dienstag, den 28. d. M., bei Böhle stattfindende öffentliche Versammlung schließt der Genosse Scior die Versammlung.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde Andre Lindenstraße Nr. 69, vorn über Treppen — Fahrstuhl — wöchentlich von 4 bis 7 Uhr abends, Sonnabends von 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder Anruf ist ein Besuch und eine Zahl als Preiszeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. 34. Wenn Sie die Bezugsbedingungen nicht erhalten haben, so halten wir Sie zur Zahlung nicht für verpflichtet. Die fernere Annahme müssen Sie verweigern. — W. 33. In Berlin 30.20 M. — G. 3. Mit den Fragen müssen Sie sich an einen Sachmann wenden. — W. 3. 100. Bei der Beschließung kann durch Erklärung dem Stabsbedienten gegenüber dem Kinde der Name des Mannes gegeben werden. — G. 2. 45. Herausgabe der Police können Sie erst mit Vollendung des 21. Lebensjahres verlangen. — G. 2. 120. Das Mädchen soll sich an das Vormundschaftsgericht wenden. — Gewerbeamtliche Schneider, Ja. — Haberecht, Stubbenammerstraße. Nach Eintritt des Erfalls beantragen Sie schriftlich von Amerika aus bei dem Nachlassgericht — das ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Erloscher seinen letzten Wohnsitz gehabt hat — die Eröffnung des Testaments und die Vermittlung der Auseinandersetzung. — 120 Kirchensteuer. 1. Ihre Frau ist dazu verpflichtet. 2. Bei 12 M. Staatsinkommensteuer. 3. Bei 16 M. 4. Für jede Person etwa 4 M. — W. 2. 100. Fordern Sie den Vermieter unter Stellung einer Frist zur Beseitigung der Mängel auf und drohen Sie gleichzeitig an, daß nach Ablauf der Frist die Arbeiten auf Ihre Kosten gerichtet werden. Das letztere können Sie nach Ablauf der Frist veranlassen. Die Unkosten können Sie von der Miete abziehen, wenn dies nicht, wie es die Regel ist, im Mietvertragsunterlage ist. Für den letzteren Fall müssen Sie die Zahlungsmessung anlegen. — G. 100. Frag. — W. 2. 34. Die Rasse ist nicht empfehlenswert. Wir raten zur Kündigung unter Beachtung der im Statut festgelegten Form. — W. Reiben Sie sich bei der Jugendorganisation, Lindenstr. 69. — G. 2. 59. Homöopathische Polikliniken befinden sich u. a. Köpenicker Straße 48, Kaiser Straße 19. — W. 6. 94. Sie können nur vom Vermieter Abhilfe verlangen. — R. 6. 15. 1. Keine Angabe, wer der Erbschaft ist, läßt sich die Frage nicht beantworten. 2. 12 Aug. gleich 3,7620 Meter. — G. 2. 28. Ihre Anfrage ist im Briefkasten vom 8. Juli beantwortet. — Aluminium. 1. Geben Sie sich an einen Sachmann. 2. Charlottenstr. 6. — W. 2. 99. Rein. — G. 2. 10. 8. Stellen Sie unter Ueberreichung der Aufrechnungsbekundigungen und der letzten Quittungsbekundigungen einen neuen Antrag auf Anzahlrente. — G. W. 8. Für die Zeit, für welche Sie bestellt haben, müssen Sie zahlen. — R. 2. 100. Das ist eine rein akademische Frage. Die Revisoren waren jedenfalls ohne vorherige Anmeldung zur Revision berechtigt. — G. 36. Bei dem Gericht, das den ersten Vorwand bestellt hat, kann seitens der Mutter unter Schilderung des Sachverhalts die Abweisung des Vorwandes und Beordnung eines anderen beantragt werden. — W. 6. 20. 1. u. 2. Die Klage ist beim Landgericht durch einen Rechtsanwalt binnen Jahresfrist anzuhängen zu machen. 2. Ja. — R. 6. 8. Rein. — G. 2. 100. Die Hamburg-Amerika-Linie wird das auf Anfrage beantworten. — G. 6. 558. Die Firma ist zum Ersatz des Rechtes verpflichtet.

### Witterungsüberblick vom 21. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenh.	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenh.	Wetter	Temp. in C.
Swinemünde	755	6	3 bedeckt	16	Gagaranda	754	D	2 Regen	10		
Damburg	758	SE	5 Regen	15	Petersburg	754	EO	1 bedeckt	16		
Berlin	756	SE	2 bedeckt	15	Scilly	756	W	5 bedeckt	15		
Frankfurt a. M.	759	SE	4 Regen	17	Aberdeen	746	SW	wolfig	14		
Wien	763	SE	5 wolfig	17	Paris	762	SE	3 wolfig	16		
Wien	762	W	4 bedeckt	17							

Wetterprognose für Freitag, den 22. Juli 1910. Nimmlich kühl, zeitweils auffarend, vorwiegend trübe mit Regenhäuschen und lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

# Theater und Vergnügungen

Freitag, den 22. Juli.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Königl. Opern-Theater.**  
Lohengrin.  
Anfang 8 Uhr.

**Deutsches.** Laune des Verliebten.  
Judith und Holofernes.  
Namerische Liebesmalzer.  
Festung. Kaiserinluft.  
Komische Oper. Der Regiments-  
kapa.

**Neues Schauspielhaus.** Der  
Blieger.  
Steines. Nur ein Traum. (Anfang  
7,9 Uhr.)

**Berliner.** Talfun.  
Neues Operetten. Der Graf von  
Luzemburg.

**Thalia.** Charles Tante.  
Fehbel. Dem gehört Helena?  
Spul. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
Martha.  
Schiller Charlottenburg. Die  
von Hochsattel.

**Wolfe.** Der Seeladell.  
Lustspielhaus. Das Leutnants-  
mündel.

**Wietrowski.** Galloß II — Die große  
Revue.  
Folies Caprice. Die böse 13. —  
Die keusche Toimette. — Der  
Athlet. — Ein ruhiges Heim. —  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Wpoc.** Spezialitäten.  
Wallage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Walhalla. Spezialitäten.

**Wintergarten.** Spezialitäten.  
Karl Haberlaub. Spezialitäten  
Prater. Im Reiche des Mars.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis  
Korfu.

**Sternwarte.** Invalidenstr. 57—62.  
**Lessing-Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Kaisersluft.**

**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: **Talfun.**  
Morgen: **Talfun.**

**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Graf von Luzemburg.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu er-  
mäßigten Preisen: Die Dollarprinzessin.

**Lustspielhaus.**  
Abends 9 Uhr:  
Das Leutnantsmündel

**ROSE=THEATER**  
Große Frankfurter Str. 182.  
Auf der Gartenbühne:  
Der Seeladell.  
Operette in zwei Akten von  
Otto Richter. Musik von G. Sieffens.  
Auftritten erstklassiger Spezialitäten.  
Großes Gartenkonzert. Anf. 4 1/2 Uhr.

**Apollon Theater**  
Ab 8 Uhr: Das sensationelle  
Programm. 9 1/2 Uhr:  
Klassische Tänzerinnen  
vom künigl. dänischen Ballett  
5 Beautés Korinnas 5.  
9 1/2 Uhr:  
Schimpanse - Orang-Utang  
als Tandemfahrer  
sowie die weiteren großen Attraktionen.

**WINTERGARTEN**  
7 6 5

**La Tortajada**  
in ihrer neuesten Schöpfung:  
„Abenteuer eines Terrorors“.

**Therese Renz**  
Schulreiterin

**Chang Ching Hee-Truppe**  
Chinesische Zauberer u. Gaukler  
sowie  
die sensationellen Attraktionen  
des Juli-Programms!

**Reichshallen-Theater.**  
Gastspiel  
Winter  
Tymian  
mit seiner berühmten  
Herrn-Gesellschaft  
Anf. wochent. 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Montag, d. 1.8.:  
Wiederbeginn der  
Solreen der  
Stettiner Sänger.

**Schweizer Garten**  
Am Koenigtor — Am Friedrichshain.  
Täglich:  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Abend 7,10 Uhr:  
Berliner Herzen.  
Volkstück mit Ges. in 2 Akt.  
Volkbelustigungen, Tanz.  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.  
Jed. Mittw.: Kinderfreude.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)  
**Gottscheld-Oper.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Martha oder: Der Markt zu Richmond.  
Romantische Oper in 3 Akten von  
Fr. v. Flotow. Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Ein Maskenball.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
bei ermäßigten Preisen:  
**Die Förster-Christl.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Martha.

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die von Hochsattel.**  
Lustspiel in 3 Aufzügen von Leo  
Walter Stein und Ludwig Keller.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonabend und folgende  
Tage:  
**Die von Hochsattel.**

**„Pharus-Sommer-Theater“**  
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.  
Berlin N., Müllerstr. 142.  
Täglich: Im herrlichen Naturgarten bei Regen im Theatersaal!  
**Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung**  
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.  
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**  
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szene  
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49.  
Wissenschaftliches Theater.  
Heute 8 Uhr:  
Von Abbazia bis Korfu.

**ZOO-LOGISCHER GARTEN**  
Täglich:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert**  
Eintritt 1 Mark.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder  
unter zehn Jahren die Hälfte.

**Passage-Panoptikum.**  
Die zusammengewachsenen  
Schwestern Blazek  
und ihr Kind.  
Von 11—1 Uhr mittags  
u. von 3—10 Uhr abends zu sehen.  
**Kein Extra-Entree!**  
Nur wenige Tage!  
Eintritt 50 Pf., Kinder und  
Soldaten 25 Pf.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Der größte Theatererfolg  
Berlins  
der spanische  
**Caruso**  
Senor Orduna.  
Der stimmgewaltigste Tenor,  
der je gehört wurde,  
u. das große Juli-Programm.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.  
(Inhaber: Max Schindelhauer.)  
Im herrlichen Naturgarten (bei un-  
günstiger Witterung im Theatersaal).  
Täglich: **Grand-Sonnet** aus Poto-  
dama ? ? ? Musik. Deiter Ent-  
leistungskunst, u. m. Goldschmieds  
Töchterlein, Boltsst. m. Gel. in 1 Akt.  
Anfang wochent. 7 1/2. Sonnt. 8 Uhr.

**CIRCUS**  
**Cyrril Haté**  
Das Monstrum aller europäisch Zelt-Circusse  
Nur noch wenige Tage  
Schöneberg, Ecke Haupt-  
u. Mühlentstr.  
Tel. Amt 8, 129.  
Täglich abends 8 1/2 Uhr:  
**Großer  
Gala-Abend**

**Sozialdemokratisch. Zentralwahlverein für  
Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.**  
Sonntag, den 24. Juli 1910  
**Großes Volks-Fest**  
in Rixdorf, Vereinsbrauerei, Hermannstraße 214-219.  
Mittags 12 Uhr Matinee-Konzert: Nachmittags 4 Uhr Doppelkonzert  
ausgeführt vom Neuen Tonkünstler-Orchester unter Leitung der Herren Franz  
Hollfelder und Paul Christians. Massengesang des Rixdorfer Männergesangsvereins.  
Turnerische Aufführungen. Fackel-Polonäse. Volkslieder-Gesellschaft Max Schmelzer,  
im hinteren Teil des Gartens: **Großes Volks-Kabarett.**  
**In Fritz Hoppes Festsälen: Großer Ball**  
Kinderbelustigungen aller Art. Die Kaffeeküche ist von 2 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.  
Jedes Kind erhält am Eingang zwei Buns gratis, von denen der eine zur  
Empfangnahme einer Stocklaterne, der andere zur Benutzung des Karussells oder  
der Schaukel berechtigt.  
Ausführliche Programme mit Liedertexten werden an der Kasse gratis verabfolgt.  
Eintritt 25 Pfennig. Kinder unter 14 Jahren frei.  
Das Komitee.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein

**Zentralverband der Stukkateure Deutschlands**  
Filiale Berlin.  
Am Sonnabend, den 23. Juli 1910, in **Puhlmanns Theater,**  
Schönhauser Allee 148 — Kastanien-Allee 97/99:  
**14. Stiftungs-Fest.**  
**Große Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.**  
Bei ungünstigem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt.  
Während der Pausen und nach **Tanz.** Herren, die daran teilnehmen,  
der Vorstellung zahlen 50 Pfennig nach.  
Während des Tanzes:  
**Große Ueberraschungen für Damen.**  
Verlosung wertvoller Gegenstände.  
Die Kaffeeküche wird um 2 Uhr eröffnet.  
Beginn der Vorstellung 5 1/2 Uhr. X Billett 30 Pfennig. X Programm gratis.  
Um geneigten Zuspruch ersucht **Das Komitee.**  
Fahrverbindung mit folgenden Linien: 10, 33, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 54, 57 und V.  
Omnibus-Linien: 27, 33. Vom Ringbahnhof Schönhauser Allee in 8 Min. zu erreichen.

**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Am Park täglich Doppel-Konzert.  
Eintritt: 10—6 Uhr 1 ZR., u. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntags 50 Pf., Dauerl. 6 ZR.

**BBB**  
Brunnenstraße 16.  
Das größte Kino-  
Theater Berlins.  
Neues Programm.  
Eintritt 30 Pf.

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Anfang wochentags 7 Uhr.  
Sonntags 4 Uhr.

**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Schoner  
Stralsunderstr. 1

**Sung-Park**  
TERRASSEN  
HALENSEE  
Größter Vergnügungspark  
des Kontinents.  
Zur Feier der erreichten Besucherszahl von  
**Einer Million**  
Sonabend, den 23. Juli 1910:  
**Elitetag □ Souvenirfest.**  
Jeder Besucher, der an diesem Tage ein Billett  
an der Kasse gelöst hat, erhält eine Anweisung  
für ein Geschenk ausgefolgt.  
**Damen-Schönheits-Preiswettbewerb.**  
Sensationelle Attraktionen. Drei Konzerte.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Sichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins.  
Bei ungnädiger Witterung  
Schuß für 8000 Personen. — **Täglich:**  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der  
**besten Turmfeilkünstler** der Welt The Liopelta.  
The 3 Blackburas, phänomenaler Lustkeller-Mst. Gr. Lohrerfolg:  
Gustav Looser Comp. Sensation. Panionime, ein Spaß in  
einer holländischen Volkstanz. — **Tuett Krill** und **Gustav**  
**Hüller**, Original-Componisten  
mit ihren wunderbaren aktuellen volklich-satirischen Schlägern und das  
neue beste Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: **Hessen - Feuerwerk und Ball.**  
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Preudenfest.**  
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamt Eintritt 20 Pf. Kinder frei.  
Um gütigen Zuspruch bitten Louise und Waldemar Diez.

**Folies Caprice**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Die böse 13.  
Die keusche Toimette.  
Der Athlet.  
Ein ruhiges Heim.

**Walhalla Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.  
Abends 8 Uhr:  
Das großartige  
Variété-Programm.

**Volgt-Theater**  
Geundbrunnen Badstr. 58.  
Freitag, den 23. Juli:  
7,8 Uhr **Bineta.** 7,9 Uhr  
Gr. romant. Lebensbild mit Gesang  
und Tanz in 3 Akten von D. Schulz.  
Das neue große Juli-Programm.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

**Burgtheater-Kinematograph**  
Korn. Grotzerstr. Inhab.: Rud. Herz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9333.  
**Lebende Photographien.**  
Während der Sommermonate nur  
Sonabend, Sonntag u. Montag.  
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.  
Anfang 7 Uhr. Vorzugskarten, mit  
wochentags gültig, 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Preis wech. Progr. Jed.  
Sonnt. 1. Oberaal: Künstlerkonzert.  
Entree 15 Pf. Operabude 10 Pf.  
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.  
Täglich: Freiluftkonzert.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Täglich:  
**Im Reiche des Mars**  
Spezialitäten, Konzert u. Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Puhlmanns Theater**  
Schödh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.  
Wenn Regen — im Garten  
Wenn Regen — im Saal  
Täglich abends 9 Uhr:  
**Berliner in Japan.**  
Operette u. Reiflingen. Musik v. Ströb.  
Vorher: Die brillantesten neuen  
Spezialitäten.  
Anfang wochent. 7 1/2. Sonnt. 7,4 Uhr.  
Entr. wochent. 20-60. Sonnt. 30-100 Pf.  
Kinder halbe Preise.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
Täglich:  
**Konzert, Theater,  
Spezialitäten.**

**Sommer-Theater  
Café Bellevue**  
am See und  
Bahnhof Stralau-Pummelsburg.  
Täglich:  
Spezialitäten  
Theater, Konzert.

**Volksgarten-Theater**  
früher Weimann.  
Badstr. 8, Behm- u. Bellermannstraße.  
Täglich: Konzert, Theater- und  
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue  
Kiefen-Zuflucht. Zur Aufführ. gel.:  
**Der Goldenefel.** Lebensbild mit  
Gesang u. Tanz in 3 Akten v. R. Elmer.  
Jed. Donnerstag: **Elite-Tag!**  
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7,5 Uhr.



**Schweizer Garten**  
Am Koenigtor — Am Friedrichshain.  
Täglich:  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Abend 7,10 Uhr:  
Berliner Herzen.  
Volkstück mit Ges. in 2 Akt.  
Volkbelustigungen, Tanz.  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.  
Jed. Mittw.: Kinderfreude.

